

KAPITALISMUS IN DER KRISE: ENTSCHLOSSENE ARBEITERBEWEGUNG AUFBAUEN! DIKTATUR DES FINANZKAPITALS BRECHEN!

INTERNATIONALE PERSPEKTIVEN

I. AUSMAß DER KRISE	2
II. ÜBERAKKUMULATION IM ZEITALTER KAPITALISTISCHER DEKADENZ	4
III. STAATLICHE EINGRIFFE UND REFORMISMUS	5
IV. INTERNATIONALE KONKURRENZ UND HANDELSKRIEG	6
V. AUFSTIEG CHINAS	8
VI. EUROPÄISCHE UNION	10
VII. CORONAPANDEMIE	11
VIII. KLASSENKAMPF	12

DEUTSCHE PERSPEKTIVEN

IX. WIRTSCHAFT: KAPITALISTISCHE WIDERSPRÜCHE VERTIEFEN SICH	16
X. VERSCHLEPPUNG DER KRISE UND RETTUNGSPAKETE	18
XI. LAGE DER ARBEITERKLASSE, OFFENSIVE DER BOSSE	19
XII. ARBEIT IN DER CORONAPANDEMIE	22
XIII. ZWISCHENFAZIT	24
XIV. BEWUSSTSEIN	25
XV. CORONAPANDEMIE IN DEUTSCHLAND	25
XVI. CORONALEUGNER-BEWEGUNG	28
XVII. ENTWICKLUNGEN AUF PARTEIEBENE	30
POLITIK DER NATIONALEN EINHEIT UND DIE GROßE KOALITION	30
KRISE DES ESTABLISHMENTS, NIEDERGANG DER VOLKSPARTEIEN,	32
ANSTEHENDE BUNDESTAGSWAHL	32
CDU	32
SPD	33
DIE GRÜNEN	34
AfD	35
DIE LINKE	36
XVIII. BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN	38
XIX. NEUE SOZIALE BEWEGUNGEN	43
XX. JUGEND	44
XXI. AUSBLICK	46
XXII. ANHANG	47

SCHLAGWORTSUCHE

Digitalisierung [1 2 3 4 5 6 7](#) – Überakkumulation [1 2 3 4 5](#) – Überproduktionskrise [1 2 3 4](#) – Neue soziale Bewegungen [1 2 3 4 5 6](#) – Wirecard [1](#) – Deutsche Bank [1](#) – Reformismus [1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12](#) – Spekulationsblasen [1 2 3 4](#) – Konjunkturpakete [1 2 3 4](#) – Europäische Union [1 2 3 4 5 6 7 8](#) – China [1 2 3 4 5 6 7](#) – Staatsschulden [1 2 3 4](#) – Stahlindustrie [1 2 3 4](#) – Imperialismus und Finanzkapital [1 2 3 4 5](#) – Wirtschaftsnationalismus [1 2 3 4 5 6 7 8](#) – Grüner Kapitalismus und Green New Deal [1 2 3 4 5 6 7](#) – Gewerkschaften, Klassenkompromiss, Gewerkschaftslinker [1 2 3 4 5 6 7 8 9 10](#) – US-Wahlen [1](#) – Coronaleugner [1 2](#) – Mittelschicht und Kleinbourgeoisie [1 2 3 4 5 6 7](#)

Kapitalismus in der Krise: Entschlossene Arbeiterbewegung aufbauen! Diktatur des Finanzkapitals brechen!

„Aber die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand.“¹

W.I. Lenin

Die verheerende Krise, die den Kapitalismus zerfrisst, ist weder das Ergebnis eines Virus noch eines „Fehlverhaltens“ einzelner Staaten und Regierungen. Ihre Ursachen liegen in der strukturellen Entwicklung des Weltkapitalismus und sind das Ergebnis der Diktatur des Finanzkapitals, ihrer Sparmaßnahmen und Kürzungen. Das Verschwinden der durch die Kämpfe der Arbeiterschaft sowohl in der Nachkriegszeit als auch in den 1970er-Jahren geschaffenen sozialen Schutznetze und die soziale und politische Polarisierung, die wir erleben, sind Teil der Logik des Systems, das heute durch die qualitative Vertiefung seiner Widersprüche und den Verlust seines inneren Gleichgewichts gekennzeichnet ist.

Die Fortentwicklung des kapitalistischen Widerspruchs zwischen den Produktivkräften und den Grenzen des Privateigentums ist die Triebfeder hinter den aktuellen politischen Entwicklungen, in der eine *Vertiefung des Gegenspiels von Revolution und Konterrevolution* stattfindet.

Internationale Perspektiven

I. Ausmaß der Krise

Wenn bürgerliche Ideologen von einer „Corona-Krise“ – einem wirtschaftlichen Einbruch ausgelöst durch den Virus – sprechen, scheinen sie Propaganda und Wissenschaft zu verwechseln. Wir haben es nicht mit einer „Corona-Krise“ zu tun, sondern mit einer Weltwirtschaftskrise, die durch die dem Kapitalismus eigenen Gesetze ausgelöst wurde. Corona hat diese Entwicklungen nicht verursacht, sondern nur ihren Verlauf beeinflusst. Schon 2018 sind die Preise am Ölmarkt eingebrochen ([Anhang 1](#)); die Stahlpreise sind schon im Jahr 2019 kontinuierlich gefallen.²

Der Ausbruch und die Tiefe der Krise sind vielmehr durch das Stadium des heutigen Kapitalismus bestimmt. In Bezug auf die Krise von 1929 schrieb Leo Trotzki 1939: „In derselben Weise, wie das Wirken der physiologischen Gesetze in einem gesunden oder in einem verfallenden Organismus verschiedene Ergebnisse hervorbringt, bestätigen sich die ökonomischen Gesetze der marxistischen Ökonomie unterschiedlich in einem sich entwickelnden oder sich auflösenden Kapitalismus. [...] Das Leben des Monopolkapita-

¹ W. I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, In: Werke, Bd. 22, Berlin 1977, S. 281.

² <https://tradingeconomics.com/commodity/steel>

<https://agmetalmminer.com/2019/10/10/raw-steels-mmi-global-steel-prices-continue-to-falter/>

lismus ist eine Kette von Krisen. Jede Krise ist eine Katastrophe. Der Wunsch, diesen Katastrophen teilweise mit den Mitteln befestigter Grenzen, Inflation, Anwachsen der Staatsausgaben, Zoll, etc. zu entgegen, bereitet das Gebiet für neue, tiefere und ausgedehntere Krisen vor.“³

Wir leben in einem Stadium, in dem der Kapitalismus auf ökonomischer, sozialer und kultureller Ebene Verfall und Niedergang produziert. Chronisch niedrige Profitraten und eine Überakkumulation treiben die weltweiten Supermächte zu einer Jagd nach Absatzmärkten um den Erdball, verschärfen die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Staaten und erhöhen den Druck auf das Kapital, die eigene Arbeiterschaft immer schärfer auszupressen. Das westliche Kapital ist gezwungen, den Boden ihres sozialen Kompromisses mit der Arbeiterklasse zu zerstören.

Trotz der willfährigen Unterstützung durch sozialdemokratische Führer und die Neuen Linken Formationen befürchten die bürgerlichen Eliten Aufstände und Bewegungen der Arbeiter und Armen. Dies ist der Grund für ihr Messerwetzen und die eindringlichen Forderungen nach „nationaler Einheit“ in allen Ländern.

Die objektive Situation ist für die Bourgeoisie kompliziert geworden. Unter anderen historischen Bedingungen würde ein wirtschaftlicher Zusammenbruch der Größenordnung, wie wir ihn derzeit erleben, einen offenen Krieg zwischen den Mächten vorbereiten. Aber diese Perspektive wird durch die Gefahr der gegenseitigen Zerstörung ausgeschlossen. Allerdings wird sich der unerbittliche Kampf um die Kontrolle über Märkte, Rohstoffe, Technologie und Einflussbereiche verschärfen, was unvermeidliche neue militärische Konflikte regionaler oder nationaler Art noch verheerender machen wird.

Seit Mitte des Jahres kündigen bürgerliche Blätter in Deutschland die ökonomische Erholung an. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Weltwirtschaft dieses Jahr in eine tiefe Krise gerutscht ist. Der IWF prognostiziert für das Jahr 2020 gigantische Einbrüche: USA -4,3%; Deutschland -6%; Frankreich -9,8%; Italien -10,6%; Großbritannien -9,8%; Spanischer Staat -12,8%; Euro-Zone -8,3%; Japan -5,3%; Indien -10,3%.

In Afrika und Lateinamerika wird der Rückgang noch deutlicher ausfallen. Das BIP der beiden wichtigsten afrikanischen Volkswirtschaften, Nigeria und Südafrika, wird um 4% bzw. 8,3% sinken. Das Bruttoinlandsprodukt Lateinamerikas wird im Jahr 2020 um 8,1% einbrechen, wobei die Zahl der Menschen unterhalb der Armutsgrenze von 185 Millionen auf 231 Millionen steigen wird. Eine BBC-Umfrage vor einigen Monaten hat außerdem ergeben, dass sich das Einkommen der Beschäftigten in nicht-OECD-Ländern um 45% gesunken ist.⁴

Von allen großen imperialistischen Nationen kann nur China einem vergleichbar tiefen Einbruch trotzen und unterstreicht damit die strukturellen Vorteile, die es derzeit gegenüber den USA und der EU hat. Der chinesische Staatskapitalismus verfügt über weitreichendere Möglichkeiten zu staatlichen Eingriffen, eine wettbewerbsfähigere Produktivkraft, sowie Devisenreserven und einen Handelsüberschuss, die viel höher sind als in den übrigen Nationen. Der IWF-Herbstbericht besagt, dass China das Jahr 2020 mit einem Wachstum von 1,9% abschließen wird, was im Vergleich zu den Prognosen für den Rest der fortgeschrittenen Volkswirtschaften signifikant ist.

Doch auch China kann sich den rezessiven Tendenzen der Weltwirtschaft nicht entziehen. Wir zitieren einen Artikel der Genossin Bárbara Areal vom Februar 2014, der sich mit den Entwicklungen der chinesischen Wirtschaft nach der letzten Krise beschäftigt:

„Nach einem kurzzeitigen Aufwärtstrend liegt das chinesische Wirtschaftswachstum seit zwei Jahren unter 8%. Zwar hat sich der Handelsüberschuss, der fast die Hälfte seines Volumens eingebüßt hatte, teilweise wieder erholt, aber dies hat das Wiederauftreten von Symptomen der Überproduktion nicht verhindert. Die

³ Leo Trotzki: „Marxismus in unserer Zeit“.

⁴ <https://www.heise.de/tp/features/Corona-Krise-Einkommenseinbruch-von-45-Prozent-ausserhalb-der-OECD-4941686.html>

Stahl- und Zementindustrie, zum Beispiel, arbeitet mit 72% ihrer Kapazität. [...] Die riesigen Kapitalmen- gen, die zur Aufrechterhaltung der Wachstumsrate der Wirtschaft mobilisiert wurden, haben zu einer gigan- tischen Verschuldung geführt. Der Gesamtkreditbestand in China hat 220% des BIP erreicht und ist von 9 Billionen USD im Jahr 2008 auf 23 Billionen USD im Jahr 2012 gestiegen. Die Rating-Agentur Fitch rech- net vor, dass das so genannte Schattenbanken, in denen ein Vermögen von fast 6 Billionen Dollar liegt, viele der Praktiken kopieren, die zur Subprime-Krise geführt haben.“⁵

Der Rückgang der Produktionstätigkeit in allen Bereichen, insbesondere bei Industrie und Dienstleistungen, wird durch einen Rückgang des Handels verstärkt, der nach den Prognosen der Welthandelsorganisation (WTO) vom Juni im Jahr 2020 13 bis 32% ausmachen könnte. In Asien, Europa und Nordamerika ist so- wohl die Ex- als auch die Importquote in den ersten beiden Quartalen des Jahres deutlich eingebrochen ([Anhang 2](#)).

All diese Elemente geben eine Vorstellung vom Ausmaß der Überproduktionskrise. Die Charakteri- sierung vom marxistischen Standpunkt aus ist klar: Die Weltwirtschaft befindet sich in einer sehr ernsten Depression, die lange Zeit anhalten kann.

II. Überakkumulation im Zeitalter kapitalistischer Dekadenz

Bereits im März 2019 haben wir auf die Anzeichen für eine anstehende Weltwirtschaftskrise hingewiesen.⁶ Laut im April 2019 veröffentlichten OECD-Daten schrumpften die weltweiten ausländischen Direktinvesti- tionen (FDI) im Jahr 2018 um 27% und im Jahr 2017 um 16%. Kapital, das seit der letzten Krise akkumu- liert wurde, wurde kaum profitabel investiert, sondern vorwiegend gehalten oder an den Finanzmärkten angelegt: Im April 2018 maß das Volumen von Derivatgeschäften, das allein von US-Banken betrieben wird, 171 Billionen Dollar.⁷ Bis 2019 ist das Volumen weiter auf 206 Billionen im Januar angestiegen⁸ (siehe auch [Anhang 3](#)) und liegt dabei bei mehr als dem Doppelten des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Parallel dazu kam es erneut zur Entwicklung massiver Blasen: Schon 2019 wurde für mehrere Länder Eu- ropas vor anwachsenden Spekulationsblasen auf dem Immobilienmarkt.⁹

Nun könnten all jene, die nach der Krise von 2008 auf eine stärkere Regulation der Finanzmärkte gehofft haben, anmerken, dass wenig aus der letzten Wirtschaftskrise gelernt wurde: wieder kommt es zu Speku- lationsgeschäften, Überbewertungen, Blasen, und darüber hinaus hat die globale Verschuldung – öffentlich wie privat – alle Rekorde gebrochen. Nach Angaben des Institute of International Finance ist die globale Schuldenlast über alle Sektoren hinweg im Jahr 2019 um mehr als 10 Billionen auf 255 Billionen Dollar angestiegen,¹⁰ was 322% des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht und damit die Schuldenlast zu Beginn der Krise 2008 um 40 Prozentpunkte übersteigt.

Doch gleichgültig wie viel die Bourgeoisie auch zu lernen bereit wäre, sie kann die kapitalistische Krise nicht verhindern. Es sind die dem Kapitalismus eigenen Gesetze – ein Zwang zur Expansion und zur Ausdehnung der Kapazitäten, der Widerspruch aus sozialer Produktion und privater An- eignung sowie der tendenzielle Fall der Profitrate – die Überproduktion und Überakkumulation von Kapital verursachen und das Kapital in die Krise führen müssen.

⁵ <https://www.izquierdarevolucionaria.net/index.php/internacional/china/8859-sobreproduccion-y-deuda-gigantesca>

⁶ <https://www.izquierdarevolucionaria.net/index.php/economia/11440-la-economia-mundial-al-borde-de-una-nueva-recesion>

⁷ <https://www.goldreporter.de/us-banken-betreiben-derivatgeschaefte-im-volumen-von-171-billionen-usd/news/74080/>

⁸ <https://www.goldreporter.de/us-derivatemarkt-bei-206-billionen-us-dollar/news/80592/>

⁹ <https://www.dasinvestment.com/commerzbank-research-top-oekonom-warnt-vor-immobilienblase-in-europa/>

¹⁰ <https://www.iif.com/Research/Capital-Flows-and-Debt/Global-Debt-Monitor>

Aus dem Grund musste die Bourgeoisie tief in die Tasche greifen, um die Krisensymptome durch eine künstliche Injektion von Staatsgeldern abzdämpfen. Die Unternehmensberatung McKinsey ließ in einer Studie alle aufgebrauchten Konjunkturpakete nach 2008 und nach dem Einbruch der Coronapandemie quantifizieren und kam zum Ergebnis, dass allein seit Pandemieausbruch die Aufwendungen von 2008/9 um das 300-fache übertroffen wurden. In Deutschland allein wurde seit Ausbruch der Pandemie bis dato fast das Zehnfache der damaligen Konjunkturhilfen, die etwa 3,5% des BIP ausmachten, mobilisiert ([Anhang 4](#)).¹¹ Zum Ende des 1. Halbjahres 2020 hat sich die BRD in Höhe von 2108,9 Mrd. Euro bei Privaten verschuldet – dem höchsten Stand seit Beginn der Schuldenstatistik. In *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850* schreibt Marx:

„Die Verschuldung des Staates war vielmehr das direkte Interesse der durch die Kammern herrschenden und gesetzgebenden Bourgeoisfraktion. Das Staatsdefizit, es war eben der eigentliche Gegenstand ihrer Spekulation und die Hauptquelle ihrer Bereicherung. Nach jedem Jahre ein neues Defizit. Nach dem Verlaufe von vier bis fünf Jahren eine neue Anleihe. Und jede neue Anleihe bot der Finanzaristokratie neue Gelegenheit, den künstlich in der Schwebe des Bankerotts gehaltenen Staat zu prellen - er mußte unter den ungünstigsten Bedingungen mit den Bankiers kontrahieren. Jede neue Anleihe gab eine zweite Gelegenheit, das Publikum, das seine Kapitalien in Staatspapiere angelegt, durch Börsenoperationen zu plündern, in deren Geheimnis Regierung und Kammermajorität eingeweiht waren. Überhaupt bot der schwankende Stand des Staatskredits und der Besitz der Staatsgeheimnisse den Bankiers wie ihren Affilierten in den Kammern und auf dem Throne die Möglichkeit, außerordentliche, plötzliche Schwankungen im Kurse der Staatspapiere hervorzurufen, deren stetes Resultat der Ruin einer Masse kleinerer Kapitalisten sein mußte und die fabelhafte schnelle Bereicherung der großen Spieler.“¹²

Diese Dynamik der Bereicherung durch konjunkturelle Schwankungen und Verschuldung greift auch heute. Gemeinsam mit den Finanzspritzen der Rettungspakete bilden die daraus entstehenden Geldsummen vorerst *Überschusssummen*, werden als Vorsorgeguthaben gehortet oder fließen erneut in Finanzspekulationen.

Wie es der Marxismus erklärt, wird so in der Anarchie des Marktes der Überfluss einer Minderheit zur Quelle des Mangels für die Mehrheit, für Arbeiterschaft und Arme.

III. Staatliche Eingriffe und Reformismus

Anders als reformistische Führer der Sozialdemokratie und Neuen Linken hoffen, wird der Staat diese soziale Katastrophe nicht durch ein entschlossenes Eingreifen lösen; einen „neuen Keynesianismus“ vergleichbar mit dem Rooseveltischen New Deal wird es nicht geben. Wenn die Bourgeoisie in der europäischen Nachkriegszeit ausnahmsweise beträchtliche staatliche Investitionen genehmigte und sogar die Verstaatlichung der produktiven Sektoren und Dienstleistungen durchsetzte, bedeutet das nicht, dass wir automatisch zu einer ähnlichen Situation zurückkehren können.

Die ökonomische und politische Grundlage, auf der die europäische Bourgeoisie auf ihrem Territorium den modernen Sozialstaat errichtete, basierte auf zwei zentralen Faktoren: 1. Der massiven Zerstörung von Produktivkräften und Überhangkapitalien durch den Zweiten Weltkrieg, der Aufstieg der USA als führende Weltmacht und ihre wirksame Unterstützung beim Wiederaufbau und 2. Den äußeren Druck durch die Existenz der Sowjetunion, den Kampf gegen den Kommunismus, die notwendige Niederschlagung revolutionärer Gärungen in Arbeiterklasse und ihre institutionelle Einbindung in die bürgerliche-liberale Demo-

¹¹ <https://www.mckinsey.com/featured-insights/coronavirus-leading-through-the-crisis/charting-the-path-to-the-next-normal/total-stimulus-for-the-covid-19-crisis-already-triple-that-for-the-entire-2008-09-recession#>

¹² Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 7, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848-1850“, Berlin/DDR 1960, S.12.

kratie. Wo ist die Ähnlichkeit mit der heutigen Situation? Es genügt, die Frage zu stellen, um sie zu beantworten.

Die Idee eines „neuen Marshallplans“, die die Führer der Sozialdemokratie und Neuen Linken zu Beginn der Krise hervorgezogen haben, ist verworfen worden. Bezeichnenderweise wurde ihr Vokabular geklaut und die reformistische Illusion des „Green New Deal“ als „Green Deal“ der EU-Kommission – konzipiert als Waffe der EU im internationalen Handelskrieg und bestückt mit sozialen Angriffen auf die Arbeiterklasse – umgesetzt.

Selbst die herrschende Klasse fürchtet die massive Zunahme sozialer Spaltung. Doch sie ist im Zeitalter zunehmender Konkurrenz und struktureller Krisenanfälligkeit nicht in der Lage, sich aus dieser Situation herauszukaufen. Heute warnen selbst die Ökonomen des IWF davor, dass es notwendig ist, die Steuerlast der Reichen zu erhöhen und die öffentlichen Sozialschutzleistungen zu verbessern. Hinter all diesen Ratschlägen steht die Angst vor neuen revolutionären Ausbrüchen. Und dennoch hat die neue Krise unweigerlich eine außerordentliche Bereicherung der Plutokratie ermöglicht, die die Welt mit eiserner Faust regiert. Diese Diktatur des Finanzkapitals beherrscht Politik und Wirtschaft auf allen Kontinenten. Nur eine sozialistische Revolution kann diesen Wahnsinn stoppen.

Das Finanzkapital, das durch die Liquiditätszufuhr der Zentralbanken verstärkt wurde, ist noch allgegenwärtiger und parasitärer geworden, ohne dass ihm Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Und dieser Prozess verläuft parallel zu einer Konzentration und Monopolisierung des Kapitals in einem in der Geschichte des Kapitalismus noch nie dagewesenen Ausmaß. Weit davon entfernt, Vernunft zu erzwingen, speist der Staat diesen Prozess. Der Rentnerstaat – also der Staat der *Rentiers*, der vorwiegend den Interessen der Anreicherung des im imperialistischen Stadium herrschenden Finanzkapitals dient – „ist der Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus“.¹³ Die Interessen von Monopolen und Staat sind miteinander verflochten, sie sind unterschiedliche Agenten im Kampf, den die größten Monopolisten um die Verteilung der Welt führen.

IV. Internationale Konkurrenz und Handelskrieg

Die interimperialistischen Spannungen sowie die Spannungen zwischen den Klassen haben sich in allen Regionen von strategischer Bedeutung verschärft:

- Im Irak und in Afghanistan hat die USA eine schwere Niederlage eingefahren; sowohl auf militärischer, als auch auf ökonomischer Ebene. Trotz ihres kriegerischen Eingreifens konnte sich China wichtige Ressourcenrechte sichern.
- Der Vormarsch des Iran als Regionalmacht nach der Niederlage des islamischen Staates in Syrien kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Mullah-Regime auf einem Pulverfass sitzt. Der Iran steckt – geschürt durch die Kämpfe der Arbeiter im Inland – in einer tiefen innenpolitischen Krise.
- Im Libanon haben revolutionäre Aufstände aufeinanderfolgende Präsidenten und regierungen gestürzt, und den Einfluss von Amal und Hisbollah (Verbündete des Iran) untergraben.
- Im Sudan kam es zu einer massiven revolutionären Bewegung, die durch die Strategie der Opposition, vor der Militärjunta zu kapitulieren und einem Abkommen über den „demokratischen Übergang“ zuzustimmen, abgelenkt wurde.
- In Israel hat die zionistische Bourgeoisie viel an Boden verloren hat, um die Bevölkerung hinter ihren expansionistischen und militaristischen Zielen zu mobilisieren. Die derzeitige Regierungskrise konnte auch durch drei aufeinanderfolgende Wahlen nicht gelöst werden. Tatsächlich hat das Wei-

¹³ W. I. Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, In: Werke, Bd. 22, Berlin 1977, S. 283.

ße Haus Netanjahu gedrängt, die Vereinigten Arabischen Emirate anzuerkennen und sich in ein neues (sehr instabiles) Bündnis mit den Golfmonarchien zu begeben, um ihre gemeinsamen Interessen in der Region gegen die erfolgreichen Einfälle des Iran, Chinas und Russlands zu verteidigen.

- In Indonesien und Thailand befinden sich die Volkswirtschaften, die in der vergangenen Periode durch starkes Wachstum gezeichnet waren, in einer schweren Krise, was wachsende politische Instabilität hervorruft.

In der Türkei steht Erdogan vor ernststen Schwierigkeiten. Konfrontiert mit dem Erstarren des Klassenkampfes und einer alarmierenden Rezession versucht er, den Chauvinismus der Großtürken durch alle möglichen militärischen Manöver im Ausland und verstärkte Repression im Inland zu verschärfen. Der bonapartistische Charakter seines Regimes wurde bis zum Äußersten akzentuiert. Sein relativer Erfolg in Syrien, wo es einen Teil seines Nordstreifens kontrolliert und gegen kurdische Milizen kämpft, oder gegenüber der EU, von der es Milliarden Euro für seine Rolle als Grenzschrützer gegen Flüchtlinge erhalten hat, hat dazu geführt, dass Erdogan seine Kräfte überschätzt.

Im Mittelmeerraum geht er eine Konfrontation mit Griechenland um die Öl- und Gasreserven ein. Im Kaukasus hat er den Krieg zwischen der aserbajdschanischen Armee und Armenien um Bergkarabach angeheizt, wodurch er seinen Einfluss vergrößern und Russland schwächen will.

Wenn wir den Fall der Türkei gesondert anführen, dann weil er sehr gut die neue Phase der Balkanisierung¹⁴ im 21. Jahrhundert veranschaulicht.

Der ökonomische Druck, den die Krise auf die herrschende Klasse aller Nationen ausübt, treibt sie im Konkurrenzkampf miteinander voran. Die relative Stabilität der Blöcke seit Zusammenbruch des Stalinismus wird gegenwärtig durchbrochen. Neuausrichtungen und Brüche zwischen den großen Blöcken sind alltäglich geworden und spiegeln die schwere wirtschaftliche Rezession, den Niedergang des US-amerikanischen und europäischen Imperialismus und die extreme soziale und politische Polarisierung wider.

In zahlreichen Materialien haben wir erklärt, dass Trumps wirtschaftlicher Nationalismus und sein Zollkrieg gegen China nicht aus heiterem Himmel entstanden sind. Sie sind die reife Frucht der Verzweiflung der amerikanischen Bourgeoisie: Das US-Handelsdefizit mit China ist 2018, verglichen mit der Regierung Obama, um rund 23% angestiegen. Lagen die Exporte der Vereinigten Staaten 1990 noch mit 13,41% der weltweiten Exporte im Ländervergleich an der Spitze (mit China auf Platz 19 und 1,19% der weltweiten Exporte), liegen sie seit 2017 (damals 10,50%) auf Platz 2 hinter China (zu dem Zeitpunkt 10,80%), und der Trend verstetigt sich.¹⁵ Im Vergleich: 1952, zur Zeit des Aufstiegs der USA als führende Weltmacht, lag der Anteil der US-Exporte am Gesamtexport der zehn wichtigsten Industrieländer bei 35%.¹⁶ Aus Sicht eines wachsenden Sektors der US-Bourgeoisie, der dazu drängt, im Angesicht dieser Entwicklungen radikale Maßnahmen zu ergreifen, ist Trump's Politik aus ihrer Sicht rational und folgerichtig.

Aber wie die Tatsachen zeigen, werden diese Rezepte nichts lösen und die Situation der US-Wirtschaft weiter verschlimmern. Der Kapitalismus hat eine internationale Arbeitsteilung und einen Weltmarkt geschaffen, von dem keine Volkswirtschaft abgekoppelt werden kann. Wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit und Nationalismus sind ein reaktionärer Traum, wie in den 1930er Jahren deutlich wurde. Dahinter verbirgt sich zudem der aggressivste aller Imperialismen.

¹⁴ Gemeint ist damit an dieser Stelle, dass die imperialistischen Manöver in imperialistisch unterdrückten Regionen ethnische und militärische Ausdifferenzierungsprozesse befeuern.

¹⁵ https://www.theglobaleconomy.com/rankings/share_world_exports/

¹⁶ Robert Baldwin: „The Changing Nature of U.S. Trade Policy since World War II“, in: Baldwin & Krueger (Hrsg.), *The Structure and Evolution of Recent U.S. Trade Policy*, Chicago 1984, S. 8.

Der Handelskrieg explodiert wegen der unerträglichen Widersprüche des Kapitalismus in seiner senilen Phase des Verfalls, und wenn er sich vertieft, wird er die Produktionskosten in den USA, China und Europa erhöhen, mit starken Auswirkungen auf Märkte, die absolut voneinander abhängig sind. Es geschah nach dem Absturz von 1929, und es geschieht bereits jetzt in größerem Umfang. Es genügt, auf einige Daten hinzuweisen: 77% dessen, was die USA aus China importieren, sind Halbfabrikate, die zur Herstellung von Waren in den amerikanischen Industrien verwendet werden. Das Gleiche gilt für China, das 75 % der Smartphones und 90 % der Computer weltweit herstellt, wo aber 87 % seiner Elektronik und 60 % seiner Maschinen von ausländischen Kapitalgesellschaften, viele davon aus den Vereinigten Staaten, hergestellt werden. Die Internationalisierung der Produktionsketten ist keine Laune, sie entspricht der angeborenen Tendenz der Produktivkräfte, die Zwangsjacke des Nationalstaates zu überwinden, und sie sind die wesentliche Quelle zum Nutzen der Großunternehmen.

Wenn Trump US-Firmen dazu aufruft, ihre Anlagen aus China zurückzuholen, dann kollidiert das mit der objektiven Dynamik des Kapitalismus. Haben die US-Multis nicht in den 1990er und 2000er Jahren stratosphärische Gewinne aus der Industrieverlagerung nach China angehäuft? Die Erfüllung der Wünsche von Trump würde einen enormen Aufwand an Anlagekapital und einen Anstieg der Produktions- und Lohnkosten bedeuten.

Doch auch das widerspricht der objektiven Dynamik der derzeitigen Phase, in der die Kapitalistenklasse gezwungen ist, jeden Tropfen aus ihrer eigenen Arbeiterschaft auszupressen. Das Bündnis im Handelskrieg, zu dem die Bourgeoisien aller Länder und an ihrer Seite die Gewerkschaftsführungen die Arbeiterklasse drängen wollen, bedeutet für sie nur den eigenen Ausverkauf.

„Die Frage über Freihandel und Zollschutz bewegt sich gänzlich innerhalb der Grenzen des heutigen Systems der kapitalistischen Produktion und hat deshalb kein direktes Interesse für Sozialisten, die die Beseitigung dieses Systems verlangen“¹⁷ schreibt Friedrich Engels 1888 in „Schutzzoll und Freihandel“.

Im Abschnitt des *Kommunistischen Manifests* über den „Bourgeoisozialismus“ – so nannten Marx und Engels die Ideologie eines Teils der Bourgeoisie, die der Arbeiterklasse versprechen, soziale Mißstände durch Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft aufzuheben – machen sich Marx und Engels lustig über die Versuche der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse durch Versprechungen an ihrer Seite in den Handelskrieg zu ziehen:

„Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoisozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.

Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse; das ist das letzte, das einzige ernstgemeinte Wort des Bourgeoisozialismus.

Der Sozialismus der Bourgeoisie besteht eben in der Behauptung, daß die Bourgeois Bourgeois sind – im Interesse der arbeitenden Klasse.“¹⁸

V. Aufstieg Chinas

China ist zu einer neuen Supermacht geworden, die die amerikanische Vormachtstellung in allen Bereichen bedroht. Es ist ein Phänomen, das Ähnlichkeiten mit dem Vormarsch der Vereinigten

¹⁷ Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 21, Berlin/DDR 1962, S. 374.

¹⁸ Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin/DDR 1959, S. 489.

Staaten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und dem ersten Viertel des 20. Jahrhunderts gegenüber England aufweist.

Nach Schätzungen von JP Morgan ist China mit einem BIP von 13,61 Billionen Dollar heute die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Sie hat die an dritter Stelle stehende Eurozone überholt und folgt den USA mit einem BIP von 20,54 Billionen. Bereits 2018 positionierte sich China mit 12,8% der globalen Quote als Hauptexportmacht, gefolgt von den USA (8,5%) und Deutschland (8%).

Der besondere Charakter des chinesischen Staatskapitalismus und seines politischen Regimes, einer bonapartistischen Diktatur, hat es ihm ermöglicht, die Auswirkungen der Großen Rezession viel besser zu überstehen als seine Hauptkonkurrenten. Im Vertrauen auf das Gewicht ihrer staatlichen Industrie und eines weitgehend staatlich kontrollierten Banksystems und dank ihrer enormen wirtschaftlichen Reserven konnte China dank jahrzehntelanger Handelsüberschüsse eine effizientere Zentralisierung und Ressourcenallokation durchführen als jede andere Großmacht.

Es ist auch keine Nebensache, dass das chinesische Regime dank des Fortschritts der Produktivkräfte der letzten drei Jahrzehnte, der zunehmenden Verstärkung des Territoriums, des Entstehens einer neuen Mittelschicht und der Möglichkeit, eine riesige Menge von Arbeitskräften, die vom Land kommen, in den großen Fabriken zu assimilieren, in der Lage war, eine ziemlich stabile Unterstützungsbasis aufrechtzuerhalten. Diese Situation könnte sich aber auch mit der Vertiefung der Weltwirtschaftskrise ändern.

Laut der jüngsten Umfrage des Magazins Fortune waren im Jahr 2013 89 der 500 größten Unternehmen der Welt in China ansässig. 2019 waren es 119. Die Vereinigten Staaten sind mit 99 auf den zweiten Platz zurückgefallen, obwohl sie unter den Top 50 22 Unternehmen haben (China hat nur zwei, Huawei auf Platz fünf und Alibaba auf Platz 28), und diese fast hundert Unternehmen beliefen sich auf 8,7 Milliarden Dollar gegenüber 7,9 auf Seiten der Chinesen. Im Jahr 2019 schob Huawei Apple vom zweiten auf den dritten Platz in der Welt beim Verkauf von Mobiltelefonen und gewann 16% des Marktanteils im Vergleich zu 13% für Apple. Heute sind 5 der 10 größten Internet- und Telefongesellschaften chinesisch, während sie 2009 alle US-amerikanisch waren.

Der chinesische Imperialismus fordert die USA nicht nur offen heraus, in Europa versucht er, einen Brückenkopf durch Serbien, Griechenland und Italien zu errichten, wo das chinesische Kapital strategische Übernahmen tätigt. Die EU warnt vor diesen Bewegungen und versucht, sie mit gesetzlichen Verboten und neuen Zöllen einzudämmen.

In Lateinamerika erreicht die Durchdringung noch nie dagewesene Ausmaße, und sein politischer Einfluss wird spürbar, indem einige der berüchtigtsten Manöver des US-Imperialismus vereitelt werden, wie im Falle Venezuelas (in einem Jahrzehnt hat China der Regierung Maduro rund 60 Milliarden Euro geliehen). Vor einigen Monaten unterzeichnete China auch eine Vereinbarung mit dem Iran, in den nächsten 25 Jahren 400 Milliarden Dollar in Energie und Infrastruktur zu investieren. Und China hat auch Afrika erobert: die Republik ist der führende Investor gemessen am Kapitalvolumen mit rund 72 Milliarden Dollar zwischen 2014 und 2018, der größte Gläubiger und der führende Handelspartner.

Die Eskalation der Konfrontationen zwischen den USA und dem asiatischen Giganten nimmt stetig zu. Der Volksaufstand in Hongkong war ein Spielfeld dieser Entwicklung. Die Tatsache, dass es der von prowestlichen Elementen geführten „demokratischen“ Opposition gelungen ist, den Kampf auf den Straßen ein Jahr lang aufrechtzuerhalten, hat dem Regime von Xi Jinping, das im Wesentlichen seine Agenda für Hongkong aufrechterhält, keinen Dämpfer versetzt.

Verschärft wird dieser Konflikt durch den Konflikt im Südchinesischen Meer, wo Washington die Souveränitätsansprüche Pekings, die zu verschiedenen Zusammenstößen mit den Flotten Vietnams und der Philippinen geführt haben, als illegal betrachtet. Von Bedeutung sind auch die Zusammenstöße Chinas mit Indien und Australien, zwei vorrangigen Verbündeten der Vereinigten Staaten in diesem Gebiet. China hat

rund 60.000 Mio. Dollar in pakistanische Infrastrukturen als Teil des so genannten chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors investiert, der wiederum Teil der neuen Seidenstraße ist. Die alte amerikanisch-pakistanische Allianz hat sich stark verschlechtert, und Trump hat sich stark an die Modi-Regierung in Indien gewandt, um zu versuchen, seinen Einfluss auf dem Kontinent aufrechtzuerhalten.

Auch die US-Bourgeoisie betrachtet den Vormarsch der militärischen Macht des asiatischen Giganten mit großer Sorge. Chinas Rüstungsausgaben entsprechen mindestens 14% der weltweiten Gesamtausgaben, nämlich 261.082 Millionen Dollar pro Jahr (die der USA sind derzeit mit 731.735 Millionen noch viel höher). Auffallend ist, dass die US-Verbündeten die Schwere dieser Eskalation wahrnehmen und Maßnahmen ergreifen. Der australische Premierminister Scott Morrison hat für das nächste Jahrzehnt Militärausgaben in Höhe von 186 Milliarden Dollar angekündigt, was einer Steigerung um 40% entspricht.

VI. Europäische Union

Der Druck des weltweiten Wirtschaftsnationalismus entlädt sich auch in wachsenden zentrifugalen Tendenzen in der EU. Der Brexit ist eine Folge dieses Gesamtprozesses, ebenso wie – auf anderer Ebene – Deutschlands verzweifelte Versuche, Europa unter seiner Führung vereint zu halten. Die deutsche Bourgeoisie kann auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren, wenn sie sich nicht mit der Zollschranke verteidigt, die die EU gegen die USA und China darstellt. Aber die Zukunft der europäischen Einheit auf der gegenwärtigen Basis ist nicht gesichert und hängt von der großen Schlacht ab, in der sich die beiden Giganten derzeit befinden.

Aus diesem Grund war die deutsche Bourgeoisie an der Seite der französischen bereit, ein „Kompromisspaket“ zur Förderung gegen die „Sparsamen Vier“ – Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden“ – durchzusetzen. Jedoch soll die EU-Kommission über die Vergabe der Gelder bestimmen und es ist nach wie vor möglich, über Umwege hilfsbedürftige Länder zu weiteren „Strukturreformen“ zu zwingen.

Im März erklärte Ursula von der Leyen über die geplanten Maßnahmen: „Die Coronavirus-Pandemie stellt uns alle auf eine harte Probe. Die ist nicht nur eine beispiellose Herausforderung für unsere Gesundheitssysteme, sondern auch ein großer Schock für unsere Volkswirtschaften. Das heute angekündigte umfangreiche Paket wirtschaftlicher Maßnahmen stellt auf die aktuelle Lage ab. Wir sind bereit, mehr zu tun, wenn sich die Lage ändert. Wir werden alle notwendigen Schritte treffen, um die europäischen Bürger und die europäische Wirtschaft zu unterstützen.“¹⁹

Nichts könnte weiter von der Realität entfernt sein. Über das „Kompromisspaket“ als einer Art „Wiederaufbaufonds“ zu sprechen ist die erste und größte Lüge bei all den Inszenierungen um die „Solidarmaßnahmen“ der Europäischen Union. In all der Literatur, die die Verhandlungen in der ersten Jahreshälfte hervorgebracht haben, wird – trotz hunderttausender Corona-Toter in Europa – an keiner Stelle ein Investitionsplan für den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, von Quarantänezentren oder den Ausbau öffentlicher Einrichtungen erwähnt, um die Infektionsraten zu senken.

Es besteht auch nicht die Absicht, den öffentlichen Industriesektor wiederzubeleben, und natürlich auch nicht die Absicht, die in den letzten Jahrzehnten privatisierten Sozialdienste und strategischen Unternehmen zu re-nationalisieren, um Arbeitsplätze zu schaffen und zu verteidigen (wo doch Millionen in rasantem Tempo verloren gehen). Das ist es, was einem wirklichen „Wiederaufbau“ nahe käme. Doch nichts in dem vereinbarten Plan ähnelt solchen Maßnahmen.

¹⁹ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_459

Hier wird nichts wieder aufgebaut, sondern es wird bestärkt, was bisher getan wurde: den Banken und dem Großkapital noch mehr öffentliche Gelder zur Verfügung zu stellen und sie mit mehr Sozialabbau zu entschädigen. Das ist die wahre Natur des Abkommens. Was haben arbeitende Familien also zu feiern? Wir sind Zeugen einer absoluten Täuschung der Bourgeoisie und einer großen Zeremonie der Verwirrung mit der beschämenden Billigung aller Regierungen und der reformistischen Führer der Neuen Linken.

Genauso herrscht unter ihnen Stille über den großen Betrug des europäischen „Grünen Deals“, den Ursula von der Leyen als Vertreterin des deutschen Imperialismus – bezeichnenderweise in Anlehnung an das unter Reformisten aller Couleur weit verbreitete Allheilmittel des „Green New Deal“ – aufgelegt hat, und der eine „effektive CO₂-Bepreisung“ und „für ausgewählte Sektoren ein CO₂-Grenzausgleichssystem“ (also eine Ausweitung des EU-Schutzzollsystems) vorantreiben soll.²⁰

VII. Coronapandemie

Die Widersprüche zwischen den Interessen der nationalen Kapitalien zeigen sich auch deutlich im Umgang mit der Coronapandemie. Während der chinesische Staatskapitalismus und eine kurze Reihe anderer Staaten die Pandemie wieder weitgehend im Griff hat, ist – entgegen der bürgerlichen Propaganda – die europaweite „Koordination“ der Pandemiebekämpfung mehr zum Schlachtfeld der gegenseitigen Übervorteilung geworden denn zum Exempel „europäischer Solidarität“.

In den allermeisten kapitalistischen Ländern haben Coronapandemie, Sparkurs und die Anarchie des Marktes zum gesundheitspolitischen Chaos geführt. Nur massive staatliche Eingriffe, flächendeckende Tests, die Eröffnung von Quarantänezentren, Versorgungsketten für Infizierte und vieles mehr könnten die Pandemie wirklich in den Griff bekommen und das Virus ausrotten – die derzeitige Politik der liberalen „Eigenverantwortung“ bei Überlastung der Ämter und wirtschaftlicher Privatinitiative von Seiten des Kapitals kann es nicht. Weltweit sind die Preise für Schutzmasken um tausende Prozent gestiegen, während wichtige Produkte wie ausreichend Tests auch ein Jahr nach Ausbruch des Virus Mangelware sind.²¹ Selbst Millionen Beschäftigte in Krankenhäusern, dem öffentlichen Dienst, Schulen und viele mehr werden trotz erkennbarem Infektionsrisiko und trotz entsprechender Hinweise nicht getestet.

Weltweit haben sich fast 44 Millionen Menschen mit Corona infiziert, mehr als 1.100.000 sind bis heute daran gestorben. Die kapitalistische Politik, die weitgehend dem Willen der privaten Besitzer der Produktionsmittel unterworfen ist, wird mit Sicherheit dafür sorgen, dass noch viele Tausende sterben müssen.

Vergleicht man die Fallzahlen der Länder, so kommt man prozentual auf einen besonders hohen Anteil von Corona-Infizierten und -toten in den Ländern, die auf eine Durchseuchung gesetzt haben. In Großbritannien, die USA, Schweden und Brasilien haben sich zusammengenommen im Schnitt circa 2,5% der Bevölkerung mit Corona infiziert; circa 0,07% sind durchschnittlich an der Krankheit gestorben. Länder, die auf eine vorsichtige Politik mit flächendeckenden Tests und starken staatlichen Eingriffen gesetzt haben, kommen auf einen deutlich geringeren Anteil. In China, Südkorea und Neuseeland haben sich durchschnittlich etwa 0,008% der Bevölkerung mit Corona infiziert – also weniger als der Anteil an Toten (!) in den Durchseuchungs-Ländern – und durchschnittlich 0,0004% sind an der Krankheit gestorben. Dabei hat jedes einzelne Land einen Anteil an Toten von weniger als einem Tausendstel ([Anhang 5](#)).

²⁰ <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1596443911913&uri=CELEX:52019DC0640#document2>

²¹ <https://www.nzz.ch/nzz-asien/coronavirus-asien-liefert-test-kits-und-innovationen-nzz-ld.1549403>

Auch in den Staaten, die anfangs schon mit einem halbherzigen Lockdown reagiert haben, wie Deutschland, hat der erneute „Lockdown light“ mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede mit der Durchseuchungsstrategie.

Gerade in den Ländern, in denen die liberale Politik der Privatisierungen im Gesundheitswesen am weitesten gegangen ist, reichen heute die Kapazitäten des Gesundheitswesens nicht aus, um die einfache Bevölkerung im Falle vermehrt auftretender Krankheiten oder Pandemien zu versorgen. Selbst in Frankreich – einem der beiden reichsten Länder der Europäischen Union – wählen die Krankenhäuser ihre Coronapatienten mittlerweile nach Triage-Prinzip aus: diejenigen, bei denen Alter und Krankheit eine Genesung unwahrscheinlicher machen, werden abgewiesen. Ein Skandal, bedenkt man, dass etliche von ihnen in Jahrzehnten harter Arbeit einen Anteil ihres Lohnes ins Gesundheitswesen eingezahlt haben!

Die bürgerlichen Politiker sprechen derzeit täglich in Talkshows über das Infektionsrisiko. Dabei muss keiner von ihnen die Last einfacher Lohnarbeit, unzureichender Gesundheitsversorgung und etlicher anderer Risikofaktoren auf seinem Buckel tragen, die mit Niedriglöhnen und Armut einhergeht. Corona trifft die Ärmsten der Gesellschaft am härtesten. Eine liberale Gesundheitspolitik wird den Profiteuren von Privatisierung und Rationalisierung im Gesundheitswesen nützen. Arbeiter und Arme bezahlen sie mit ihrem Leben.

Gleichzeitig ist auch Lockdown nicht gleich Lockdown. Wir kämpfen in all unseren Sektionen gegen einen *Lockdown der Bosse* – wie weiteren Überwachungs- und Einschränkungmaßnahmen wie dem *Ley Mordaza* in Spanien bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Liberalisierung und des Kaputtsparens des Gesundheitswesens. In Madrid sind nun deshalb auch Proteste von Arbeitern ausgebrochen, die den Ausbau von Krankenhäusern und Öffentlichem Dienst und den Rücktritt von Isabel Ayuso (PP), Präsidentin der Madrider Regionalregierung, fordern.

Wir kämpfen für die volle Ausfinanzierung und den planvollen Aufbau der genannten Sektoren, für die Enteignung und geplante Umnutzung von Ressourcen der Privatindustrie, die im Angesicht der Krise nicht leisten kann was von der Bevölkerung benötigt wird, ihren chaotischen Charakter offenbart und ihren einzigen Zweck, den privaten Profiteuren ihren Gewinn zu liefern.

VIII. Klassenkampf

Als Folge der dem Kapitalismus eigenen Dynamiken hat die himmelschreiende weltweite Ungleichheit auch in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. 2019 besaß weniger als 1 % der Weltbevölkerung über 40 % des weltweiten Vermögens.²² In einem Bericht von Oxfam wurde vorgerechnet:

„Wenn jeder Mensch auf seinem Vermögen sitzen würde, gestapelt in 100-US-Dollarscheinen, so säße die Mehrheit der Menschen auf dem Boden. Jemand, der über ein in einem reichen Land durchschnittliches Vermögen verfügt, säße auf einem Geldstapel in der Höhe eines Stuhls. Die beiden reichsten Männer der Welt säßen dagegen im All.“²³

Diese Ungleichheit ist aber kein Zufall, oder nur ein „unmoralisches Detail“: sie ist Folge der strukturellen und materiellen Herrschaft der herrschenden Klasse. Die Auspressung der Arbeitskräfte bis zum letzten Tropfen ist eines der Markenzeichen der Phase des kapitalistischen Niedergangs. Auch in industriell entwickelten Ländern wächst der Anteil von Arbeitern, die in Armut oder am Rande der Armut leben und

²² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/384680/umfrage/verteilung-des-reichtums-auf-der-welt/#:~:text=Die%20Statistik%20zeigt%20die%20Verteilung,8%20Prozent%20des%20weltweiten%20Verm%C3%B6gens>.

²³ Oxfam Deutschland: „Im Schatten der Profite“, S.3. Abrufbar unter: https://www.oxfam.de/system/files/2020_oxfam_ungleichheit_studie_deutsch_schatten-der-profite.pdf

auf unvorhergesehene Ausgaben nicht reagieren können. Nach Angaben der ILO verdienten Anfang 2020 über 700 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter weltweit weniger als 3,2 Euro am Tag – davon 265 Millionen weniger als 1,90 Euro, 2 Milliarden waren informell beschäftigt und 55% ohne jegliche soziale Absicherung. Logischerweise sind diese Zahlen in diesen Monaten der Pandemie weit übertroffen worden.

Die Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse gepaart mit dem Abstieg von Sektoren der Mittelschicht – beides Symptome der ökonomischen Krise – untergräbt den Klassenkompromiss und schürt die politische Destabilisierung.

Das Weltgeschehen analysieren wir mithilfe der Methode der Dialektik: Wirtschaftliche Faktoren führen zu weitreichenden politischen Entscheidungen und Ereignissen, und umgekehrt haben Schocks des Überbaus wiederum weitreichende Folgen für die materielle Basis. Nur wenn wir auf die dialektische Methode zurückgreifen, d.h. soziale Phänomene in ihrer Entwicklung analysieren, das Äußere und Offensichtliche auf seine wesentlichen Triebkräfte reduzieren, d.h. den Zustand der Produktivkräfte und des Klassenkampfes, werden wir richtige Perspektiven aufstellen und unsere Prioritäten richtig setzen.

Was ist der bestimmende Faktor für das politische Handeln des Bürgertums? Zweifellos die Furcht vor dem Klassenkampf von unten – eine Furcht, die hinter den beharrlichen Bemühungen zum Aufbau starker Bastionen der nationalen Einheit steht, die derzeit die zentrale Strategie der Weltbourgeoisie.

Lenin schrieb in *Der Zusammenbruch der II. Internationale*: „Nie ist eine Regierung so sehr angewiesen auf die Zustimmung aller Parteien der herrschenden Klassen und auf die „friedliche“ Unterwerfung der unterdrückten Klassen unter diese Klassenherrschaft, als während des Kriegs.“²⁴ Und wir leben weltweit in einer Ära des Klassenkriegs von oben, der sich jeden Tag verstärkt.

Wie bekannt hat die – alte wie neue – parlamentarische Linke zustimmend auf die Einbindungsversuche der Bourgeoisie reagiert. Trotzdem kann die *Politik* und *Propaganda* der nationalen Einheit die *soziale Polarisierung* nicht aufhalten. Die Verfallserscheinungen des Kapitalismus und die Krise der bürgerlichen Demokratie, die noch lange nicht überwunden ist, untergräbt mittelfristig das Programm der nationalen Einheit.

Beispiele für das, was wir sagen, sind vielfältig und je nach Region in unterschiedlichem Ausmaß und unterschiedlicher Qualität vorzufinden. In Lateinamerika scheitert die Politik der nationalen Einheit ständig. Die jüngsten Wahlen in Bolivien, bei denen die MAS erneut eine absolute Mehrheit erreicht hat, gehören dazu. Trotz der Flucht von Evo Morales und der Unterwerfung seiner Parlamentsfraktion, der brutalen Unterdrückung des Staates und der Verleumdung der Medien haben die Massen der bürgerlichen Reaktion und dem Imperialismus einen harten Schlag versetzt.

In Chile hat das Bürgertum enorme Energie investiert, den im Oktober 2019 begonnenen Aufstand zu vernichten. Dies ist ihnen vorläufig dank der Zuarbeit von KPCh und CUT gelungen, die sich dem von Piñera und PS vereinbarten Manöver der Verfassungsgebenden Versammlung angeschlossen haben. Die Situation ist jedoch alles andere als stabil. Der Prozess der Revolution kann jederzeit mit neuen Kräften explodieren, angetrieben von der tiefen sozialen und wirtschaftlichen Krise. Die Erfahrung der desillusionierten Massen wird eine grundlegende Rolle spielen, und die Patrone der nationalen Einheit wird nicht die gleichen Ergebnisse bringen.

Wir könnten noch viele weitere Beispiele sowohl in Lateinamerika als auch in den übrigen Kontinenten anführen. Das Fehlen einer revolutionären Partei mit Masseneinfluss erklärt, warum die Bourgeoisie in der Lage ist, immer wieder die Kontrolle über die Ereignisse zu übernehmen. Aber die Prekarität ihrer Herrschaft ist offensichtlich, ebenso wie der fortgesetzte Rückgriff auf autoritäre Maßnahmen, um den Aufschwung des Klassenkampfes zu neutralisieren.

²⁴ W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, 1974 Berlin, S.208.

Auch die Ereignisse in den USA haben für uns größere Bedeutung. Die dortigen Proteste gegen den Rassismus der staatlichen Institutionen sind in erster Linie Ausdruck von Widersprüchen, die sich in den letzten dreißig Jahren des Niedergangs des US-Imperialismus und einer beispiellosen Zunahme der objektiven sozialen Spaltung angesammelt haben.

Der Druck der Ereignisse hat die herrschende Klasse gespalten. Der demokratische Kandidat Joe Biden hatte im Wahlkampf die öffentliche Unterstützung von 131 Milliardären (im Vergleich zu den nicht unbedeutlichen 105 Milliardären, die Trump unterstützen). Unter den Vertretern der Finanzoligarchie, die den Kandidaten der Demokraten unterstützen, sind Howard Schulz, Gründer von Starbucks, Laura Powell, Witwe von Steve Jobs, George Soros und Michael Bloomberg. Zusammen haben sie Joe Bidens Wahlkampfbudget stärker aufgefüllt als das von Trump, mit 466 Millionen Dollar im Vergleich zu 325 Millionen Dollar.

Biden wurde derzeit zum Favoriten des größeren bourgeoisen Sektors, weil er verspricht mehr für die Wiederherstellung der „sozialen Ruhe“ zu tun als der Scharfmacher Trump. Dennoch war die Unterstützung für Trump beträchtlich: er ist Ausdruck der Interessen eines – ebenfalls angewachsenen – Sektors der US-Bourgeoisie, der sich mehr Autoritarismus im Regierungskurs wünscht und stützt sich vermehrt auf eine reaktionäre gesellschaftliche Basis, die er gegen die anhaltenden Mobilisierungen einsetzen will.

Die Situation ist zum derzeitigen Zeitpunkt nicht reif für bürgerkriegsähnliche Zustände oder einen vollendeten Staatsstreich – entsprechende Einschätzungen auf der politischen Linken waren verfrüht und überzogen. Sie zeigt aber dennoch an, dass sich die politischen Zustände in den USA in den vergangenen Jahren – parallel zu den Entwicklungen der Produktivkräfte und des globalen Mächteverhältnisses – *qualitativ* verändert haben.

Deshalb beginnen sich auch heute in den USA Kernelemente einer revolutionären Situation nach Lenin abzuzeichnen: „Welches sind, allgemein gesprochen, die Anzeichen einer revolutionären Situation? Wir machen uns sicherlich keines Irrtums schuldig, wenn wir auf folgende drei Hauptmerkmale hinweisen: 1. Unmöglichkeit für die herrschenden Klassen, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrechtzuerhalten; diese oder jene Krise der „Spitzen“, Krise der Politik der herrschenden Klasse, dadurch Erzeugung eines Risses, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen durchbricht. Für den Ausbruch einer Revolution genügt es gewöhnlich nicht, dass „die Unterschichten nicht mehr den Willen haben“, sondern es ist auch noch erforderlich, dass „die Oberschichten nicht mehr die Fähigkeit haben“, es in der alten Weise weiter zu treiben. 2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus. 3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen, die sich in einer „friedlichen“ Epoche wohl ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten aber durch die Gesamtheit der Krisen Verhältnisse, ebenso aber auch durch die „Spitzen“ selbst zu selbständigem historischen Auftreten angetrieben werden.“²⁵

Der Apparat der Demokratischen Partei versucht mit allen Mitteln, jede Protestbewegung in den USA zu kanalisieren, indem er mit seiner Legion von Journalisten, Gewerkschaftsbürokraten, schwarzen Politikern, Vereinigungen, die mit der afroamerikanischen Elite verbunden sind, Fuß zu fassen versucht, um den Kampf von revolutionären und klassenmäßigen Inhalten zu entleeren. Auf dieser Grundlage haben sie ihren Kandidaten Joe Biden auf den Weg gebracht und zusätzlich alle Unterstützung von Sanders angeboten, um ihm die ihm fehlende Glaubwürdigkeit zu verleihen. Aber für Millionen von Arbeitern und Jugendlichen ist es offensichtlicher denn je, dass das demokratische Establishment in grundlegenden Fragen die gleiche Ansicht teilt wie die Republikaner, sei es der Handelskrieg, die Rettung der Banken und der Wall Street oder ihre nicht vorhandene Sozialpolitik. Die Demokraten sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

Die Wahl von Biden ist für Kommunistinnen und Kommunisten kein Grund zur Freude!

²⁵ Ebd. S. 206.

Umso unsäglicher (und umso lehrreicher) ist es, dass im Angesicht der US-Wahl nicht nur Vertreter der DSA wie die Opportunistin Alexandria Ocasio-Cortez, sondern auch etliche Führer der LINKEN und selbst vermeintliche „Linke“ innerhalb der Partei wie Niema Movassat ihre Unterstützung für Biden erklärten, weil sie auf all seine Wahlversprechungen hereinfließen, bei denen Biden ärmeren Kindern kostenlose Universitätsbesuche, nicht nur den Erhalt sondern den Ausbau (welche Lüge!) von Obamacare, Steuererhöhungen für Reiche und massenhafte Coronatests verspricht und „Trump ja korrupt sei“. Dabei gibt es kaum einen demotiveren, korrupteren und falscheren Kandidaten, die die durch und durch korrupte „Demokratische“ Partei hätte aufstellen können!

Die Polarisierung ist ein Phänomen mit zwei Seiten: während Massenproteste derzeit regelmäßig wiederkehren, sind wir auch Zeugen eines Rechtsrucks eines nicht unbeträchtlichen Teils der wohlhabenden Kleinbourgeoisie und von Sektoren rückständiger Arbeiter, die durch antichinesischen Chauvinismus und Rassenherrschaft demoralisiert und vergiftet sind. Trump hat diese Sektoren zu seiner wichtigsten Wählerbasis gemacht. Seine populistische, rassistische und antikommunistische Demagogie verbindet sich mit dem Gefühl dieser Randgruppen, die totalitäre Lösungen fordern, um dem Chaos zu begegnen, das der Kapitalismus selbst verursacht hat.

Die Ablehnung von Trumps arbeiterfeindlicher Politik, seinem Autoritarismus und Rassismus durch Millionen von Menschen und Sanders' beharrliches Mantra „Besser Biden als Trump“ hatten großen Einfluss auf das Wahlergebnis in den USA. Aber Sanders irrt, wenn er glaubt, dass Biden und die alten Lügenrezepte der bürgerlichen Demokratie – die im Falle der USA immer mit rassistischer, gewerkschaftsfeindlicher und antikommunistischer Gewalt gefärbt waren – die gegenwärtigen Entwicklungen aufhalten könnten. Eine Wahl wird die Krise der USA nicht lösen.

Das Fehlen des subjektiven Faktors kennzeichnet den Verlauf aller revolutionären Prozesse der Welt. Und dennoch liefern die neu entbrennenden Aufstände neuen Raum für die revolutionäre Linke und die Kräfte des Marxismus.

Auch die amerikanische Arbeiterschaft ist das Waisenkind einer politischen Führung. Sanders verriet sie und stellte ihrem eigenen Werkzeug, nämlich einem Partei- und Klassenprogramm, ein weiteres Hindernis in den Weg. Aber nichtsdestotrotz besteht ein Vakuum für die politische Linke, eine Alternative zu schaffen, die, auch wenn sie keine spektakulären Wahlergebnisse erzielt, zu einer Referenz werden und sich in den Mittelpunkt der kommenden Kämpfe stellen könnte. Ein Raum, der nicht von innerhalb der Demokratischen Partei erobert werden kann, wie die bittere Erfahrung mit Sanders gezeigt hat.

Die beiden Flügel der herrschenden Klasse versuchen, jeder auf seine Weise die Kontrolle über die Situation auf dem Globus und im eigenen Land zu gewinnen, aber sie sind mit einer historisch ungünstigen Situation konfrontiert, die sie nicht einfach willentlich auflösen können. Die Triebkräfte des Weltkapitalismus führen die US-Bourgeoisie in den Niedergang. Damit werden die USA auch in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle für revolutionäre Kräfte auf dem ganzen Planeten spielen.

Deutsche Perspektiven

IX. Wirtschaft: Kapitalistische Widersprüche vertiefen sich

In der deutschen Wirtschaft spiegelt sich der Trend der internationalen Weltwirtschaft wider, dass von einem Krisenzyklus zum nächsten eine Vertiefung der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise stattfindet. Auch wenn die Medien heute wieder von einer wirtschaftlichen Erholung sprechen, gibt es eine *Erholung nur im Vergleich zum Tiefstand im vergangenen Quartal*. In den ersten drei Monaten des Jahres brach das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 10,1% ein; der höchste Wert seit Beginn der vierteljährlichen Aufzeichnung im Jahr 1970.²⁶

Eine Reihe westlicher Ökonomien – darunter Deutschland – sind seit dem Strukturwandel der 70er-Jahre geprägt von einer Überakkumulation an Kapital,²⁷ geringer Investitionstätigkeit²⁸ und einem Abbau des produktiven Sektors.

Diese Probleme wurden seit der Krise von 2008 nicht überwunden, sondern vertieft. Seit den 90er-Jahren fällt die bereinigte Lohnquote in Deutschland tendenziell; Kapitaleinkünfte (Gewinne, Dividenden, Zinsen, Mieten) steigen anteilig ([Anhang 6](#)). Untersuchungen von Thomas Piketty haben ergeben, dass das Kapital-Einkommen-Verhältnis der Welt, das bis 1914 auf rund 500% angestiegen und dann über die Weltkriege hinweg rapide abgesunken ist, heute wieder bei einem Wert von deutlich über 400% liegt und bis 2030 voraussichtlich die 500%-Marke erneut erreicht haben wird.²⁹ Gleichzeitig hat der Anteil des Privatkapitals in Prozent des Nationaleinkommens gegenüber dem des Staatskapitals auch in Deutschland (wie in allen anderen westlichen Industrienationen) deutlich zugenommen ([Anhang 7](#)).

Der Druck der Überakkumulation auf das Kapital ist gewachsen.

Das wird auch an der Niedrigzinspolitik deutlich, zu der die kapitalistische Krise die Eurozone, Großbritannien und die USA gezwungen hat. In keiner der drei Regionen hat der Leitzins nach der Krise 2008 das Vorkrisenniveau wieder erreicht ([Anhang 8](#)). Doch ein spürbarer Effekt bleibt aus: sowohl in der Eurozone als auch in Deutschland hat das Geldvermögen – vorwiegend in den Händen des Kapitals – zugenommen.³⁰

²⁶ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/07/PD20_287_811.html

²⁷ Marxisten vertreten die Haltung, dass die Quelle des Werts von Waren die menschliche Arbeitskraft ist. Überakkumulation bedeutet, dass die Masse von Kapital so groß geworden ist, dass ein großer Teil davon nicht mehr profitabel in der sogenannten „Realwirtschaft“ angelegt werden kann

²⁸ Allgemein sind die Investitionsquoten in Deutschland seit den 70er-Jahren rückläufig. Die durchschnittliche Profitrate ist seit dem Nachkriegsboom der 50er-Jahre gefallen, und trotz temporärer Phasen des Anstiegs hat sie das Niveau von 1970 nicht wieder erreicht.

²⁹ Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, München 2014, S.259.

³⁰ <https://www.welt.de/finanzen/article186446060/Geldvermoegen-Deutsche-besitzen-6-2-Billionen-Euro.html>

Das hat aber nicht zu verhältnismäßig zunehmender Investitionstätigkeit oder gar Erweiterungsinvestitionen in größerem Maßstab geführt.³¹

In Deutschland kam es zu einem qualitativen Zuwachs der Investitionstätigkeit zuletzt in der Phase nach der Einverleibung des ehemaligen DDR-Gebiets in die Bundesrepublik, seit 2001 ist die Investitionsquote auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR unter die 30%-Marke gerutscht. In den „alten Bundesländern“ hat sie die 20%-Marke seit 1993 nie für längere Zeit überschritten ([Anhang 9](#)). Die Arbeitsproduktivität in der BRD steigt seit vielen Jahren nur noch geringfügig, was ebenfalls auf die geringe Investitionstätigkeit hinweist. Einen Anstieg um über 5% in einem Jahr gab es seit 1973 nicht mehr.

Der deutsche Kapitalismus von heute ist lahm und unproduktiv. In einem Kapitalismus chronisch niedriger Profitraten und einer anhaltenden Überakkumulation ist nicht auf ein „Wirtschaftswunder“ zu hoffen. Die deutsche Wirtschaft schleppt sich von geringfügigem Aufschwung zur nächsten Rezession.

Außerdem sind einige Rettungshaken der vergangenen Krise heute nicht mehr tragfähig: griechische Flughäfen können nur einmal ausverkauft werden, der Zusammenhalt der EU zerbricht, das chinesische Wirtschaftswachstum – Motor aus dem Tief der letzten Wirtschaftskrise – ist heute schwächer als Anfang der 2000er-Jahre und die deutsche Exportquote, Hauptschlagader der deutschen Wirtschaft, ist spürbar zurückgegangen.

Im April fielen die Exporte um 24% im Vergleich zum Vormonat und um 31,1% verglichen mit dem Vorjahresmonat. Im August diesen Jahres hat die Bundesrepublik Waren im Wert von 91,2 Milliarden Euro exportiert – etwa 10 Prozent weniger als im Vorjahresmonat³², wobei auch im August 2019 der Export gegenüber dem Vorjahresmonat bereits um 3,9% zurückgegangen war.³³

Bereits 2019 sind die deutschen Autoexporte (3.487.321 Pkw) gegenüber dem Vorjahr (3.992.724 Pkw) um 12,7% eingebrochen. Verglichen mit dem Vorkrisenniveau von 2007 werden heute fast eine Million Pkw weniger exportiert ([Anhang 10](#)).

Allgemein wirken sich die Zunahme von Wirtschaftsnationalismus und der Handelskrieg negativ auf die deutsche Wirtschaft aus: zwischen 2015 und 2019 ist der deutsche Exportüberschuss gegenüber den USA von 54 auf 47 Milliarden Euro geschrumpft.³⁴

Dass das deutsche Kapital sich nicht am Handelskrieg beteiligen würde, ist jedoch eine Propagandalüge. In ihrem dieses Jahr beschlossenen „Handlungskonzept Stahl“ behauptet die Bundesregierung, sie wolle sich lediglich für „Chancengleichheit“ und gegen „Protektionismus“ auf dem Stahlmarkt einsetzen. Im gleichen Atemzug bringt sie aber im Rahmen eines „European Green Deal“ einen „Grenzausgleich“ (Stahlzoll) für Stahlprodukte in die Diskussion, der auf Stahl gezahlt werden soll, der unter Co2-lastigen Verfahren hergestellt wurde.³⁵

Hinsichtlich des Deindustrialisierungs-Kahlschlags, den eine Reihe „grüner“ Konzepte der Umweltbewegung und „pro-ökologischen Kapitalfraktion“ derzeit vorschlagen, haben wir in einem Artikel zur Stahlindustrie im August geschrieben:

„Stahl ist ein strukturbestimmender Bereich der produktiven Wirtschaft, auf dem etliche andere Produktionszweige aufbauen und der am ökologischsten und sozialsten vor Ort und unter Einsatz neuer, grüner

³¹ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/trotz-boom-warum-deutsche-unternehmen-wenig-investieren-15285196.html>

³² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151631/umfrage/deutsche-exporte-und-importe/>

³³ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2019/10/PD19_395_51.html#:~:text=Im%20August%202018%20hatte%20die,Milliarden%20Euro%20von%20dort%20importiert.

³⁴ https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/_inhalt.html

³⁵ Siehe dazu: <https://offensiv.net/index.php/deutschland/handlungskonzept-stahl-mit-der-arbeiterklasse-in-den-handelskrieg>

Technologien produziert wird. Er ist die Grundlage für den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, für den Bau von Wohnungen, den Ausbau des Gesundheitswesens und vieles mehr.

Auf der Stahlproduktion basiert der materielle Lebensstandard, und sie sollte in keinem Land ab- sondern planvoll und demokratisch kontrolliert ausgebaut werden. Der Ruin der Kapazitäten und der desaströse Stellenabbau, den die kapitalistische Wirtschaftskrise herbeiführt, ist gesellschaftlich destruktiv, für die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse von Nachteil und zeigt auf, wie wenig der Kapitalismus noch in der Lage ist die allgemeinen Entwicklungsbedingungen der Zivilisation zu verbessern.

Um diese Wirtschafts-anarchie zu beenden, ist ein planvoller und demokratischer Umgang mit Ressourcen notwendig. In einem ersten Schritt dorthin muss die Stahlindustrie weltweit verstaatlicht und den Gesetzen des kapitalistischen Privatmarkts entzogen werden, mit dem Ziel einer allgemeinen Transformation der Wirtschaft weg von der profitorientierten Privatwirtschaft hin zu einer demokratischen Planwirtschaft, die unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der einfachen, arbeitenden Bevölkerung vernünftig und planvoll entsprechend der Bedürfnisse der Menschen organisiert wird.

Dieses Ziel, ein menschenwürdiges Leben der Massen der Weltbevölkerung, ist nicht durch Handelskrieg oder marktradikale Liberalisierung, sondern nur durch Kooperation und gemeinsamen Kampf der internationalen Arbeiterklasse zu erreichen. Gewerkschaftsführern, die uns im Interesse der Bourgeoisie an die Opferbank führen wollen, sollte kein Gehör geschenkt werden. Das ist der Standpunkt, den Sozialisten in Gewerkschaften und gegenüber den Arbeitgebern unbedingt verteidigen sollten.“

Die BRD-Wirtschaft ist gegenüber der letzten Krise geschwächt. Um sie zu retten musste der deutsche Staat sich deshalb bespielslos verschulden. Im *Internationalen Teil* wurden die globalen Ausmaße der Verschuldung durch die Konjunkturpakete dieses Jahres bereits geschildert. Zum Ende des 1. Halbjahres 2020 hat sich die BRD in Höhe von 2.108,9 Mrd. Euro bei Privaten verschuldet – dem höchsten Stand seit Beginn der Schuldenstatistik.

Auch die Wirtschaft steht nicht auf so sicheren Beinen, wie die Erholungsmeldungen bürgerlicher Medien es suggerieren: Am 5. November brachte die FAZ eine Meldung der EZB-Bankenaufsicht, laut derer sich europäische Banken auf weitere tiefe Einbrüche durch die zweite Pandemiewelle gefasst machen müssen³⁶ – das aber nicht allein wegen des Virus, sondern vor allem, weil sich darin eine strukturelle Problemlage in Form von Risikokrediten verfestigt hat. Allein die Pleite von **Wirecard** kostete die **Commerzbank** mindestens 175 Mio. Euro³⁷; und gerade die **Deutsche Bank** wird von mehreren Finanzplattformen als Risikofaktor gesehen. Zwar hat sie im zweiten Quartal ein „Risikoergebnis“ von 761 Mio. Euro ausgewiesen – ein Anstieg, aber vorwiegend in Form von Rücklagen für ausfallgefährdete Kredite –, die Rückstellungen sind jedoch im Vergleich zum gesamten Kreditengagement der Bank relativ gering.³⁸

X. Verschleppung der Krise und Rettungspakete

Das gesamte Ausmaß der Krise ist heute nicht abzusehen. Das liegt auch an der Verschleppungsstrategie von Seiten der Politik. Im September 2020 wurde die Insolvenzantragspflicht ausgesetzt, außerdem greifen weitreichende Lockerungen die Kurzarbeit betreffend. Es ist zu erwarten, dass auf die aktuelle Insolvenzwelle weitere folgen werden.

³⁶ <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/banken-sollten-sich-auf-das-schlimmste-vorbereiten-17037477.html>

³⁷ <https://www.deraktionaer.de/artikel/aktien/deutsche-bank-und-commerzbank-kommt-jetzt-die-pleitewelle-2020528.html>

³⁸ <https://m.aktiencheck.de/exklusiv/Artikel-Commerzbank-Mutige-koennen-Engagement-wagen-Aktienanalyse-11738422>

Die staatlichen Eingriffe zielen darauf ab, dass Profite gerettet werden und Löhne verloren gehen: Lufthansa allein wurden neun Mrd. Euro staatlicher Gelder zugesprochen, ohne aber eine Zusicherung betreffend der Stellen oder echter staatlicher Mitbestimmung.³⁹ Auch bei TUI wurden trotz Milliarden an Staatshilfen tausende Stellen gestrichen.

Medial spielt die Rettung der Kunst- und Kulturbranche eine große Rolle – auch DIE LINKE setzt sich mit viel Emphase für Kulturbetreibende und Kleinunternehmer ein. Man darf sich davon nicht über den allgemeinen Klassencharakter der aktuellen Rettungsmaßnahmen täuschen lassen: die Maßnahmenpakete der Bundesregierung sind im Interesse der Großbanken und –konzerne geschnürt. Im Maßnahmenpaket der Bundesregierung wurde die Umsatzgrenze für Hilfen an größere Unternehmen, die ohne Einzelfallprüfung vergeben werden, von zwei auf neun Mrd. Euro erhöht und die Risikoübernahme auf 70% erhöht.⁴⁰

Keine dieser Strategien wird an der tiefen, strukturellen und unausweichlichen Krise des weltweiten wie auch des BRD-Kapitalismus etwas ändern. Einzelne Maßnahmen können das Organversagen hinauszögern, aber der Kapitalismus kann nicht einfach in ein Stadium des Wachstums zurückversetzt werden. Reformistische Ideen, wie die eines „Green New Deal“ oder die Idee, die Zeit ließe sich mithilfe staatlicher Eingriffe zu einer „sozialen Gründerzeit“ des Kapitalismus zurückdrehen, sind zum Scheitern verurteilt.

Fehlt es an profitablen Wirtschaftszweigen, die ausgebaut werden können, und ist massiv Kapital akkumuliert, verschärft das die internationale Konkurrenz der Supermächte. Was sie im Handelskrieg und im militärischen Konflikt nicht an Profiten für sich erringen können, müssen sie aus der eigenen Arbeiterklasse auspressen. Reformen können in der heutigen Phase des Kapitalismus nur durch entschlossene Kämpfe errungen werden.

XI. Lage der Arbeiterklasse, Offensive der Bosse

Die aktuelle Wirtschaftskrise wird rücksichtslos auf dem Rücken der Arbeitenden ausgetragen. Trotz einer Propaganda der „nationalen Einheit“ verschärft die Kapitalistenklasse den Angriff auf Arbeiter und Arme in Deutschland. Sie predigt sozialen Frieden und nutzt die Ablenkung durch Coronapandemie und andere mediale Debatten, um ihre Reichtümer ins Trockene zu bringen.

In einem „Klimaschutz-Programm“ hat die Bundesregierung Anfang des Jahres eine **Co2-Bepreisung** auf Benzin, Diesel, Heizöl und Gas beschlossen, die sie heuchlerisch als Bestandteil der „Energiewende“ verkauft. Es ist fest damit zu rechnen, dass die Steuer auf Einkaufspreise umgelagert wird und damit vorwiegend die Ärmsten der Gesellschaft treffen wird, für die die einheitliche Preiserhöhung anteilig eine besondere Belastung bedeutet. Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaft wird der Co2-Preis bei Geringverdienern mindestens ein Prozent des Nettoeinkommens auffressen.⁴¹ **Geschickt hat die Bundesregierung dabei außerdem den medialen Diskurs um *Fridays for future* genutzt, um eine Protestwelle gegen die Co2-Steuer wie in Frankreich zu verhindern und die arbeiter- und armenfeindliche Reform als „Zugeständnis an die Bewegung“ zu vermarkten.**

Die Co2-Steuer wird einen allgemeinen Trend steigender Lebenskosten für die unteren Bevölkerungsschichten verstärken. Zwar liegt die offizielle Inflation gerade bei um die null Prozent (Stand Oktober 2020), aber die Preise für Güter, die vor allem Geringverdiener konsumieren, steigen stärker als der Durchschnitt ([Anhang 11](#)).

³⁹ Siehe dazu: <https://offensiv.net/index.php/aus-dem-betrieb/wer-wird-hier-gerettet-2>

⁴⁰ https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/schutzschild-fuer-beschaefigte-und-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=14

⁴¹ <https://www.tagesschau.de/inland/klimapaket-115.html>

Gleichzeitig ist der Reallohnindex im 2. Quartal 2020 um 4,7% gegenüber dem Vorquartal gesunken.⁴² Besonders ausgeprägt waren die Einkommenseinbußen der **Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen**. Eine Auswertung der Erwerbspersonenbefragung (6.000 Teilnehmer) der Hans-Böckler-Stiftung durch HBS und WSI ergab, dass rund ein Drittel der Befragten im April oder Juni 2020 Einkommensverluste hinnehmen mussten. In der untersten Einkommensgruppe – maximal 900 Euro netto monatlich – war fast die Hälfte der Befragten betroffen. Auch Beschäftigte in Leiharbeit oder Minijobs hatten, aufgrund der deregulierten Arbeitsverhältnisse, höhere Einkommensverluste zu beklagen.⁴³

Die Kurzarbeit hat drastisch zugenommen und lag im Mai 2020 mit 7.300.000 bei einem historischen Höchststand. Im Vergleich: Nach den letzten Krisen in den Jahren 2009 und 1991 lag die Kurzarbeit jeweils bei unter 2 Millionen. Im Oktober waren laut Schätzungen des ifo-Instituts noch rund 3,29 Millionen Arbeiter in Kurzarbeit.⁴⁴

Kurzarbeit ist in erster Linie eine durch Sozialabgaben finanzierte Lohnkürzung. In einem Artikel vom September 2020 haben wir über die Ausweitung der Kurzarbeit geschrieben:

„Kurzarbeit flexibilisiert schließlich die Arbeitskraft der Mitarbeiter ins Bodenlose und intensiviert die Arbeitsverdichtung: Unternehmen können praktisch frei entscheiden, wann sie ihre lukrativen Aufträge bearbeiten, um die restliche Zeit ihre Lohnkosten von der Allgemeinheit erstatten zu lassen. Die Teilnahme daran ist für die Unternehmen kaum an Auflagen gebunden: Es müssen nicht einmal Garantien für den längerfristigen Erhalt der Arbeitsplätze abgegeben werden.“⁴⁵

Gleichzeitig fanden als Folge der Krise tausende Stellenstreichungen statt: 8.000 Stellen wurden bei Tui gestrichen, 4.000 bei Karstadt Kaufhof. In der Autoindustrie soll etwa jede zehnte Stelle (mindestens 80.000 Arbeitsplätze) wegfallen.⁴⁶ VW arbeitet seit Jahren daran, in Deutschland zehntausende Stellen zu streichen, Audi hat im November die Streichung von 9.500 Stellen beschlossen, BMW streicht mithilfe von „freiwilligem Ausscheiden“ und Frührenten 6.000 Stellen, Daimler plant einen Abbau von „bis zu 30.000“ Stellen, Opel hat seit Übernahme durch den französischen Konzern PSA massiv Stellen abgebaut und MAN will in Deutschland und Österreich 9.500 Stellen streichen.⁴⁷ Dazu kommen massive Kürzungen in der Zuliefererindustrie: bei Conti sollen im Rahmen einer „Transformation 2019-2029“ 13.000 Stellen in Deutschland „verändert“ (gestrichen oder verlagert) werden, Schaeffler streicht bis 2022 4.400 Stellen, ZF mindestens 7.000, Mahle will zwei Werke schließen und 2.000 Stellen streichen nachdem bereits 6.700 Stellen seit 2018 weggefallen sind und Wafa schließt ein Werk mit 200 Stellen. In der Stahlbranche droht die Zerschlagung von ThyssenKrupp Europe durch eine Übernahme der Stahlsparte durch Liberty Steel und damit der Verlust von mindestens 10.000 Stellen in Deutschland.

Allgemein verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen in Deutschland. In einer Umfrage in deutschen Großbetrieben von 2018 gaben 78% der Beschäftigten an, dass die Arbeitsintensität an ihrem Arbeitsplatz in den letzten fünf Jahren gestiegen ist. Bei einer Befragung der Betriebsräte in diesen Unternehmen gaben 74% an, dass die Personalbemessung der erhöhten Arbeitsbelastung bisher nicht angepasst wird.⁴⁸ Die virale Ausweitung der Kurzarbeit in der Pandemie wird das weiter verschärfen.

Gleichzeitig wurde schon zu Beginn der Pandemie – zumindest zeitweilig – die Arbeitszeit in Angriff genommen. Am 10. April verabschiedete die Bundesregierung unter tatkräftiger Mithilfe des SPD-geführten Arbeitsministeriums die „Verordnung zu Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz infolge der COVID-19-Epidemie“. Damit wurden über Jahrzehnte hart erkämpfte Rechte praktisch für ein Vierteljahr

⁴² https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Verdienste/Realloehne-Nettoverdienste/_inhalt.html

⁴³ <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-einkommenseinbuessen-durch-corona-28172.htm>

⁴⁴ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2603/umfrage/entwicklung-des-bestands-an-kurzarbeitern/>

⁴⁵ Siehe dazu: <https://offensiv.net/index.php/aus-dem-betrieb/mit-kurzarbeit-entlassungen-verhindern>

⁴⁶ Siehe dazu: <https://offensiv.net/index.php/aus-dem-betrieb/betriebsschliessungen-waehrend-corona>

⁴⁷ <https://www.merkur.de/wirtschaft/vw-bmw-audi-man-continental-bosch-zf-schaeffler-opel-muenchen-ingolstadt-stellen-abbau-job-verlust-corona-wolfsburg-zr-90060779.html>

⁴⁸ <https://www.personalwirtschaft.de/der-job-hr/arbeitswelt/artikel/wsi-befragung-zeigt-steigende-arbeitsverdichtung.html>

abgeschafft. Nicht nur wurden 12-Stunden-Schichten generell erlaubt und Ruhezeiten auf 9 Stunden reduziert, auch die Arbeitszeit an Sonn- und Feiertagen wurde dereguliert.

Mit Arbeitsplatzvernichtung und Unternehmensinsolvenzen steigt auch die Arbeitslosigkeit. Bislang sind seit Beginn der Pandemie offiziell rund 820.000 Arbeitsplätze weggefallen. Mit der erwarteten Insolvenzwellen werden in den kommenden Monaten weitere folgen. Laut der Bundesagentur „für Arbeit“ ist die Zahl der Arbeitslosen in der Krise auf 2,84 Mio. gestiegen – ein Anstieg von 27% gegenüber dem Vorjahr.⁴⁹

Durch den massiv gestiegenen Verbrauch von Mitteln der Bundesagentur zur Finanzierung der Kurzarbeit sinken auch die Mittel zur Förderung von Weiterbildungen und anderen Leistungen der BA. Auch die Arbeitsvermittlung findet nur „mit Einschränkungen“ statt. Mehr als die Hälfte aller Hartz IV-Bezieher sind alleinerziehend, und gerade diese Familien haben nun geringe Chancen auf Vermittlung und Leistungen; sie leben in Armut und drohen in die Langzeitarbeitslosigkeit abzurutschen. Jedes vierte bis fünfte deutsche Kind lebt in Armut.

Die Mieten steigen trotz der Coronapandemie weiter an, das haben Untersuchungen in einzelnen Städten ergeben.⁵⁰ Insgesamt liegt die Miete bei den ärmsten 20% der Haushalte in Deutschland bei fast 40% des Einkommens – die Mieteinnahmen von Wohnungseigentümern liegen in Westdeutschland gleichzeitig bei 10-15.000 Euro jährlich.⁵¹ 2016 waren etwa 52.000 Menschen in Deutschland obdach- und etwa 860.000 Menschen (also mehr als ein Prozent der Bevölkerung) wohnungslos.⁵² Das ist eine Erhöhung um mehr als 600.000 in 10 Jahren ([Anhang 12](#)).

Auch die Altersarmut nimmt zu: waren 2010 noch 14% der Rentner armutsgefährdet, lag ihr Anteil schon 2017 bei 18,7% und heute wohl weitaus mehr. Deutlich über 3 Millionen Rentner in der Bundesrepublik sind armutsgefährdet, heißt verfügt über ein Einkommen von maximal 13.628 Euro im Jahr. Das liegt vor allem daran, dass unsichere Arbeitsverhältnisse angenommen und so Erwerbsbiographien unterbrochen werden, dass der Niedriglohnsektor weiter wächst da nur noch etwa 45% der Arbeiter in Tarifbetrieben arbeiten und dass die Rentenkassen durch Privatisierungsmaßnahmen im Rentensystem und Riester ausgehöhlt werden.

Von der von der Bundesregierung eingeführten „Grundrente“ werden nur rund 1,5 Mio. Rentner profitieren, und wie Christoph Butterwegge es vorgerechnet hat, wird die durchschnittliche Erhöhung durch sie nur etwa 80 Euro ausmachen.⁵³

Die Offensive der Bosse durch Stellenstreichungen, „Rettungspaket“ und eine weitere Deregulierung der Arbeit sind nur ein Vorgeschmack auf weitere Kürzungspakete nach der Bundestagswahl. Es ist kein Zufall, dass die „Reformierung“ der Sozialsysteme seit einigen Monaten auch verschiedenen Ebenen lebendig medial diskutiert wird. Dabei muss auch „Reformmaßnahmen“ wie der Diskussion um das BGE Beachtung geschenkt werden. Wir haben uns in einem eigenen Artikel beschäftigt, warum auch Teile des deutschen Kapitals die Einführung eines BGE befürworten, und weshalb hinter ihren Ansätzen ein Angriff auf Arbeiterschaft und Arme zu erwarten ist.⁵⁴

Die derzeit stattfindende und anhaltende **Absenkung des Lebensstandards der arbeitenden und armen Bevölkerung** wird im Zuge der aktuellen Krise auch die Mittelschicht betreffen. Diese Entwicklung ist von großer allgemeiner Bedeutung für das Klassenverhältnis in Deutschland, schließlich hat sich hier – wie in einigen anderen westlichen Industriegesellschaften – mit Fortentwicklung des Imperialismus eine bedeu-

⁴⁹ <https://www.hartziv.org/news/20201003-arbeitsagentur-ueberfordert-wegen-corona-arbeitslose-sind-leidtragende.html>

⁵⁰ <https://www.fr.de/frankfurt/mieten-in-frankfurt-steigen-trotz-corona-krise-90013574.html>

⁵¹ <https://www.fr.de/wirtschaft/haben-oder-nichthaben-90058488.html>

⁵² <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-02/obdachlosigkeit-wohnungslose-sozialpolitik-zuwanderung-wohnungsnot-deutschland-faq>

⁵³ https://www.deutschlandfunk.de/kompromiss-zur-grundrente-butterwegge-altersarmut-laesst.694.de.html?dram:article_id=463110

⁵⁴ Siehe dazu: <https://offensiv.net/index.php/soziales/wohlstand-ohne-arbeit-das-bedingungslose-grundeinkommen>

tende lohnabhängige Zwischenklasse entwickelt. Ihr sozialer Abstieg – sei es durch Job- oder Einkommensverluste, oder einfach schwindenden ökonomischen Perspektiven – ist eine weitere Triebkraft politischer Polarisierung und kann sowohl durch Teile der Arbeiterbewegung für sich ausgenutzt werden, bildet aber an und für sich auch den sozialen Nährboden für einen Bedeutungsgewinn der politischen Rechten.

XII. Arbeit in der Coronapandemie

Während der Coronapandemie ist der Anteil von Kollegen im home office deutlich gestiegen, könnte allerdings auch nach der Pandemiephase ausgeweitet werden. **Home office birgt aber eine Reihe von Gefahren für einfache Lohnabhängige, und seine Ausweitung sollte abgelehnt werden:** es bedeutet, dass Kolleginnen und Kollegen individualisieren, sich auf der Arbeit und in Pausen nicht austauschen und gegen Angriffe der Chefs nicht wehren. Nur die Anweisung des Chefs beeinflusst ihre Sicht auf den Betrieb, nicht aber die Ablehnung oder Gegenwehr der Kollegen. Und diese Anweisung kann jederzeit erfolgen – mithilfe sozialer Medien, Chatgruppen oder Anrufen. Heimarbeit bringt eine Entgrenzung der Arbeit auf alles Private und eine ausgeweitete digitale Überwachung durch die Unternehmensführung.

Laut einer Studie der ILO, die Daten aus 15 verschiedenen Ländern untersucht hat, trägt die Heimarbeit das Risiko „verlängerter Arbeitszeiten und einer höheren Arbeitsintensität“ mit sich. 42 Prozent der Beschäftigten, die langfristig in Heimarbeit arbeiten, berichteten über Schlafstörungen – gegenüber 29 Prozent der Kollegen im Betrieb.⁵⁵

Statt Heimarbeit zu unterstützen kämpfen wir für eine drastische Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen: gegen Rundumüberwachung durch den Chef, für eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, arbeitsnahes Wohnen und guten Wohnraum für Alle, für eine angenehme Arbeitsumgebung und gemeinsame und entschlossene Kämpfe statt dem Austragen der Unzufriedenheit an den eigenen Kolleginnen und Kollegen. Nur Zusammenhalt und Austausch können einen solchen Kampf ermöglichen!

Aufgrund der massiven Zunahme der Heimarbeit über digitale Kommunikationsmittel spekulieren Stimmen aus der Wirtschaft, dass Corona das Voranschreiten der **Digitalisierung** weiter befördern könnte. Dabei ist nur eins klar: dass die Arbeitgeber die sich bietende Möglichkeit nutzen werden, um die Agenda der Flexibilisierung und Individualisierung weiter zu verfolgen, die nun seit Jahren bei ihnen ansteht. Das haben etliche vergangene Erfahrungen gezeigt: die Ausweitung der Zeitarbeit, die legale Expansion unregulierter Arbeitsverhältnisse wie bspw. der Minijobs, oder die Flexibilisierung in Tarifvereinbarungen wie beispielsweise der „Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit“ im Metallbereich (statt einer allgemeinen Verkürzung wurde eine *Möglichkeit zur zeitweisen Verkürzung* beschlossen, dafür aber der Anteil von Kollegen, die zu 40 Stunden eingestellt werden, erhöht!).⁵⁶ Zu letzterer schreibt die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründete „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“:

„Pauschale Regulierungen zum vermeintlichen Schutz der Arbeitnehmer werden diesem Potenzial jedoch nicht gerecht. Vielmehr gilt es, auf individuelle Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu setzen. Sie wissen am allerbesten um ihre gegenseitigen Bedürfnisse und Erfordernisse. [...] Arbeitszeitflexibilität ausbauen [...] Zukünftig wird der klassische Büroarbeitsplatz mit Anwesenheitspflicht in etlichen Branchen an Bedeutung verlieren. Die Digitalisierung der Arbeitswelt ermöglicht ortsunabhängiges Arbeiten [...] An diese Möglichkeiten muss konsequenterweise auch das deutsche Arbeitsrecht angepasst

⁵⁵ <https://medicalxpress.com/news/2017-02-links-remotely-stress-insomnia.html>

⁵⁶ <https://www.igmetall.de/tarif/tarifrunden/metall-und-elektro/bundesweit-mehr-geld-und-selbstbestimmte-arbeitszeiten>

werden. Feste, ununterbrochene Ruhezeiten und tägliche Höchstarbeitszeiten passen nicht mehr in die heutige Zeit.“⁵⁷

Deshalb stellte schon die metallzeitung vom Januar 2016 fest:

„Beschäftigte, die ihre Arbeitszeit selbst bestimmen können, arbeiten länger als andere.

Geregelt oder selbst gesteuert

40 Prozent der männlichen (und 33 Prozent der weiblichen) Beschäftigten können ihre Arbeitszeit zumindest in gewissem Rahmen selbst bestimmen. Sozialwissenschaftlerin Vanita Matta, Universität Zürich, hat in einer Studie ermittelt, dass 53 Prozent der Männer mit stark selbst gesteuerter Arbeitszeit mehr als 53 Stunden pro Woche arbeiten, bei denen mit festen Arbeitszeiten sind es nur 19 Prozent. 41 Prozent der Selbstentscheider arbeiten jede Woche zehn Stunden länger, als sie möchten. Bei festen Zeiten trifft das nur auf 17 Prozent zu.“ ([Anhang 13](#))

Um zu vertuschen, dass es sich hierbei vorwiegend um einen Angriff der Bosse gegen die Kollegen im Betrieb handelt, wird die Entwicklung als unvermeidliches Resultat der „**digitalen Revolution**“ durch die „**Industrie 4.0**“ dargestellt. Mit „4.0“ ist gemeint, dass es sich dabei um die „vierte industrielle Revolution“ nach der Industrialisierung, technischer Neuerungen wie dem Fließband, der Flächenelektrifizierung uvm. und zuletzt der Einführung der Computertechnologie.

Schon der Begriff der Industrie 4.0 ist reine Propaganda: anders als die Industrialisierung brachte keine der genannten vermeintlichen „Revolutionen“ wirklich tiefgreifende soziale Umwälzungen. Die Industrialisierung ermöglichte das deutliche, qualitative Wachstum der modernen Arbeiterklasse und die Herausbildung der modernen Klassenkräfte – keine andere dieser „Revolutionen“ brachte Umwälzungen in einer vergleichbaren Größenordnung. Sie waren *Neuerungen*, aber keine fundamentalen sozialen Umwälzungen und haben damit mit dem marxistischen Revolutionsbegriff nichts gemein.

Ob es tatsächlich zu einer breiten „Digitalisierung“ (abhängig davon, was damit genau gemeint ist; ob es sich bspw. um *arbeitsergänzende* Maßnahmen wie mehr Überwachung durch Big Data oder um *Stellenstreichungsprogramme durch Technologisierung* handelt) kommen kann, hängt von viel mehr ab als nur von der einfachen Existenz der Technologien; nämlich vor allem von den *Grenzen* auf die der moderne Kapitalismus stößt. Denn während die erste Industrialisierung einen jungen Kapitalismus mit massivem Expansionspotenzial zur Grundlage hatte, sind die Profitraten für mögliche Investitionen heute auf vergleichsweise geringem Niveau, die kapitalistische Produktion stößt in etlichen Branchen an objektive Grenzen und entwickelt regelmäßig deutliche Symptome der Überproduktion.

Die Idee der „digitalen Revolution“ und der Ablösung des „produktiven“ durch das „digitale“ Zeitalter passt gut in die kapitalistische Epoche der kapitalistischen Fata-Morgana-Wirtschaft: überall wo man hinsieht ist von „fiktiven Werten“ und „Spekulationsblasen“ die Rede. Doch auch der Kapitalismus kann keine Luftschlösser bauen: nur reale, menschliche Arbeit ist wertschaffend, und das ist der Kern der Dramatik des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Über diesen Widerspruch kann keine Technologie die Kapitalistenklasse retten. Überproduktion und chronisch niedrige Profitraten werden auch weiterhin zu einer niedrigen Investitionsintensität führen. Zwischen diesen Polen wird sich auch weiterhin der Kampf des Kapitals um die Technologisierung drehen⁵⁸ – dabei ist zentral, dass ihr erstes Ziel nicht etwa der technische Fortschritt (von dem an und für sich vor allem die Arbeiter in den Betrieben profitieren könnten,

⁵⁷ <https://www.insm.de/fileadmin/insm-dms/text/publikationen/positionsapiere/160525-INSM-Positionspapier-Abeit-4.0.pdf>

⁵⁸ Bspw. wurde Anfang November bekannt, dass Walmart seine Kooperation mit dem US-Startup Bossa Nova beendet und die Roboter, die das Unternehmen zur Kontrolle des Inventars produziert, wieder aus seinen Filialen wirft: https://www.heise.de/news/Einzelhandel-Walmart-schmeisst-Roboter-raus-4946479.html?wt_mc=sm.red.ho.4946479.posting.link.link&fbclid=IwAR1AFIAhgvS_IXNlc_-JyaDgwqITlylrokOx3ID_V8uvRcg766r7Pr76mjg

kämen ihnen die Früchte der vereinfachten Arbeitsabläufe zu Gute), sondern der maximalen Auspressung der Arbeitskräfte für den Profit ist.

Wir ziehen daraus den Schluss, dass es sich bei „digitaler Revolution“ und „Industrie 4.0“ um unwissenschaftliche Kampfbegriffe handelt, die die Zerstörung sozialer Sicherheiten im Betrieb als objektiv notwendige Tatsachen präsentieren sollen. Ist die „Digitalisierung“ ein natürlicher und unabwendbarer Prozess, dann müssen auch betriebliche Strukturreformen unweigerlich durchgeführt werden.

„Industrie 4.0“ gehört zu einer Propaganda der Angst, die derzeit in bürgerlichen Medien vorherrscht: Klimawandel und Digitalisierung (in der Fairwandel-Kampagne sogar in einem Atemzug genannt) sind objektive Tatsachen, ihnen kann man nur mit Angst und Defensivmaßnahmen begegnen; alles was geopfert werden muss, wird auch geopfert. Für den aktiven Eingriff der Arbeiterklasse bleibt da kein Platz.

Wir sind keine Fortschrittsfeinde, und auch keine Gegner der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – im Gegenteil! Aber an eine Vereinbarkeit von Arbeiter- und Kapitalinteressen glauben wir auch in der Sache der Digitalisierung nicht. Die Arbeiterklasse ist den Angriffen der Bosse nicht wehrlos ausgeliefert: sie kann gegen Überwachung, für Arbeitszeitverkürzung und allgemein gute Arbeit geschlossen im Betrieb kämpfen. Um diesen Kampf zu vereinfachen, sollten Neuerungen mit Skepsis betrachtet und in den meisten Fällen ganz abgelehnt werden, die diese Geschlossenheit durch falsche „Flexibilisierung“ und damit Individualisierung und Vereinzelung der Arbeitsverhältnisse untergräbt. Sie kann zwar heute mit Lockungen wie „flexiblen Teilzeitmodellen“ erkaufte werden, wird aber morgen als Waffe gegen die gesamten Belegschaften gerichtet.

XIII. Zwischenfazit

Der Zustand der Bundesrepublik und der Verfall der Lebensumstände der einfachen, arbeitenden und armen Bevölkerung, sind das Produkt der Diktatur des Finanzkapitals über alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche.

Dieser Zustand unterstreicht die Bedeutung der Anwendung des Übergangsprogramms in der aktuellen Phase. Die strukturellen Handlungsspielräume des Reformismus sind in der heutigen Zeit gering, das demonstriert auch der rapide Ausverkauf und Verfall der Neuen Linken Formationen. Im Angesicht der sozialen Missstände der Gegenwartsperiode reicht kein Reformprogramm – wir kämpfen für eine grundsätzlich andere Gesellschaft; für eine sozialistische Welt.

Angriffen auf die Arbeitszeit, steigender Arbeitslosigkeit und wachsender Arbeitsverdichtung setzen wir an der Seite anderer klassenbewusster Kräfte den Kampf für eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich entgegen. Eine sozialistische Welt kennt keine Arbeits- und Obdachlosigkeit: wir kämpfen für die Verwirklichung eines Rechts auf Arbeit, auf eine menschenwürdige Behandlung im Gesundheitssystem und auf Wohnraum. Nur die sozialistische Revolution kann eine solche Welt bringen.

XIV. Bewusstsein

Erinnert man sich heute zurück an die politische Situation zu Zeiten der „Flüchtlingskrise“, wird deutlich, dass sich mit der Coronapandemie und der einsetzenden Wirtschaftskrise in Deutschland einiges verändert hat. Die politische Polarisierung, die sich während der Flüchtlingskrise immer deutlicher abzeichnete und deren Stichwortgeber – aufgrund der reformistischen und angepassten Rolle der LINKEN – die AfD sein konnte, wurde zumindest zeitweise durch eine Politik der „nationalen Einheit“ überschattet.

Parallel dazu haben die spürbare Unsicherheit was den weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise und der Pandemie betrifft, die Risiken, die von der Pandemie ausgehen, das zeitweilige Versammlungsverbot, das sich vor allem gegen Kräfte der politischen Linken richtet, das Aufkommen einer „Protestbewegung“ konfuser Wissenschaftsleugner, die zu Beginn medial als „die“ Opposition zur herrschenden Politik dargestellt wurden, und eine Strategie der Einheit mit Bossen und etablierter Politik von Seiten der Führung der LINKEN und der Gewerkschaften unter der Arbeiterschaft zu Passivität geführt.

Die herrschende Klasse war gerade auch durch die Pandemie in der Lage, weitreichende Angriffe auf das Proletariat durchzuführen, und unter vielen Arbeiterinnen und Arbeitern herrschte gerade in den Betrieben, in denen nicht akut eine Werkschließung aber eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen droht, beizeiten das Gefühl, durch die Akzeptanz von Kürzungsmaßnahmen könne „schlimmeres verhindert“ werden.

Diese Stimmung ist das direkte Produkt des Schulterchlusses, den die Gewerkschaftsbosse mit dem Kapital eingegangen sind. Die Chefs des DGB sind direkt verantwortlich für den sozialen Ausverkauf, dem etliche Belegschaften derzeit ausgeliefert sind. Zwischen ihnen herrscht nicht mehr nur „Sozialpartnerschaft“ – sie sind zum Co-Management übergegangen.

Die Schockstarre, die Weltwirtschaftskrise, Coronapandemie, der offensive Klassenkampf der Bosse und die „Einheit der Nation“ in der Arbeiterschaft ausgelöst haben, wird nicht ewig anhalten. Die herrschende Klasse ist gezwungen, den Boden für den „sozialen Kompromiss“ mit der Arbeiterschaft weiter zu schmälern, und sie wird die Früchte dieser Politik ernten.

Gleichzeitig darf der Einsatz für kämpferische Belegschaften, für ein Zurückschlagen gegen das Kapital nicht nachlassen. Soziale Deprivation und Demoralisierung werden auch in Zukunft den Nährboden für das weitere Wachstum der politischen Rechten darstellen – sei es in den Ränken der AfD oder eines Tages auch in einem Spaltprodukt oder einer rechten Neugründung. Nur eine gut organisierte und kämpfende Arbeiterklasse kann die Kräfte der herrschenden Klasse, die in dieser Epoche gleichzeitig die des sozialen Verfalls und der Degeneration sind, aufhalten!

XV. Coronapandemie in Deutschland

Die zweite Welle der Coronapandemie ist in vollem Gange. Während am 26. März der Höchststand der ersten Welle noch 6.804 Neuinfektionen betrug, ist der neue Höchststand während der zweiten Welle am 5.11 auf 21.591 Neuinfektionen geklettert (Stand 6.11.2020). Die zweite Welle trifft also deutlich stärker ein, sodass die Infektionsketten kaum noch nachverfolgt werden können und die Gesundheitsämter völlig überfordert sind. Ganz zu schweigen von der Überlastung in den Krankenhäusern, deren Anzahl und Kapazität seit den 1990er-Jahren durchweg rückläufig ist: 1991 betrug die Anzahl von Krankenhausbetten in Deutschland 665.565 Betten (rund 8,35 Betten pro 1.000 Einwohner), heute liegt sie bei 498.192 Betten (6

pro 1.000 Einwohner).⁵⁹ 1991 gab es rund 2.400 Krankenhäuser und Kliniken in Deutschland, im Pandemie-Jahr 2020 liegt die Anzahl trotz angewachsener Einwohnerzahlen bei 1.925.⁶⁰

Das untergräbt einmal mehr die Illusion eines Fortschritt bringenden Kapitalismus und zeigt, wie die derzeitige Fortentwicklung des Kapitalismus direkt mit dem Verfall des Lebensstandards der unteren Schichten verbunden ist.

Es fehlt jedoch nicht nur an Krankenhäusern, sondern auch an Personal für Patientenversorgung, Reinigung und weitere Tätigkeiten. Vor allem aber macht die Pandemie klar, was für eine absolute Verschlechterung die Privatisierung der Krankenhäuser und die verbindliche Einführung des Fallpauschalensystems war. Das heißt, dass für bestimmte Gesundheitsleistungen ein Fixbetrag bezahlt wird. Spart man dabei Ressourcen (weniger Personal und Material, Konzentration auf OPs mit hohen Fallpauschalbeträgen), macht man Gewinne, bei einer besseren Ausstattung Verlust. Auf dieses Gesundheitssystem trifft eine Pandemie und die Reaktionen der Bundesregierung sind – gelinde gesagt – unzureichend.

Der Merkel-Kurs „nichts hören, sehen oder sagen“ konnte sich während der Pandemie nicht in gewohnter Form fortsetzen. Die Einschränkungen während des Lockdowns überschlugen sich schlagartig – davon blieben die Betriebe jedoch weitgehend unangetastet.

Zwar haben Pandemie und Weltwirtschaftskrise auf der einen Seite eine Politik der Nationalen Einheit losgetreten. Gleichzeitig wird im Umgang mit der Coronapandemie aber deutlich, wie die derzeitige Krisensituation den Druck auf die herrschende Klasse erhöht und zu Spaltungstendenzen führt. Das wird am Kandidatenwettbewerb innerhalb der CDU genauso deutlich wie an den Angriffen auf Merkel beispielsweise durch AfD und FDP.

Die Politik der Merkelregierung ist dadurch geprägt, dass sie zwar einerseits eine innenpolitische Krise durch explodierende Infektionszahlen und ein kollabierendes Gesundheitswesen vermeiden will, andererseits aber auch zwischen den Kapitalinteressen und den verschiedenen politischen Spielern laviert. Das Staatsversagen ist vorprogrammiert.

Die Strategie die Infektionskurve bloß abzuflachen, sodass das privatisierte, kaputtgesparte Gesundheitswesen nicht ausfinanziert werden muss, sondern die Zeit des Infizierens so gestreckt wird, dass die Kapazitäten des Gesundheitswesens nicht überschritten werden („flatten the curve“) wurde massiv propagiert. Zu größerer Handlungsfähigkeit ist dieser deutsche Staat, unter direktem Druck liberaler Kapitalfraktionen, auch nicht in der Lage. Der „Lockdown light“ zeigt das noch stärker, als es schon der erste Lockdown getan hat. Für Arbeiterinnen und Arbeiter, ebenso wie für Schüler ist dieser Lockdown im Alltag nahezu nicht zu spüren.

Eine konsequente Eindämmung des Virus wäre nötig gewesen, um die zweite Welle zu verhindern. Stattdessen werden uns Maßnahmen vorgesetzt, wie die Maskenpflicht, die sicherlich nützlich, aber für sich allein keine ausreichende Maßnahme ist um die Pandemie zu bekämpfen und es wird auf „Eigenverantwortung“ gesetzt. Doch was Merkel nicht sagt, wenn sie über unsere „individuelle Verantwortung“ als „Krisenlösung“ spricht, ist, dass für das Ausmaß der Pandemie weit tieferliegende strukturelle Probleme verantwortlich sind. In den letzten Jahrzehnten wurden von CDU, SPD, FDP und Grüne massive Sozialkürzungen in Deutschland durchgesetzt. Allein zwischen 2002 und 2013 ist die Anzahl öffentlicher Krankenhäuser in öffentlich-rechtlicher Form um 52,8% gesunken. Wozu also diejenigen retten, die doch auch so sterben werden, äußerte Boris Palmer von den Grünen überraschend ehrlich das, was einige Herrschende sicherlich im Stillen denken.

⁵⁹ <https://reimbursement.institute/wp-content/uploads/Anzahl-Krankenhausbetten-in-Deutschland.png>

⁶⁰ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2617/umfrage/anzahl-der-krankenhaeuser-in-deutschland-seit-2000/#:~:text=Die%20Zahl%20der%20Kliniken%20und,H%C3%A4user%20im%20Jahr%202018%20ausbauen.>

Generell lässt sich jedoch sagen, dass die Herrschenden in einer Art Zwickmühle stecken, da ein wirklicher Lockdown verhindert werden soll, damit die Wirtschaft am Laufen bleibt, jedoch dürfen andererseits auch nicht zu viele Beschäftigte sich infizieren, da auch das die Profite der Kapitalisten schmälern würde. Der prominenteste Vertreter des Teils der Herrschenden ist sicherlich Karl Lauterbach, der strengere Maßnahmen fordert. Trotz Skandalen wie die 1.500 infizierten Mitarbeiter bei Tönnies werden Betriebe und Schulen bei der Eindämmung des Infektionsgeschehens weiterhin ignoriert und die Bundesregierung steht in Umfragen trotz dessen besser da als vor der Pandemie. Das hängt sicherlich auch damit zusammen, dass Merkel neben Figuren wie Trump und Bolsonaro, die die Pandemie offensichtlich herunterspielten und hunderttausende Tote zu verantworten haben, noch relativ moderat aussieht.

Weiterhin setzt die Bundesregierung auf die Propaganda der nationalen Einheit und der Vorstellung, dass wir alle nun gemeinsam gegen die Pandemie ankämpfen müssen, da wir ja im selben Boot sitzen würden. Nichts könnte weiter von der Realität entfernt sein. Im Zuge der zweiten Welle werden sogar schon Meldungen laut, die bei gleichbleibenden steigenden Infektionszahlen überlastete Krankenhäuser vorhersagen und schon Triage-Empfehlungen ausgeben.⁶¹

In dieser Situation können Marxistinnen und Marxisten sich nicht mit kleinschrittigen Reformforderungen abfinden. Wenn Bernd Riexinger Maßnahmen wie den Einbau von Luftfiltern in Klassenräumen betont, dann ist das in der Sache richtig, aber in der Betonung insofern falsch, als dass es unterstellt, die Corona-Politik der Bundesregierung müsse nur um einzelne Reformen erweitert werden und sei dann zustimmungsfähig.

Auch dass wir „keinen weiteren Lockdown wollen“ ist eine falsche Formulierung. Wir wollen keinen weiteren „Lockdown der Bosse“, sind aber auch gegen ein „Weiter so“ halbherziger Pandemiebekämpfung, bei der das Privatleben eingeschränkt und die Überwachung ausgebaut wird, aber Wirtschaft und Schulen wie üblich weiterlaufen.

Sicher: ein weiterer Lockdown der Wirtschaft hätte im Kapitalismus massive Auswirkungen. Doch das zeigt einmal mehr das kapitalistische Chaos und die Unfähigkeit profitorientierten Wirtschaftens entlang der Interessen von Arbeitern und Armen zu funktionieren. Das beweist auch das Chaos um die Bereitstellung von Tests, die technisch heute problemlos möglich (und mit staatlich finanzierter und internationaler Forschung schon deutlich schneller vorhanden gewesen) wäre, doch in den Grenzen der privaten Produktivkräfte und Produktionslogik gehemmt ist.

Wir formulieren ein *revolutionär-marxistisches Übergangsprogramm* als Antwort auf die Krise: wir fordern eine grundsätzlich andere, sozialistische Gesundheitspolitik, massenhafte Enteignungen und Verstaatlichungen und den planvollen Ausbau der Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter.“

Statt der Politik der Bundesregierung fordern wir regelmäßige, kostenlose und flächendeckende Testungen, dezentrale Teststellen und ambulante Test-Teams in jeder Stadt, um die Gefahr der Dunkelziffer an Infektionen zu minimieren. Wir brauchen staatlich organisierte Quarantänezentren, sodass die Versorgung der Infizierten gesichert ist, Familienangehörige geschützt sind und niemand in viel zu kleinen Wohnungen auf engstem Raum allein gelassen wird. Um die Gesundheit der Arbeiterklasse zu schützen brauchen wir sofort die Rekommunalisierung aller Krankenhäuser, eine Finanzierung nach Bedarf statt nach Profit, sowie eine Umstellung („eine Umstellung“ zu: die Enteignung und den staatlichen Ausbau gesundheitsrelevanter Produktionskapazitäten und da wo nötig eine Umstellung...) der Produktion auf medizinisch benötigte Güter wie Desinfektionsmittel, Mund-Nasen-Schutz, usw. und die Schließung von nicht-versorgungsrelevanten Betrieben.

⁶¹ <https://www.divi.de/aktuelle-meldungen-intensivmedizin/triage-bei-covid-19-wir-entscheiden-nicht-nach-alter-oder-behinderung-intensiv-und-notfallmediziner-aktualisieren-klinisch-ethische-entscheidungsempfehlungen>

Es kann nicht einen halbherzigen Lockdown nach dem anderen geben, während die virale Verseuchung anhält. Unter diesen Umständen könnte bei konsequenter Durchführung ein allgemeiner Lockdown von wenigen Wochen ausreichen, um das Virus auszurotten und weitere Tote zu verhindern.

Um die Pandemie effektiv und schnell zu beenden, müssten Maßnahmen ergriffen werden, die sich nicht mit dem kapitalistischen Märchen vom freien Markt vereinbaren lassen. Unsere Aufgabe besteht darin zu erklären, wie unser sozialistisches Programm zur Pandemie aussieht und uns der Propaganda der nationalen Einheit entgegenzustellen.

XVI. Coronaleugner-Bewegung

Im vergangenen Jahr haben wir viel Zeit investiert, die Proteste um „Widerstand 2020“ und der sog. „Coronaleugner“ in Deutschland und international zu diskutieren. Wir kamen zum Schluss, dass es sich dabei um radikal-liberale und reaktionäre Proteste von Schichten deutscher Kleinunternehmer und des deutschen Mittelstands handelt. Sie lehnten das – aus unserer Sicht noch viel zu milde – Eingreifen des deutschen Staats durch milde Lockdowns und eine zahme Einschränkung der Wirtschaft ab.

Über die Coronapolitik der Bundesregierung und das Programm der Coronaleugner schrieben wir in einem Artikel im Juni 2020:

„Etliche Betriebe wurden erst heruntergefahren, als auch die Just-in-time-Belieferung aus dem Ausland ausfiel. So gab es in Deutschland bis zum heutigen Tag mit mehr als 8.800 Fällen fast doppelt so viele Coronatote wie in China. Und obwohl die Reproduktionszahl weiter um 1 schwankt, werden nun Schulen und Kindertagesstätten wieder geöffnet und Testzentren geschlossen.

All das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis einer Politik, deren höchstes Ziel es ist, paradisische Profite für Bosse auf dem Rücken der Arbeitenden und Armen zu garantieren.

Ultraliberale demonstrieren für Lockerungen und „die Verfassung“

Von einer so marktliberalen Politik haben auch viele derjenigen profitiert, die unter der Fahne von „Widerstand 2020“ und „Querdenken“ auf die Straße gehen. Etliche Initiatoren der „Mitmach-Partei“ und von „Querdenken 711“ sind Selbstständige und Unternehmer, darunter Victoria Hamm, aber auch der Stuttgarter Querdenken711-Gründer Michael Ballweg oder der Überlinger Unternehmer Jens Meyer von der Industrievertretung Meyer und Stiene OHG.

Wir haben es mit den Hygienesemos in Deutschland nicht mit einer homogenen rassistischen oder faschistischen Bewegung zu tun – wohl aber mit einer Bewegung im Interesse eines reaktionären und ultraliberalen Sektors deutscher Kleinunternehmer, die von Demokratie reden, aber eigentlich für die weitere Liberalisierung der Gesundheitsvorschriften am Arbeitsplatz kämpft und dagegen, dass der Lockdown ihre Gewinne schmälert. [...]

„Widerstand 2020“: Chefs und ihre Freunde

Diejenigen, die nun die Verfassung gegen die „Faschisierungstendenzen“ der Merkelregierung zu Felde führen sind in Wahrheit alles andere als Feinde einer Politik der „nationalen Einheit“ im Interesse der Bosse, die das Handeln der Bundesregierung und das rigide Auftreten der Medien in den letzten Monaten ausgezeichnet hat.

Diese „Opposition“ sind die Straßentrupps der liberalsten Kapitalfraktion, fordert einen noch arbeiterfeindlicheren Umgang mit der Coronapandemie und versteht das als „demokratischen Widerstand“, für den sie „das Volk“ mobilisieren will. Sie sind auf der Straße, weil sie über sich und ihren selbständigen Kleinstexistenzen den Druck des Großkapitals spüren, verzehnfacht durch den Lockdown. Doch die Lebensbedingungen der Millionen Lohnarbeiter unter ihnen und ihr sozialer Kampf sind ihnen fremd – und so fliehen sie sich in Verschwörungstheorien, Populismus und Esoterik.

Warum sonst behaupten die „Protestierenden“, sich gegen die sozialen Ungerechtigkeiten von homeschooling und Kitaschließung zu richten – haben aber keinerlei Forderungen nach sozialen Verbesserungen für Schüler, verarmte Familien und Arbeiter? Warum sonst haben diese „Demokraten“ sich nicht für einen 1. Mai der Gewerkschaften und Linken eingesetzt, wenn sie doch für unsere sozialen Belange und Versammlungsfreiheit eintreten? Eben deshalb: Weil ihr Programm eines der Deregulierung am Arbeitsplatz ist.

Um diesen Klassenwiderspruch zu kaschieren, verliert sich „Widerstand 2020“ in allgemeinen Aussagen über „das Volk“ und populistische Angriffe auf einen bestimmten Sektor der bürgerlichen Elite. Was viele von ihnen antreibt ist die Furcht vor ausländischen Monopolen, sie sprechen von der Angst vor Donald Trump, Bill Gates und der FED, und mit ihrer ständigen Beteuerung „weder links noch rechts“ zu sein wird klar, dass sie die Unterstützung organisierter Faschisten für ihre Ziele nicht scheuen.

Es ist die beste „Opposition“, die sich das deutsche Kapital nur wünschen kann: sie präsentieren sich wissenschaftsfeindlich und stiften Verwirrung, lenken von für Arbeiter und Arme hochrelevanten Fragen ab (wie die Verlängerung der Arbeitszeit per Dekret, die massive Ausweitung der Kurzarbeit, Milliardengeschenke für die Großkonzerne als Krisenlösung,...) und reden Lindner und BILD in ihren Angriffen auf den Lockdown nach dem Mund.

Diese „Verfassungsdemokraten“ werden ganz und gar nicht umsonst von den Medien rücksichtslos hochgeschrieben. Aus diesem Grund richtet auch die Bundesregierung an der Seite der Amadeo Antonio Stiftung ihre „Angriffe“ auf diese „Scheinopposition“ gegen ihre wahren Feinde – diejenigen, die die Macht des Finanzkapitals kritisieren.“

Aus Sicht von Arbeiterinnen und Arbeitern verdeutlicht „Widerstand 2020“ einmal mehr die Herausforderungen der Einbindung von Elementen des deklassierten Kleinbürgertums in die Arbeiterbewegung, das zwar notwendig sein kann, um das Abdriften dieser Elemente in die Reihen der Faschisten zu verhindern, aber nur unter eiserner politischer Führung gewöhnlicher Arbeiter möglich ist.

Denn das soziale Programm dieser Elemente ist dem der Arbeiterschaft diametral entgegengesetzt: wir kämpfen nicht den rückschrittlichen Kampf für die Erhaltung kleinunternehmerischer Besitztümer um den Preis von Erleichterungen für Eigentümer im Gesundheitsschutz, sondern um Verstaatlichungen und Arbeiterkontrolle, Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie unter Führung des Proletariats. Wir können Angehörigen des Kleinbürgertums einen gemeinsamen Kampf gegen das Finanzkapital unter der Fahne der Arbeiterbewegung anbieten, doch es darf keine Unterordnung unter das rückschrittliche Programm im Abstieg befindlicher Kleinunternehmer geben, wie es Susan Bonath und andere Vertreter des deutschen Stalinismus predigen.

Die aktuelle Bewegung der Coronaleugner zeigt auch, dass das formalistische Schema vieler Marxisten, dass das Kleinbürgertum als Zwischenklasse immer kleiner werde, im 21. Jahrhundert kaum noch relevant sei und deshalb jede größere Bewegung automatisch vor allem aus der Arbeiterklasse bestehen würde, falsch ist. Natürlich ist es richtig, dass das klassische Kleinbürgertum, wie im Bereich des Handwerks, ein Überbleibsel einer alten Produktionsweise ist und dieser mit der Entwicklung des Kapitalismus und der Vergesellschaftung der Produktion mehr und mehr die Grundlage genommen ist. So ist die Arbeiterklasse heute, im Gegensatz zum Beginn des 20. Jahrhunderts, mit Abstand der größte Teil der Bevölkerung. Doch

wie Leo Trotzki anhand des Beispiels der USA in den 1930ern erklärt hat, entwickelt sich gerade in den dominierenden kapitalistischen Ländern eine „Neue Mittelklasse“, die mit dem traditionellen Kleinbürgertum verwoben ist und dessen Rolle ausfüllt. Dazu gehören auch formal lohnabhängige Zwischenschichten wie niedere Manager, Filialleitungen, Beamte usw. Sie sind weit von der Lebensrealität und den materiellen Bedingungen der breiten Masse des Proletariats entfernt. Gerade in dem rückschrittlichsten Teil dieser Mittelschichten liegt der soziale Kern der Coronaleugner Bewegung.

Zum Kampf gegen rückschrittliche Elemente wie „Querdenken“ und andere und die Rolle von LINKE und Gewerkschaften schrieben wir:

„Ein offensiver Kampfplan dieser Organisationen hätte in den vergangenen Monaten – und auch in Zukunft – für eine grundsätzlich andere politische Gemengelage in Deutschland gesorgt. Millionen hätten mobilisiert werden können gegen drohenden Arbeitsplatzabbau und die Zulassung der 60-Stunden-Woche. Nur weil DIE LINKE und die Gewerkschaften auf einen solchen Kurs verzichtet haben, und weil Tarifverhandlungen aufgestückelt, abgewürgt oder aufgeschoben wurden, ist es nun den Spinnern um Bodo Schiffmann und anderen möglich, die politische Szenerie zu dominieren. Nur aus diesem Grund schwankt die LINKE jetzt hysterisch zwischen einer Politik des sozialen Friedens mit dem Merkel-Lager und dem verzweifelt Versuch einzelner LINKE-Vertreter, Teile der „Querdenken“ zurückzugewinnen. Doch aus dieser Defensive heraus kann nur der Kampf der organisierten Arbeiterklasse führen. Will die LINKE in diesem Kampf noch eine Rolle spielen, dann muss ihre Führung die haltlose Anbiederung an die SPD beenden und ihre Politik des sozialen Friedens zurücknehmen! [...]

Der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft und die Desinformation und Verwirrung der bürgerlichen Medien sind der Nährboden, auf dem sich irrationale und esoterische Phänomene wie Widerstand 2020 breitmachen. Der ideologische Krieg, den die Medien im Interesse der herrschenden Klasse führen, und dass kaum mehr Gegenstimmen zum Einheitsbrei der regierenden Eliten in Medien und Politik geduldet werden, schafft ein Vakuum für die Agitatoren von „Widerstand 2020“, solange er nicht von einer kämpfenden Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung beantwortet wird.

Einen solchen Kampf erreichen wir nicht durch die Kanäle von Widerstand 2020. Die Verbreitung von Corona ist keine Erfindung, und die Arbeiterklasse und Armen – ob in Wuhan, Madrid, Bergamo oder New York – sind die ersten Opfer des Virus, weil uns Bosse und ein privatisiertes Gesundheitssystem keinen Ausweg aus Ansteckung und ernsthafter Erkrankung lassen, während Milliardengeldern nur den Reichen zur Verfügung gestellt werden.“

XVII. Entwicklungen auf Parteiebene

Politik der Nationalen Einheit und die Große Koalition

Die Krise 2008/9 hat den Boden für eine soziale und politische Polarisierung gelegt, die in den letzten Jahren die Wählerbasis der alten Volksparteien SPD und CDU zunehmend erodiert und zu einem Anstieg außerparlamentarischer Bewegungen geführt hat. Ein parlamentarischer Rechtsruck in Form des Auftauchens und Erstarkens der AfD sowie die verstärkte Präsenz der Rechten (vor allem in Form von Pegida und der „migrationskritischen“ Bewegung) auf der Straße waren einerseits Ausdruck davon; andererseits aber auch große Proteste wie #unteilbar oder die Mietenbewegung oder eine steigende Beteiligung an antirassistischen Demonstrationen.

2020 hat die neue Wirtschaftskrise Deutschland in einem schwächeren Zustand getroffen als noch 2008. Vieles deutet darauf hin, dass uns ein deutlich tieferer Einschnitt bevorsteht. Diese Entwicklung wird die Polarisierung vertiefen und eine Zeit des intensiven Klassenkampfes einläuten, die sich auch auf der Wahl-ebene zeigen werden. Die Wahlen in NRW waren dabei der beste Beweis, dass wir es keinerseits mit einer substanziellen und anhaltenden „Trendwende“ oder gar einer kompletten Umkehr der Entwicklungen der letzten Jahre zu tun haben.

Gleichzeitig befinden wir uns, vor allem aufgrund der Corona Pandemie, in einer komplett anderen Situation, als wir es noch Anfang 2020 erwarten konnten. Das Virus gab der Bundesregierung die Möglichkeit, einen Propagandafeldzug zu starten und an die „Nationale Einheit“ zu appellieren: Das Virus kenne keine sozialen Unterschiede, im Angesicht der Krise sei es an der Zeit, die politischen Unterschiede zurückzustellen. Der Druck auf die Opposition war enorm, die Krisenpakete und Maßnahmen, die als einzige Option dargestellt wurden, fast einstimmig angenommen. Schändlicherweise war in den entscheidenden Parlamentsdebatten im März lediglich von der AfD eine etwas fundamentaler wirkende Kritik am Regierungskurs zu hören – das hat sich noch nicht in anwachsende Unterstützung niedergeschlagen, unterstreicht aber deutlich die massiven Fehler der Führung der Partei DIE LINKE.

Sowohl soziale Proteste als auch der ohnehin beschränkte Widerstand der DGB-Gewerkschaften gegen Stellenstreichungen und Nullrunden sind zum Erliegen gekommen. Die Große Koalition und die Landesregierungen bekamen die Möglichkeit geschenkt, ihre neoliberalen „Maßnahmen“ und ihren Lockdown der Bosse, die direkt die Katastrophe der zweiten Welle vorbereiteten, unter den Deckmantel des heldenhaften Krisenmanagements zu hüllen. In zahllosen Podcasts, Online-Auftritten und Reden begann die Propagandaoffensive und sie hält bereits das ganze Jahr über an, vergleichbar mit den Nationalismus-Wellen zu Beginn der Weltkriege. Das Deutschland dabei im Vergleich zu den direkten Nachbarn eine bessere Entwicklung der Pandemie erlebte, gab den Gesundheits-Demagogen und neoliberalen Technokraten à la Jens Spahn dabei weiteren Auftrieb.⁶²

Die Politik der Nationalen Einheit kommt den bürgerlich-demokratischen Kapitalparteien in einer Epoche, in der ihre stabile Unterstützung schwindet und in der sie sich für eine weiter anwachsende Polarisierung rüsten, sehr gelegen. Derzeit erlaubt der Notstand der Bundesregierung, der Ministerkonferenz und dem Gesundheitsamt weitgehend am Parlament vorbei regieren zu können und mit direkten wirtschaftlichen oder politischen Maßnahmen deutlich eigenständiger zu agieren als es vor der Krise für die Merkel-Regierung üblich war. Das ändert natürlich weder etwas an dem neoliberalen Inhalt der Politik noch daran, dass der Staat weiterhin als ideeller Gesamtkapitalist für das Gesamtinteresse der herrschenden Klasse Deutschlands auftritt.

Der offensichtlichste Ausdruck dieser Entwicklung ist die deutlich gestiegene Zustimmung der Bevölkerung für die Politik der Bundesregierung oder die Beliebtheit von Politikern wie Angela Merkel oder Jens Spahn. Ende September waren nach Umfragen 62% der Bevölkerung zufrieden mit der Politik während Corona, im August und Mai konnten sogar neue Umfragerekorde erzielt werden.

Hebt das die eingangs beschriebene Polarisierung auf? Nein, die aktuelle Krise wird vielmehr die dem zugrundeliegenden Ursachen noch vertiefen: Zersetzung der Mittelschicht, Stellenstreichungen und Verelendung der Arbeiterklasse und die Notwendigkeit weiterer Großangriffe auf Arbeitsrechte und die Sozialgesetze durch die Bourgeoisie. Für die am meisten betroffenen Sektoren der Bevölkerung wird diese Stimmung zwangsläufig umschlagen in wachsende Desillusionierung und Unzufriedenheit.

Durch erneute Wellen der Coronapandemie und die Fortsetzung des Lockdowns ist schwer abzusehen, wie lange die Kapitalistenklasse in Deutschland noch von dem „Corona-Bonus“ zehren kann.

⁶² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/746/umfrage/zufriedenheit-mit-der-politischen-arbeit-von-ausgewaehlten-politikern/>

Krise des Establishments, Niedergang der Volksparteien, anstehende Bundestagswahl

Die herrschende Klasse und ihre traditionellen Parteien tun sich immer schwerer damit, sich durch Zustimmung in der Bevölkerung zu legitimieren. CDU und SPD haben in den letzten 18 Jahren zusammen über ein Drittel ihrer Mitglieder und ihrer Wähler verloren. Es ist möglich, dass sie bei der Bundestagswahl 2021 nicht einmal die Hälfte der Stimmen bekommen werden.

Der Legitimationsverlust der etablierten Parteien ist die Folge des Verfalls und der Prekarisierung der Lebensbedingungen von großen Teilen der Bevölkerung. Die Ursachen dafür liegen in der historischen Phase, in der sich der globale Kapitalismus befindet. Diese zeichnet sich aus durch eine nie dagewesene Überakkumulation von Kapital, welche die Entwicklung der Realwirtschaft hemmt und den Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten verschärft.

Die deutsche herrschende Klasse hat, wie in vielen anderen Ländern auch, mit neoliberaler Flexibilisierungs-, Kürzungs- und Vereinzelpolitik reagiert, um die Profite der Kapitalisten weiter sprudeln zu lassen. **Mit der sozialen Sicherheit schwinden aber auch die integrativen Kräfte, die die Basis für die Existenz der „Volksparteien“ als solche sind. Wie die Lebensrealitäten der Menschen spaltet sich auch das Parteiensystem immer mehr auf.**

Je mehr die Macht durch Vertrauen bröckelt, desto mehr setzen die Herrschenden auf einen autoritären Staatsapparat. Dies wird deutlich anhand der Ausweitung von Kompetenzen und der Aufstockung der Mittel für Polizei und Verfassungsschutz, der Kriminalisierung politischen Protests, der Abschreckungspolitik gegen Flüchtlinge und immer umfangreicherer „anlassloser“ Überwachung. Die AfD ist dabei ein nützliches Werkzeug, um solche Maßnahmen zu normalisieren. Die anderen bürgerlichen Parteien setzen sie gerne um, allen voran die CDU.

Der Niedergang der CDU geht langsamer voran und sie konnte deutlich stärker vom Corona-Bonus profitieren als die SPD. Dennoch ist der Peak bereits überschritten. Dass ihre Gesichter (Merkel, Spahn, Söder) medial so präsent sind, macht sie aktuell erfolgreich, aber auch besonders anfällig für Verschiebungen. Momentan kann sie sich allerdings als Stabilitätsgarant inszenieren. Bei der Bundestagswahl wird sie voraussichtlich wieder stärkste Kraft werden.

Das wahrscheinlichste Szenario nach der Wahl ist eine Koalition mit den Grünen. Diese saugen aktuell alle möglichen Wählerschichten auf, die die alten Volksparteien nicht mehr ansprechend finden, und konnten ihre Position als zweitstärkste Kraft in Umfragen seit Ausbruch der Pandemie halten. Die Grünen wollen unbedingt regieren und sind mit ihrer Idee vom grünen Kapitalismus prädestiniert dafür, den kommenden Angriffen auf die Arbeiterklasse einen „progressiven“ Anschein zu geben. Diese Rolle können sie auch spielen, weil keine Oppositionspartei ihrem Namen wirklich gerecht wird und einen glaubwürdigen Gegenentwurf zur Herrschaft des Kapitals anbietet.

CDU

Während die SPD ihren Kanzlerkandidaten für die kommende Bundestagswahl 2021 bereits sehr früh aufgestellt hat, entwickelt sich in der CDU, wie wir Anfang des Jahres vorausgesagt haben, ein interessanter Kampf um den Posten des Vorsitzes und damit traditionellerweise auch der des Kanzlerkandidaten. Es ist für uns entscheidend, diese Entwicklungen genau zu verfolgen.

Die CDU (und die CSU in Bayern) ist die traditionelle Partei der deutschen Bourgeoisie. Trotz der Entwicklungen von Parteien wie den Grünen ist sie die Hauptbastion und die Hauptinteressensvertretung des klassischen deutschen Großkapitals. Gerade aufgrund der stabilisierten Umfragewerte für die Partei und der Beliebtheitsrekorde von Politikern wie Jens Spahn ist es unwahrscheinlich, dass eine zukünftige Bundesregierung nach Merkel ohne die Union auskommen wird. Der neue CDU-Vorsitzende wird wahrscheinlich auch der neue Bundeskanzler.

Nachdem Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rücktritt angekündigt hat, haben sich drei CDU-Politiker auf das Amt beworben: Friedrich Merz, Armin Laschet und Norbert Röttgen. Der heftige Kampf zwischen ihnen ist Ausdruck der Flügelkämpfe in der Partei. So steht der Blackrock-Banker Merz für den äußerst rechten Flügel der CDU, der Merkel und die Große Koalition ständig von rechts angriff, und wird von innen von großen Teilen der Jungen Union und von außen von Teilen der FDP und der AfD unterstützt. Er spielt mit dem Image des „starken Mannes“ an der Spitze, der im Kontrast zur „zurückhaltenden“ Politik einer Angela Merkel steht. Seine Rückkehr in die Politik im letzten Jahr und sein Aufstieg waren Ausdruck eines erstarkenden Wunsches von Teilen der herrschenden Klasse, im Angesicht der drohenden Rezession einen deutschen Macron in Szene zu setzen.

Doch die Stabilisierung der Großen Koalition in Folge der Politik der Nationalen Einheit und der „Corona-Bonus“ untergraben seine demagogische Wahlkampfstrategie gegen das „CDU-Establishment“. Allgemein hat die Situation der letzten Monate das Kräfteverhältnis verändert und auch bewiesen, dass die Ereignisse weiter im Fluss sind und eine schablonenhafte Analyse wenig zielführend ist. Heute führt Merz zwar Umfragen zufolge noch mit knapp 26% der Unterstützung, hat aber seit Februar über 10% eingebüßt. Stattdessen konnte der Merkel-Kurs einer „Politik der Vernunft“ erneut Auftrieb erhalten, am besten verkörpert durch Armin Laschet. Und wie oben beschrieben hat auch Spahn an Unterstützung gewonnen und liegt mit seinen aktuellen Umfragewerten nur knapp hinter Merz. Damit sind die Ergebnisse des CDU-Bundesparteitags noch offen, eine Wahl von Merz scheint aber zunehmend unwahrscheinlich. Dass alle Kandidaten für einen Angriff auf die Arbeiterklasse im Interesse der Bosse stehen, ist außer Frage.

Es ist in dieser Situation schwierig vorherzusehen, wer letztlich die besten Chancen auf den Vorsitz hat, und hängt maßgeblich von dem weiteren Verlauf der Pandemie und der Stimmung in der Bevölkerung, aber auch der Kalkulation der herrschenden Klasse ab: Es ist klar das der neue Vorsitz und der Kanzlerkandidat der Union eine langfristige „Investition“ sind. Die neue Legislaturperiode 2021-25 steht unter den Vorzeichen der massiven Auswirkungen der Wirtschaftskrise und einem geringen wirtschaftlichen Spielraum für die herrschende Klasse.

SPD

In der Krise der Volksparteien macht die SPD einen ungleich schnelleren und konsequenteren Verfall durch als die CDU. Mit der Agenda 2010 unter Schröder fuhr sie den härtesten Angriff auf die Arbeiterklasse, ihre traditionelle Wählerschaft, seit dem Zweiten Weltkrieg und hat sich von diesem Kurs nie wieder abgewandt. Sie hat sich zweimal dafür entschieden, eine Koalition mit CDU und CSU einzugehen und immer wieder eindrücklich bewiesen, dass es für einen Kurswechsel keine soziale Basis innerhalb der Partei gibt.

Zwei Drittel der SPD-Mitglieder sind in die Partei eingetreten, nachdem sie Harzt-IV eingeführt hat. Zwei Drittel haben für den Eintritt in die Regierung mit CDU/CSU gestimmt. Die angeblich linken Vorsitzenden und Kevin Kühnert (inzwischen stellv. Parteivorsitzender) haben Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten gekürt und Flügelkämpfe von links kurzerhand für beendet erklärt. Laut Zahlen vom August 2018 liegt der Anteil von Arbeitern an der Mitgliedschaft der SPD bei 16% (unterdurchschnitt im Vergleich zur Gesamt-

bevölkerung und 1% unter dem der LINKEN), die Partei hat den höchsten Anteil von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst und einen Akademikeranteil von 41%.⁶³ **Eine substanzielle Linksverschiebung der Partei im Interesse der Arbeiterklasse hat in ihren Reihen keine materielle Basis, das Warten auf einen „Linksruck“ der SPD ist nichts als Traamtänzerie**

Fest in den Händen des konservativen Seeheimer Kreises hat die SPD kaum Potenzial, sich relevante neue Wählerschichten zu erschließen, während sie ihre alten kontinuierlich verrät. Dieses Problem können auch immer neue Vorsitzende nicht lösen, weshalb ihr Niedergang sich, abgesehen von halbherzigen medialen Inszenierungen wie dem „Schulzzug“, denen aber jede Substanz fehlte, ziemlich konstant fortsetzt. Vom Corona-Bonus der Regierenden ist bei der SPD, anders als bei der Union, schon jetzt nichts mehr übrig: Sie liegt in Umfragen bei 15-16 %. Von einer Erholung ist nicht auszugehen, bis die SPD in die Opposition geht. Der Perspektive, ihrem Selbstverständnis als „Volkspartei“ wieder gerecht zu werden, fehlt allerdings auch dann jede Grundlage.

Die Grünen

Während der ersten Corona-Welle schien es unklar, ob die Grünen ihre qualitativen Zugewinne von 2018/2019 halten können. Bei der Europawahl im Mai 2019 gab fast jeder dritte unter 30-Jährige den Grünen seine Stimme, insgesamt erzielten sie bei der Wahl 20,5 %. Während der Corona-Pandemie kamen die Umfragewerte Mitte des Jahres ins Straucheln und klettern nun aber wieder auf rund 20 %.

In diesen polarisierten Zeiten können die Grünen einerseits vom schleichenden Niedergang der Volksparteien CDU und SPD profitieren und sich andererseits als einen vermeintlichen Gegenpol zur AfD und rechten Bewegungen darstellen. Dazu kommt, dass die Umweltpolitik durch die Fridays for Future-Bewegung, ein geringes Ausmaß sozialer Kämpfe und enorme Medienpräsenz für die Thematik zeitweise ins Zentrum der politischen Debatte gerückt ist.

Die Grünen geben sich weltoffen, modern und fortschrittlich und fangen damit vor allem bei jungen Leuten Stimmen: knapp 15% der 18- bis 24 jährigen Wähler haben bei der letzten Bundestagswahl 2017 die Grünen gewählt. Weiterhin kommt ihnen zugute, dass sie jahrelang nicht mehr in der Bundesregierung waren, und sie durch ihr vermeintlich antirassistisches und ökologisches Profil sich als eine Opposition zu den Volksparteien darstellen können. Andererseits ist sie aber auch zunehmend eine als „regierungsfähig“ wahrgenommene Partei, die in liberal-konservative Schichten eingedrungen ist. Der Linksliberalismus, der also in den 70ern die FDP geprägt hat, wird heute vor allem von den Grünen repräsentiert. Dementsprechend sieht auch das Programm der Grünen zu sozialen Themen aus: diese spielen kaum eine Rolle; das Programm ist durchdrungen von neoliberalen Ideen – kein Wunder bei einer Partei, die die Agenda 2010 mitbeschlossen hat.

Die Verbindung der Grünen zur Umweltbewegung ist weiterhin stark – trotz ihrer entgegengesetzten Praxis in den elf Bundesländern, in denen sie mitregieren. Auch bei Umwelt- und Antifademonstrationen sind sie weiterhin präsent. Seit der ersten Corona-Welle spielen die Grünen medienwirksam jedoch eine sehr untergeordnete Rolle und können nicht von der Pandemie profitieren.

Durch die kapitalistische Krise erodiert die Mittelschicht immer weiter, was sie verunsichert und orientierungslos macht. Die zunehmende soziale Spaltung und Polarisierung führt beim kleinbürgerlichen grünliberalen Milieu zu einer Sehnsucht nach gesellschaftlicher Stabilität und einer „Zukunftsfähigkeit der Demokratie“, diese Rolle kann die FDP gerade nicht ausfüllen. Trotz der Unterstützung der Mittelschicht und junger Teile der Arbeiterklasse ist sie das Sprachrohr eines ökologisch angehauchten Teils der Bourgeoisie.

⁶³ <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/soziale-zusammensetzung>

Es ist gut möglich, dass die Grünen nach der nächsten Bundestagswahl im Bund mitregieren werden, da das die Regierungsoptionen für das Kapital erweitern würde, wenn man voraussetzt, dass die Volksparteien CDU und SPD ihre in der Krise gewonnen Stimmen wieder verlieren werden. Weiterhin können die Grünen ein passender Partner für die CDU sein, da sie noch stärker auf eine konfrontative Außenpolitik mit dem Osten setzen und die Rolle von Scharfmachern für Kriegshetze spielen. Die Zeichen für 2021 stehen also auf schwarz-grün.

AfD

Die AfD ist „mehrere Parteien in einer“, sieht man sich die in ihr wirkenden Klassenkräfte an: zwar hat sie vorwiegend modern-marktliberale Vertreter auf dem Weg abgeworfen, sie bündelt aber weiterhin ein Spektrum von reaktionären Adelsvertretern wie Beatrix von Storch und anderen im Vergleich „gemäßigeren“ rechten Angehörigen der Eliten, und Sozialdemagogen wie Höcke, deren Flügel die Nähe der Partei zu faschistischen Tendenzen verkörpert. Dieses Bündnis ist für beide Kräfte von Vorteil: Die Moderaten sichern den Zugang zu derzeit noch „gemäßigeren“ Bevölkerungsschichten auf der Rechten, Höcke und andere sind die Stürmer zum Brückenschlag zu nicht klassisch-rechtskonservativen Kräften, wie Abgehängten und Arbeitern.

Während die Union, von dessen rechten Wählerschichten die AfD gezehrt hat, in Folge der Corona-Politik gestärkt wird, verliert die AfD massiv: durchschnittlich lag sie im Osten 2019 noch bei 24%, Ende 2020 ist sie auf 18% abgefallen und liegt damit noch hinter der LINKEN. Eine Folge davon ist, dass die AfD taktische Anpassungen an die Situation vornimmt und die Flügelkämpfe in der Partei erneut Bewegung geraten sind. Die Politik der Nationalen Einheit und das relative Erstarken der CDU übt Druck auf die AfD aus und hat Spaltungslinien in ihr vertieft. Das drückt sich einerseits durch den Ausschluss von Kalbitz und die offizielle Auflösung des Flügels aus, andererseits aber auch durch scharfe Angriffe auf Jörg Meuthen, die Wahl von Hans-Christoph Berndt, Vorsitzender des rechtsextremen Vereins „Zukunft Heimat“, als neuen Fraktionsvorsitzenden in Brandenburg und die Aussage des Berliner Landesvorsitzenden Fest, der das Ende des gemäßigten „Berliner Wegs“ verkündet und eine Neuorientierung auf die Einbindung der Flügel-Strömung.⁶⁴

Wir haben immer betont, dass die AfD nicht einfach nur Zeichen eines „Rechtsrucks“ in Deutschland ist. Vielmehr war sie der parlamentarische Ausdruck der rechten Seite der zunehmenden Polarisierung seit der Krise von 2008/9. Ihre Wählerschaft rekrutierte sich, vor allem im Osten, nicht einfach aus überzeugten Rassisten und Nazis, auch wenn diese in der AfD sicherlich den Kern bildeten. Als erste rechtspopulistische Formation seit Jahrzehnten gelang es der AfD darüber hinaus, die Rolle rechter Sozialdemagogen und Rattenfänger zu spielen und in breitere Schichten vorzudringen, als das bei den vorangehenden rechten Formationen der Fall war. Die Ursache dafür ist die Erosion des bürgerlich-demokratischen Establishments, die den Klassenkompromiss zunehmend aufbricht und Schichten von demoralisierten Kleinbürgern und Abgehängten ausstößt. Mit ihrer Selbstinszenierung als „Anti-Establishment-Partei“ gelingt es diesem rechten Rettungshaken der Eliten, die Stimmung eines Teils dieser Schichten für sich zu kanalisieren. Auf dem Weg hat DIE LINKE viele Wähler direkt an die AfD verloren.

Die Krise hat die AfD empfindlich getroffen. Zwar ist es ihr gelungen, in fast allen Bundesländern ein fester Bestandteil der Politik zu werden, doch ist die Zeit der Coronapandemie für die AfD ein schwierigeres Spielfeld, als noch die Hochphase rechter, migrationsfeindlicher Mobilisierungen, und hat das Agitationsfeld von Höcke, Gauland und anderen erodieren lassen. Mit der Großen Koalition haben sie in den letzten Jahren ein gefundenes Fressen gefunden und konnten mit dem Thema Migration an die soziale Unzufrie-

⁶⁴ <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2020/11/afd-berlin-radikalisierung-rechts-nicolaus-fest.html>

denheit im Osten anknüpfen und den Schleier rassistischer Vorurteile über ihre eigene kapitalistische Politik ausbreiten. Mit dem Auftreten der Corona-Pandemie und der Wirtschaftskrise wurde ihre Strategie aber zunichte gemacht: Zwar sind sie die einzige Partei im Bundestag, die nicht einfach die Politik der Bundesregierung mitträgt, doch stattdessen knüpfen sie an Bewegungen wie Widerstand 2020 oder Querdenken an, wo Gauland und Höcke mehrmals aufgetreten sind, beispielsweise vor kurzer Zeit erst in Cottbus. Anders als das Thema Migration ist es bei den Coronaleugnern noch offensichtlicher, dass deren wissenschaftsfeindliche „Politik“ den Interessen der Arbeiterklasse in dieser Gesundheitskrise komplett zuwiderläuft.

Die Entwicklung der AfD ist weiterhin im Fluss und abhängig von der allgemeinen materiellen Lage. Die Coronaleugner-Bewegung in einer politischen Neugründung zu konsolidieren ist mit „Widerstand 2020“ nicht gelungen – sie war aber dennoch ein Ausdruck einer neuen Basis abgestiegener Kleinbürger, die für die AfD als Rekrutierungsfeld auch deshalb interessant ist, weil sie über den Pool an migrationsfeindlichen Schichten hinausgeht und eine materielle Basis für eine Stärkung der Rechten in Teilen Westdeutschlands anzeigt. Sollte der AfD es gelingen, den Kern ihrer Kräfte über die Corona-Pandemie aufrecht zu erhalten, woran es bisher keinen Grund zum Zweifeln gibt, könnte genau das auch in den nächsten Jahren, wenn die Stimmung sich wendet und die Krisenfolgen in einen Großangriff der neuen Regierung münden, den Boden weiterer Erfolge der Partei legen.

DIE LINKE

Ähnlich wie andere Neue Linke Formationen wurde DIE LINKE als widersprüchliche Formation geboren und ist der flüchtige Ausdruck eines *Zwischenstadiums im derzeitigen Epochenwandel*.

Ein zentraler Widerspruch der Partei ist, dass sie gleichzeitig *aus dem strukturellen Niedergang des Reformismus* geboren wurde und *an ihm scheitert*.

Die Gründung und der Aufstieg der Neuen Linken Formationen war ein Symptom des *qualitativen Anwachsens sozialer Polarisierung* in der Gesellschaft, und deshalb in Griechenland und in etwas abgeschwächterer Form dem heutigen Spanien besonders ausgeprägt. Sie waren Ausdruck der Kanalisierung dieser Polarisierung auf der politischen Ebene *nach dem Niedergang der Sozialdemokratie als sozialdemokratische Kraft*.

Gleichzeitig waren die Parteien von Beginn an durch radikalisierte Elemente der Kleinbourgeoisie geführt. Die Parteien hatten aus diesem Grund nie die gleiche Substanz wie die alte Sozialdemokratie, und in unserem *Weltperspektivdokument von 2019* schrieben wir über sie: „Diese Neuen Linken Formationen und Bewegungen sind widersprüchlich und volatil (schwankungsanfällig), was die Natur des Zeitalters widerspiegelt, die sie hervorgebracht hat. Sie werden rapide Veränderungen, Krisen, Richtungswechsel und Spaltungen durchlaufen.“

Und: „Die reformistischen Organisationen der Neuen Linken, an ihrer Führung voll mit radikalisierten Elementen des Kleinbürgertums [...] haben ihre Begrenztheit deutlich demonstriert. Sie haben die Regeln des Systems akzeptiert und schwindelerregend schnell auf ihr Programm verzichtet, sobald sie die parlamentarischen Positionen erobert haben, und damit die Bestrebungen breiter Sektoren ihrer gesellschaftlichen Basis vereitelt. Aber diese Formationen sind auch der Preis, der für die Schwäche zu zahlen ist, mit der die Kräfte des revolutionären Marxismus in diese neue historische Periode eingetreten sind.“

Die Isolation des Marxismus in der derzeitigen Periode ist die Ausgangslage, von der aus manche trotzkistische Gruppen ihre Arbeit in der LINKEN beschlossen haben. Die Strategien reichen von vereinzelt

Interventionen (in Deutschland Der Funke), bis hin zum offensichtlichsten Liquidatorentum (marx21). Während letztere Strategie selbstredend von Marxisten abzulehnen ist, entscheidet sich die Frage der Interventionen in die Partei an *taktischen* und nicht nach *moralischen* Linien entlang des Fakts, dass die Partei aus Sicht breiterer Massen von Beschäftigten, die keinen Bezug zur linken Szene oder zur revolutionären Linken haben, die Rolle des erkennbarsten linken Pols im politischen Spektrum spielt. **Es ist eine sektiererische Haltung die wir ablehnen, die Strategie der Intervention in die Partei DIE LINKE oder die Zusammenarbeit mit Teilen von ihr mit einer Selbstaufgabe oder Blindheit gegenüber einem reformistischen Programm gleichzusetzen, wenn sie nicht mit einer Verwässerung der eigenen Positionen einhergeht.**

Mit unserem Austritt aus dem CWI haben wir uns von der Strategie der „doppelten Aufgabe“ (des eigenen Aufbaus parallel zum aktiven Aufbau reformistischer Massenformationen) abgewandt, weil sie zu einer offenen Flanke zu reformistischen und kleinbürgerlichen Vorurteilen aus der LINKEN und einer deutlichen Anpassung an den politischen Ton in der Partei geführt hat, sowie zu falschen Einschätzungen (einer Partei mit „sozialistischem Anspruch“ oder einer Anbiederung an die Kipping-Riexinger-Führung von beiden Spaltprodukten des CWI) und überoptimistischen Entwicklungsperspektiven für die Partei.

Tatsächlich erlebt die Partei DIE LINKE die Krise des Reformismus als anhaltende Stagnation. Zu ihrer Gründungszeit war DIE LINKE durch ihre Gegnerschaft zur Kriegstreiberei im Nahen Osten und besonders ihre Ablehnung von Hartz IV bekannt, hat aber seitdem immer stärker die Metamorphose zur Partei linksliberaler Kulturkämpfer durchlaufen.

Die Folgen davon werden weiterhin fatal sein. Die Partei verliert zunehmend eben jene soziale Basis unter linken Gewerkschaftern und Arbeitern, die sie aus der WASG geerbt hat. Sie wird von einer Partei des sozialen Protests zum linken Flügel des Establishments. Schon bei den Wahlen 2017 wurde DIE LINKE von vielen Wählern kaum noch als Alternative wahrgenommen. Während sie gerade aus den starken Verlusten der Volksparteien CDU und SPD hätte profitieren können, verlor sie stattdessen viel Unterstützung an die AfD und wurde auf Antrieb von dieser überholt.

Diese Politik hat sich während Corona nur verstärkt. Der Druck der Politik der Nationalen Einheit hat traf auf eine auf Anbiederungskurs zu SPD und Grünen befindliche Parteiführung. Obwohl sich im Parteiprogramm viele richtige Punkte und gute Ansätze für eine offensive Kampagne zu Zeiten von Wirtschafts- und Gesundheitskrise, zum Beispiel die Forderung nach einer Rückverstaatlichung aller Krankenhäuser und nach mehr Pflegepersonal oder nach der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, finden, trat die Bundestagsfraktion stattdessen als Rückendeckung der neoliberalen Regierungsmaßnahmen auf.

Der vergangene Fraktionskampf zwischen dem aufstehen-Flügel um Wagenknecht und die Parteiführung um Kipping, der mit einer kompletten Isolation Wagenknechts geendet hat, und die kommenden Wahlen zum neuen Parteivorsitz-Duo sind Ausdruck der sozialen Transformation der Partei. Wagenknecht und Lafontaine haben einige Probleme der Partei – anders als das Führungsduo Kipping/Riexinger, die sich gegen sie in Stellung gebracht haben – richtig erkannt, sie aber in ihrer Position als Vertreter der „sozialen Marktwirtschaft“ und mit ihrer Strategie der „Bewegung von oben“ an der Seite sozialdemokratischer Eliten falsch beantwortet. Susanne Henning-Welsow steht, ebenso wie Bodo Ramelow, für den rechten R2G-Flügel. Janine Wisslers, ehemalige Vertreterin des linken Netzwerks marx21 in der Partei, Kandidatur zeigt die Anpassungstendenzen innerhalb des linken Flügels, der heute vorwiegend verschiedene Schattierungen des Reformismus und Zentrismus in der Partei abdeckt. Mit der neuen Führung und den Aussagen Katja Kippings stehen alle Weichen auf eine Wahlkampagne für Rot-Rot-Grün bei den kommenden Bundestagswahlen.

Zu ihren Anfangszeiten konnte sich DIE LINKE über Jahre hinweg als fester Bestandteil des Bundestags und vieler Landtage etablieren, war aber schon damals nie eine von breiten Arbeiterschich-

ten getragene Partei. Eine Folge davon war, dass der Parlamentarismus zum hauptsächlichen Standbein der Partei wurde: die Parlamentsfraktionen erhielten immer mehr Einfluss, die Bedeutung in der Arbeiterklasse nahm ab und bürgerliche und kleinbürgerliche Kräfte konnten profitieren. Eine Partei die nicht auf dem festen Bein proletarischer Politik steht, musste zwangsweise immer weiter degenerieren und zeichnet sich heute stärker denn je durch bürgerlich-parlamentarischen Kretinismus aus.

Die Konsolidierung des Apparats der Partei und die Verschiebung ihrer sozialen Zusammensetzung führen zu einem anhaltenden Rechtsruck: die Basis, die auf einen sozialen Kurs der Partei setzt, ist verstärkt enttäuscht, dort wo DIE LINKE regiert und die Entfremdung vom Establishment besonders fortgeschritten ist, ist sie eine der tragenden Establishmentparteien, und bei der Konsolidierung kleinbürgerlich-liberaler Wählerpotenziale machen ihr die Grünen Konkurrenz.

Die taktische Schlussfolgerung, die Partei müsse deshalb mehr auf „grüne Politik“ setzen, ist falsch und unterstreicht die grundlegend falsche Herangehensweise ihrer Führer. Eine revolutionäre Arbeiterpartei – wovon DIE LINKE weit entfernt ist – hat zum Ziel das Erstarren der Arbeiterschaft im Klassenkampf, und verbindet damit eine spezifische taktische Orientierung und politische Zielsetzung. Die Zielsetzung ist nicht Resultat von Meinungsumfragen und Prozenten, sondern Ausdruck der Interessen des vereinten Proletariats. Alles andere ist bürgerlicher Parlamentarismus, dient außer zu Propagandazwecken in nichts der arbeitenden Klasse und muss rundweg abgelehnt werden.

Wir kämpfen für eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse mit marxistischem Programm. DIE LINKE ist keine solche Partei. In ihr befinden sich – auch über die dominanten kleinbürgerlichen Elemente hinaus – verschiedene Klassenkräfte, bis hin zu politischen Vertretern des chauvinistischen Bürgertums wie Stefan Liebich, Gerry Woop, Benjamin-Immanuel Hoff, Matthias Höhn und andere.

Eine Partei, die von solchen Elementen geführt wird, wird nie die Rolle einer sozialistischen Partei spielen können, sondern immer auf das Spielfeld bürgerlicher Politik begrenzt bleiben. Das Credo der Bewegungslinken von der „ewigen Einheit“ der Partei lehnen wir unter diesen Voraussetzungen ab. Wenn wir in oder mit Teilen der LINKEN arbeiten, dann um Elemente der Arbeiterbewegung im Kampf aktiv zu stärken, die Kämpfe der Arbeiterklasse bekannter zu machen und Sympathisanten auf sie zu orientieren. Gleichzeitig geben wir uns in der Partei nicht einem „unpolitischen Kooperationismus“ hin, sondern vertreten und verteidigen aktiv die Standpunkte des Marxismus, die in der Partei eine Minderheitsströmung darstellen.

XVIII. Betrieb und Gewerkschaften

Die Krise des Reformismus, begründet durch den geringen Handlungsspielraum „sozialer“ Kapitalfraktionen in der derzeitigen Krise, wirkt sich auch auf die Möglichkeiten sozialpartnerschaftlicher Klassenpolitik aus. Die Bourgeoisie hat die „Partnerschaft der Klassen“ aufgekündigt, um sie mit einer Offensive der Bosse gegen die arbeitende und arme Bevölkerung zu ersetzen.

Die Idee der Sozialpartnerschaft, bei der breitere Schichten der Arbeiterklasse tatsächlich durch soziale Zugeständnisse eingebunden werden, wird durch den Rationalisierungskurs der Konzerne und die materiellen Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung untergraben. Die Gewerkschaftsspitzen betreiben Co-Management an der Seite der Bourgeoisie.

Dass die Gewerkschaftsspitzen diesen Weg einschlagen würden, wurde schon zu Beginn der Pandemie und des wirtschaftlichen Slowdowns mit den gemeinsamen medialen Auftritten der DGB-Führung mit Arbeitgeberverband, sowie Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil deutlich, stellt aber keine fundamentale Kehrtwende dar.

Wie wir schon während der „Fairwandel“-Kampagne der IG Metall erklärt haben, haben die Führer der Metallergewerkschaft auch damals schon die Rolle der propagandistischen Einbindung der Arbeiterinnen und Arbeiter in die herrschende Politik eingenommen.⁶⁵ Stellenabbau zum Zweck der „digitalen und ökologischen Transformation“ behandelten sie wie ein Naturgesetz; es ging nicht um das *ob*, sondern das *wie* der Arbeitsplatzvernichtung.

Um diese Politik zu begreifen ist es nützlich, noch einmal auf die 1990er-Jahre zurückzublicken, als die DGB-Spitzen den aggressiven und arbeiterfeindlichen Ausverkauf der DDR-Betriebe, die Aushöhlung der Flächentarifverträge und eine Politik der Ausgliederungen und Privatisierungen sowie massiver Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen zugelassen haben.

Die Folge davon war ein Flächenbrand sozialer Kahlschläge, der die Basis aktueller Klassenkämpfe strukturell verschlechtert hat: Nur noch 44% aller Beschäftigten befanden sich 2019 in einem durch einen Tarifvertrag geregelten Arbeitsverhältnis,⁶⁶ der Anteil unbezahlter Überstunden ist seit den 1990er-Jahren tendenziell angestiegen und lag 2019 bei 957 Mio. Stunden, von den 1960er-Jahren an wurden Massen an Betrieben und Unternehmensanteilen privatisiert oder teilprivatisiert; um nur wenige davon zu nennen: Volkswagen, Lufthansa, Post, die Deutsche Bahn, Veba (heute Eon), uvm., und auch im öffentlichen Raum wird privatisiert und ausgegliedert.

Unzählige und bedeutsame Belegschaften wurden in Teilbelegschaften aufgespalten, auseinandergegliedert oder in verschiedene Tochtergesellschaften zerstückelt und stehen so geschwächt im Kampf. In den Krankenhäusern ist durchschnittlich ein Fünftel der allgemeinen Belegschaft über eine Tochter- oder Servicegesellschaft angestellt.⁶⁷ Rund 895.000 Beschäftigte – fast 3% aller Arbeiter und Angestellten – arbeiten heute für Zeitarbeitsfirmen ([Anhang 14](#)).

Der Klassenkompromiss der Gewerkschaftsführer mit der Bourgeoisie hat in Deutschland eine lange Tradition – erst vor zwei Jahren wurde der 100-jährige Geburtstag des Stinnes-Legien-Abkommens (zwischen dem Ruhrindustriellen Stinnes und dem rechtsopportunistischen SPD-Mitglied und Gewerkschaftsführer Carl Legien) von den Gewerkschaftsspitzen gemeinsam mit den Unternehmerverbänden (!) gefeiert.⁶⁸

Auf der Ebene der Gewerkschaftsbürokratie hatte er immer und hat er auch heute eine eindeutige materielle Basis: die ökonomische Besserstellung der Funktionäre durch die institutionelle Einbindung in das herrschende System. Diese hat schon vor mehr als 100 Jahren dazu geführt, dass hochrangige Gewerkschaftsführer zu den wichtigsten Vertretern der SPD-Rechten und die Bürokratie zum Nährboden für ihre Konsolidierung gehörten.⁶⁹ Mithilfe dieser materiellen Einbindung richtete die Bourgeoisie schon damals die Waffe der Klassenversöhnung gegen revolutionäre Tendenzen in der Arbeiterschaft.

Heute ist das nicht anders. Vergangenes Jahr erst kam es zum Skandal, weil dem Daimler-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Michael Brecht ein überzogenes Gehalt vorgeworfen wurde. Auf diese „Unterstellung“ „entgegnete“ die Stuttgarter Zeitung, der Betriebsratschef verdiene lediglich so viel wie ein Abteilungsleiter (!)⁷⁰ in seinem Betrieb, etwa 150.000 bis 200.000 Euro im Jahr. Selbst wenn Brecht „nur“ das Gehalt der höchsten ERA Entgeltgruppe EG 17 erhalten hätte, käme er auf 102.581,38 Euro. So oder so: von einem *Arbeiter*vertreter kann nicht die Rede sein.

⁶⁵ Siehe auch: <https://offensiv.net/index.php/deutschland/handlungskonzept-stahl-mit-der-arbeiterklasse-in-den-handelskrieg>

⁶⁶ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Qualitaet-Arbeit/Dimension-5/tarifbindung-arbeitnehmer.html>

⁶⁷ <https://gesundheitssoziales.verdi.de/themen/prekaere-arbeit/++co++9dd0f80a-e593-11e6-aa60-525400940f89>

⁶⁸ <https://www.dgb.de/++co++4836dac2-cdfe-11e8-a8a8-52540088cada/scaled/size/1110>

⁶⁹ Pierre Broué: „The German Revolution 1917-1923“, Chicago 2006, S.19.

⁷⁰ <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verguetung-von-betriebsraeten-daimler-betriebsratschef-verdient-wie-ein-abteilungsleiter.4a9bdc4f-dd2b-42b3-b108-905e6aef21d4.html#:~:text=Stuttgart%20%2D%20Michael%20Brecht%2C%20der%20Gesamtbetriebsratschef,manche%20Betriebsr%C3%A4te%20im%20Volkswagen%2DKonzern>

Daimler ist kein Einzelfall: die Gehaltsspanne des DGB-Chefs liegt bei etwa 7.800 bis 13.000 Euro im Monat, dazu kommen aber meist hohe Bezüge aus Aufsichtsratsposten – sie gehören damit mindestens zu den 0,8% Top-Verdienern der deutschen Bevölkerung.

Die **Politik der DGB-Führung während Coronapandemie und Wirtschaftskrise** kann nicht als Abwehrkampf bezeichnet werden; es handelt sich um eine Politik des *vorausseilenden Gehorsams*. Aus Ostdeutschland hat sich selbst ein verzweifelter IG Metall-Sekretär an uns gewandt, der die Politik nicht nur der Niederlagen des DGB, sondern der aktiven Unterstützung für die Kürzungspakete der Reichen durch das Eingreifen des Apparats in den einzelnen Produktionsbetrieben und Belegschaften nicht mehr mittragen will.

Alle DGB-Gewerkschaften erklären, die massive Ausweitung der Kurzarbeit sei nötig, um Stellenkürzungen zu verhindern⁷¹ – einen entschlossenen Kampf gegen letztere führen sie nicht. Bisher gab es nur in einer Minderheit von Betrieben, denen Stellenstreichungen im vierstelligen Bereich drohen, echte Arbeitskämpfe: allen voran bei Voith Sonthofen, wegen des kämpferischen Einsatzes der Kolleginnen und Kollegen – schließlich brach die IG Metall den Kampf um die strukturgebenden Arbeitsplätze in der Region ab für den Kompromiss einer etwas längeren Beschäftigung in der Übergangsgesellschaft und einer leichten Erhöhung der Abfindungen für Härtefälle. Die betriebliche Einigung auf einen Sozialplan, das Abwickeln über eine Übergangsgesellschaft und Abfindungen bleiben der Normalfall.

Der Sozialabbau ist das gleichbleibende Motiv bei den Verhandlungen und aktuellen Tarifrunden. Und die Niederlagen von heute konsolidieren nur die Schwäche, die sich über Jahrzehnte der Untergrabung gewerkschaftlicher Errungenschaften aufgestaut hat. In der Gemengelage konzentrieren wir uns und betonen wir unablässig die Forderungen, die für eine grundlegende Veränderung hin zu offensiven Klassenkämpfen die zentrale Bedeutung haben. Die sind:

- **Abwertung bekämpfen: keine Ausgliederungen mehr in Niedriglohngruppen!** Hohe Sockelbeträge erkämpfen, Lohndifferenz schließen! Leistungsorientierte Bezahlung zugunsten allgemeiner Lohnerhöhungen abschaffen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt Niedriglohngruppen bei gleicher Tätigkeit!
- **Ein Betrieb – eine Belegschaft: Wiedereingliederung aller ausgegliederten Bereiche. Spaltung der Arbeitskämpfe und Belegschaften beenden!**
- **Zeitarbeit abschaffen!**
- **Für bessere und tariflich fixierte Personalschlüssel in allen Bereichen:** Hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in allen Branchen! Wir kämpfen für ein Recht auf Arbeit, bei dem die Arbeit auf die arbeitsfähige Bevölkerung verteilt und Arbeitslosigkeit effektiv bekämpft wird!
- **Gemeinsam kämpfen!** Arbeitskämpfe und Belegschaften zusammenführen, als Klasse kämpfen!

Was die letzten größeren Tarifrunden betrifft hat sich die IG Metall in Nordrhein-Westfalen im März mit den Arbeitgebern auf einen „Solidartarifvertrag“ geeinigt, der unter anderem die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes beinhaltet – offiziell auf 80%, real aber auf deutlich weniger, da die reale Aufstockung zwar anteilig aus einem Einmalbetrag der Arbeitgeber (350 Euro x Anzahl der Beschäftigten im Betrieb, allerdings anteilig nach Arbeitsstunden), jedoch auch über die über das Jahr gestreckte Auszahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld (also real einer Streichung der jährlichen Sonderzahlung und die

⁷¹ Selbst im öffentlichen Dienst wurde – ohne jeden Einbezug der Kollegen und noch vor den allgemeinen Verhandlungen zum TVöD – im April der „Tarifvertrag zur Regelung der Kurzarbeit im Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände“ (TV COVID) durchgesetzt, der Kurzarbeit im öffentlichen Dienst offiziell einführt. Siehe auch: https://www.haufe.de/oeffentlicher-dienst/personal-tarifrecht/kurzarbeitergeld-fuer-den-oeffentlichen-dienst_144_512220.html

Verwendung der Summe für die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes, das wiederum anteilig aus Sozialabgaben der Arbeiter stammt) finanziert wird.⁷²

Auch in der Tarifrunde öD (= Öffentlicher Dienst) wurde deutlich, dass die Führung der Gewerkschaft alles getan hat, um eine kämpferische Tarifrunde zu verhindern. Angeblich unvorbereitet wurde die Verhandlungskommission von ver.di davon „überrascht“, dass die Arbeitgeber ver.di kein Geschenk machen und den Tarifikampf nicht auf das Wahljahr verschieben wollen, sondern auf eine niedrige Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaft in diesem Jahr hofften. Es folgte von Seiten der VKA (=Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände) eine dreiste Erpressungsstrategie, der die Verhandlungskommission von ver.di bereitwillig nachgegeben hat. Zum verhandelten Ergebnis haben wir in unserer Auswertung geschrieben:

„Bei diesem Abschluss können sich die Kollegen im Öffentlichen Dienst schon fragen, für wessen Seite Frank Wernke und Co. eigentlich an dem Verhandlungstisch saßen. Vergleicht man das Angebot der Arbeitgeberseite mit dem Abschluss, sieht man keine nennenswerten Unterschiede – bei einer gewollten Inflation von 2% (was aus jetziger Sicht eine deutliche Steigerung ist, aber über die 28 Monate hinweg auch absolut nicht unmöglich) ist das Ergebnis wenn überhaupt ein Inflationsausgleich.“⁷³

Die Forderungen nach einer kurzen Vertragslaufzeit und einem hohen Sockelbeitrag wurden fallen gelassen. Sie gehen aber an einen Kern des Problems der derzeitigen betrieblichen Entwicklungen: das zunehmende Lohngefälle zwischen den Beschäftigungsgruppen und der mangelnden Mobilisierungsaktivität der Gewerkschaften.

Es wird deutlich, dass der Boden für fundamentale Probleme in der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung schon in der Vergangenheit gelegt wurde, und eine radikale Veränderung gewerkschaftlicher Strategie notwendig ist: beispielsweise akzeptierte ver.di in Hamburg einen Tarifvertrag für die ausgegliederte Servicegesellschaft des Kita-Betreibers Elbkinder, die EKSG, nur kurz bevor gemeinsame Streiks mit dem Rest der Belegschaften möglich gewesen wäre! Stattdessen einigten sich die ver.di-Vertreter für die EKSG auf eine Lohnerhöhung – unterhalb der Hamburger Mindestlohngrenze!

Der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst hat einmal mehr bewiesen: Es existiert ein scharfer Kontrast zwischen den Interessen der meist hauptamtlichen Verhandlungsführer der DGB-Gewerkschaften, von denen viele in derselben Partei sind wie ihr Verhandlungsgegner Mägde (SPD). Die Rechtfertigung, die Kolleginnen und Kollegen seien nicht mobilisierungsfähig gewesen, ist eine dreiste Entschuldigung dafür, dass die Gewerkschaftsspitzen es schon lange nicht mehr sind.

Über den Konflikt zwischen Führung und Basis in der Arbeiterbewegung schrieb Leo Trotzki in „Partei, Klasse und Führung: Warum wurde das spanische Proletariat besiegt?“:

„Unsere Weisen imitieren die Liberalen und akzeptieren stillschweigend das Axiom, dass jede Klasse die Führung hat, die sie verdient. *In Wirklichkeit ist die Führung durchaus nicht die „einfache Widerspiegelung“ einer Klasse oder das Produkt ihrer eigenen schöpferischen Kraft.* Eine Führung wird vielmehr im Prozess der Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Klassen oder der Reibung zwischen den verschiedenen Schichten einer gegebenen Klasse geformt. *Einmal aufgestiegen, erhebt sich die Führung stets über die Klasse und wird dadurch den Einflüssen und dem Druck anderer Klassen ausgesetzt.* Das Proletariat kann für lange Zeit eine Führung „dulden“, die schon eine vollständige innere Degeneration durchgemacht hat, die jedoch noch nicht die Gelegenheit hatte, dies angesichts großer Ereignisse zu zeigen.“
[Hervorhebungen durch uns]

⁷² Metallnachrichten vom 25. März 2020, PDF [online] Abrufbar unter: https://www.igmetall-bbs.de/fileadmin/user/Dokumente/2020/MN_03_200325b.pdf

⁷³ <https://offensiv.net/index.php/aus-dem-betrieb/oeffentlicher-dienst-aufwertung-wenn-nicht-jetzt-wann-dann>

Nicht die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Niederlage im öffentlichen Dienst verschuldet, sondern ihre Führung. Trotzdem darf es keine Illusionen darüber geben, dass das auch jedem Kollegen heute in dieser Form bewusst ist: auf ihnen lasten auch die Eindrücke der Hetze bürgerlicher Medien, die Demoralisierung vieler Jahre des Verrats und die Illusionen, die die Gewerkschaftsführung säht.

Die Gewerkschaftsführungen stellen jeden noch so kleinen Brotkrumen der bei der Verhandlung für die Arbeiter vom Tisch fällt als Ergebnis ihres Verhandlungsgeschicks dar, um ihr Prestige zu stützen – die Kolleginnen und Kollegen seien ja sowieso „kaum mobilisierungsfähig“ gewesen und man habe das Beste rausgeholt. Das müssen sie tun, denn aufgrund ihrer Zwischenstellung zwischen Kapital und Arbeit und durch ihre ökonomische Abhängigkeit von den Mitgliedsbeiträgen, über die sie sehr wohl Bescheid wissen, stehen sie auch von Seiten der einfachen Kolleginnen und Kollegen unter Druck.

Die Institution der Gewerkschaft ist weitgehend nach den Bedürfnissen der Bürokratie durchstrukturiert. Sie fährt eine Strategie der Scheinaktivität, die auf Stellvertreterpolitik baut, jeder echten Mobilisierung eine Briefübergabe oder Fotopetition vorzieht, und statt eine echte Gewerkschaftsopposition oder auch nur die Selbstorganisation der Kollegen zuzulassen Organizing-Firmen beauftragt und mithilfe niedrigschwelliger Arbeitsstreiks ihre Mitgliederwerbung unterstützen soll. **Ihr Ziel ist die Symptombekämpfung des Mitgliederschwundes, ohne aber an den Kernursachen des Mitgliederschwundes etwas zu ändern.**

Einige Kollegen sind nach der Verkündung des Tarifergebnisses im öffentlichen Dienst enttäuscht ausgetreten und andere für die Warnstreiks erst gar nicht eingetreten. **Wir bekämpfen die Demoralisierung unter den Kollegen und werben Neumitglieder für die Gewerkschaften wo wir können.** Gleichzeitig sehen wir, dass die Möglichkeiten der strukturellen Einbringung in das Gewerkschaftsleben stark durchbürokratisiert sind, sich auf Detailfragen über Kleinstreformen konzentrieren und so weit wie möglich die Passivität der Mitgliedschaft aufrecht erhalten. Gewerkschaftliche Arbeit soll der „Job“ der Funktionäre sein, betriebliches Fußvolk die Aufgabe der Kollegen.

Strukturell kann in den Gewerkschaften durch einzelne Postenübernahmen allein nichts verändert werden: schnell zückt die Bürokratie das Mittel von Schmierkampagnen, Ausgrenzung und Mobbing. Es braucht eine gut organisierte Gewerkschaftslinker, die koordiniert und gut vorbereitet handelt. Ansätze zum Aufbau einer bundesweiten Gewerkschaftslinker wie die VKG (=Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften) unterstützen wir. Gleichzeitig ist der Aufbau einer kämpferischen Arbeiterbewegung nur möglich, wenn entsprechende Ansätze in der Breite der Belegschaften Fuß fassen. Deshalb gilt unsere Hauptorientierung dem einzelnen Betrieb: der Aufbau der Arbeiterbewegung ist nur auf dem Weg beispielhafter Organisierung und Kämpfe in einzelnen Betrieben möglich, das hat in Hamburg der Streik bei Neupack⁷⁴ vor einigen Jahren bewiesen. Nur ein fortgeschrittener Kampf kann die Interessen der Kolleginnen und Kollegen und die Rolle der Gewerkschaftsführungen vor den Augen der breiten Belegschaft zu Tage bringen und eine Basis für den Wiederaufbau einer kämpferischen Arbeiterbewegung legen.

Auch unter aktiven betrieblichen Kollegen und innerhalb der Gewerkschaftslinker herrscht keine Klarheit und Einigkeit über die richtige Strategie zum aktuellen Zeitpunkt. Mit Ansätzen zum „Organizing“ haben wir in der letzten Tarifrunde schlechte Erfahrungen gemacht: zwar „erklärten“ uns aus anderen Städten eingefahrene und über eine Organizing-Firma bezahlte Studenten lebhaft, wie wir unsere Worte gegenüber den Kollegen am besten formulieren sollten, ob wir aber nun zum Eintritt in die Gewerkschaft aufrufen würden nachdem wir zur Teilnahme an einer Fotopetition animiert haben, dazu hatten unsere „Organizer“ keine Meinung. Allgemein besteht die Gefahr, von den Hauptschauplätzen des Kampfs um die Gewerkschaften abzulenken: das Problem ist nicht ein Mangel an gewerkschaftlichen Hauptamtlichen, die zur Zeit des Mitgliederschwunds verzweifelt versuchen Kollegen zu mobilisieren, sondern das grundsätzliche Prob-

⁷⁴ Zugespitzter Arbeitskampf beim Kunststoffbecher-Hersteller Neupack in Hamburg.

lem, dass die Gewerkschaftsapparate sich derzeit weitergehenden Kämpfen entgegenstellen und keine starken, selbstorganisierten Belegschaften von unten wollen.

Um das zu ändern brauchen (und wollen) wir nicht *mehr Funktionäre* (also mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Sozialwissenschaftler unter dem Schirm des DGB), sondern eine *bessere Gewerkschaftspolitik* und aktive Belegschaften, die ihre Probleme selbst in die Hand nehmen. Ein Teil des Problems ist auch die Unklarheit über das Wesen der Gewerkschaftsbürokratie. Gerade Gewerkschaftslinker, die selbst weiter in den Apparaten aufgestiegen sind, leugnen ihre Existenz und betonen: „Wir sind alle ver.di“. Auch sie haben sich schon in den Verteidigungsreden der Bürokratie verfangen.

Auch an der Spitze der Gewerkschaftsjugend erfüllt die Perspektive der Einbindung in den Apparat ihren Zweck. Die Führung der DGB-Jugend-Organisationen wird durch ihre Einbindung in Gremien vom Apparat domestiziert und soll so lernen, die bürokratischen Abläufe und „Spielregeln“ der Sozialpartnerschaft zu verinnerlichen.

Allgemein ist für wirkliche Arbeiterkämpfe unvergleichbar mehr von den Belegschaften zu erwarten als von den Institutionen. Eine einzelne Belegschaft kann dabei einen Unterschied machen, den 1.000 Funktionäre in hundert Jahren nicht zu machen bereit wären. Sie sind unsere Verbündeten im Kampf, und sie werden als Einzige in der Lage sein, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen in Deutschland und die Maßstäbe der politischen Debatte in diesem Land grundlegend zu ändern. Sie sind die Kraft, in die wir unser Vertrauen setzen und die wir an der Spitze der politischen Auseinandersetzung sehen wollen.

Das Ziel unserer Gewerkschaftsarbeit ist nicht der individuelle Aufstieg, und ist auch kein „Karriereschritt“, der uns von einfachen Kolleginnen und Kollegen trennt. Für uns gilt der Grundsatz:

„Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.“⁷⁵

XIX. Neue soziale Bewegungen

Der Trend der letzten Jahre von aufflammenden sozialen Bewegungen konnte sich 2020 nur bedingt fortsetzen. Wir haben einerseits eine große Flaute an Protesten, da die Herrschenden eine massive Propagandastategie gefahren haben und aufgrund von vermeintlichem Infektionsschutz Demonstrationen verboten oder zumindest sozial geächtet haben. Andererseits waren wir mit Massenprotesten konfrontiert – vor allem der antirassistischen Bewegung, ausgelöst durch den rassistischen Mord eines Polizisten am US-Amerikaner George Floyd – zum Beispiel in Hamburg, die stark von der Jugend getragen wurden und eine neue Schicht an Jugendlichen politisiert hat, deren erste Proteste die zum Thema Black Lives Matter waren.

Die antirassistischen Proteste sind berechtigt: neben beinahe täglichen Morden durch die Polizei an Schwarzen in den USA, werden auch in Deutschland regelmäßig rechtsradikale Netzwerke innerhalb der Polizei aufgedeckt, die Verban­delung von Staat und Nazis vertuscht oder Skandale darum ausgesessen. Zuletzt ist das wieder dadurch deutlich geworden, dass die angekündigte Studie zu Rassismus innerhalb der Polizei doch nicht durchgeführt wird – mit der Begründung dass Diskriminierung ja illegal sei. Proteste gegen den rassistischen bürgerlichen Staat sind somit notwendig. Die BLM-Proteste sind jedoch inhaltlich durchsetzt von kleinbürgerlichen Ideen wie der Identitätspolitik und damit einhergehenden Schwierigkeiten für Marxisten in unseren Interventionen, wie zum Beispiel dem bloßen Zuhören von Migranten durch

⁷⁵ Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 4, Berlin 1959, S. 474.

„weiße Personen“ oder ähnliches. Diese den gemeinsamen Kampf schwächenden Maßnahmen sind äußerst problematisch und wir werden auch in Zukunft damit konfrontiert sein, doch wir dürfen nicht müde werden unser Klassenprogramm zu erklären und uns im Zweifel solchen Anordnungen zu widersetzen.

Auch die Fridays For Future-Bewegung ist durchdrungen von Illusionen in klassenfremde Ideologien. Sie hat einerseits unterstützenswerte Ansätze wie die Workers for Future hervorgebracht, aber ebenso bürgerliche Auswüchse wie die Entrepreneurs for Future. Hier ist eine zusätzliche Schwierigkeit dass die Führungspersonen der Bewegung wie zum Beispiel Luisa Neubauer aus dem grün-ökologischen Milieu kommen und versuchen, in einen Dialog mit der Bourgeoisie zu kommen sowie individuellen Konsumboykott predigen. Auch wenn vereinzelt Plakate oder Aktivisten einen Systemwechsel fordern, bleibt diese Forderung abstrakt und hat wenig mit Klassenkampf zu tun. Die Bewegung ist nicht darüber hinausgekommen mehr Forderungen aufzustellen als dass man auf die Experten hören soll und dass die Klimaziele eingehalten werden sollen. Echte Lösungen lassen sich bei ihnen nicht finden. Das macht es für die Regierenden und Kapitalisten relativ einfach, die Bewegung zu vereinnahmen. So konnte die Co2-Steuer als ein Zugeständnis an die ökologische Bewegung verkauft werden, und nicht als ein Angriff auf die soziale Lage der Arbeiterklasse, was Teile der Bevölkerung gegeneinander ausspielt statt die Kapitalistenklasse für die Umweltzerstörung zur Verantwortung zu ziehen. Aber neben ökologischen „For Future“ Siegeln auf Produkten, sehen wir auch eine europaweite neue Schicht von einer sich politisierenden und zu kleinen Teilen auch radikalisierten Jugend, die bereit ist gegen Umweltzerstörung zu kämpfen. Die Normalität, die die Proteste innerhalb dieser Schicht eingenommen haben, werden voraussichtlich nicht in den nächsten Jahren enden, sondern diese Schicht wird auch die kommende Zeit aktiviert werden können – auch wenn die Stimmung bei den Protesten teilweise sehr unpolitisch war. Unsere Aufgabe ist auch in dieser Bewegung marxistische Ideen zu verbreiten, Einzelne zu überzeugen und zu gewinnen. Auch wenn während der zweiten Welle keine Proteste stattfinden werden, ist es nicht ausgeschlossen, dass zum Ende der Pandemie hin erneut Mobilisierungen zu dem Thema stattfinden werden, jedoch weiterhin mit der generellen Tendenz eines Abflauens der Bewegung.

Diesen Bewegungen ist gemein, dass sie keine weiterführenden Schritte zu einer festen Organisation von Aktivisten unternommen haben. Unsere Aufgabe besteht darin die fortschrittlichsten Teile der Bewegung zu überzeugen und für unser sozialistisches Programm zu gewinnen.

XX. Jugend

Die heute aufwachsenden Generationen der Jugend werden seit Längerem die ersten sein, die einen schlechteren Lebensstandard zu erwarten haben als ihre Eltern. Der objektive Klassenwiderspruch, der sich durch einen scharfen ökonomischen Riss auszeichnet, vertieft sich deutlich.

Durch den Mangel an Ausbildungsplätzen haben Menschen mit einem niedrigeren Schulabschluss meist keine Chance die Ausbildung ihrer Wahl anzufangen und werden zusammen mit Migranten in den Niedriglohnsektor gedrängt. **Der Abbau der Ausbildungsplätze schreitet immer weiter voran.** Zwischen 2008 und 2013 ist die Anzahl der Ausbildungsverträge um 12% gesunken, mittlerweile bilden nur noch ca 1/5 aller Betriebe aus. Auch in der Zeit vom Corona sind gegenüber dem Vorjahr ungefähr 9% weniger Ausbildungsplätze. Das deutsche Kapital wälzt damit die Kosten auf den deutschen Staat ab. Dies ist ein Trend, der mit der Wirtschaftskrise korreliert, wie schon in den Jahren 2008-2013.

Aber auch die finanzielle Lage von Auszubildenden ist meist sehr schlecht, von der Ausbildungsvergütung lässt es sich nicht gut leben, was durch die immens steigendem Mieten noch verschlimmert wird. Nicht nur Geld sondern auch Angst nicht übernommen zu werden ist ein ständiges Problem. Wir fordern: eine **Min-**

destausbildungsvergütung von 1200 netto, ein Verbot von Überstunden sowie eine garantierte unbefristete Übernahme. Zudem müssen Auszubildenden oft Überstunden machen, werden als günstigere Arbeitskräfte behandelt oder in arbeitsfremden Tätigkeiten eingesetzt. Eine qualitative Ausbildung findet so nicht statt!

Um eine gute Ausbildung zu gewährleisten muss sie in staatliche Hand gelegt und demokratisch durch Arbeiter, Gewerkschafter und Azubis geplant werden. Unternehmen, die weniger als 10% ihrer Belegschaft an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen, sollen eine Abgabe von 25.000 € pro nicht eingestellten Azubi an den Staat zahlen, der davon Ausbildungsplätze im Öffentlichen Dienst schafft!

Gerade die Phase des **homeschooling** hat das Elend der Kinder- und Jugendarmut in Deutschland deutlich gemacht. Während die Kinder reicher Eltern problemlos auf einen Internetzugang, gute technische Ausrüstung und Unterhaltungsmittel zugreifen konnten, waren ärmere Kinder und Jugendliche in manchen Teilen Deutschlands fast gänzlich von der Außenwelt abgeschnitten, hatten kein Geld um sich Schulmittel nach Hause zu bestellen und oft nur deutlich verminderten Zugang zu online-Unterrichtsformen.

Das ist aber nicht nur während eines Lockdowns ein Problem: Kinder bezahlen für die Armut ihrer Eltern – nicht nur wortwörtlich, indem der deutsche Staat sie später für Hartz IV-Leistungen aufkommen lässt, die ihre Eltern für ihr Leben in Kinderarmut (!) bekommen haben, sondern auch, weil das Einkommen der Eltern eine zentrale Rolle für den Lebensweg eines jungen Menschen spielt. Beziehen Eltern ein Jahreseinkommen von 5.000 Euro und haben selbst keinen Schulabschluss, dann liegt die Wahrscheinlichkeit bei mehr als 80 Prozent, dass das Kind im dreigliedrigen Schulsystem die Hauptschule besuchen wird. Kein anderer Bildungsweg ist statistisch so stark vorausbestimmt ([Anhang 15](#)).

Gleichzeitig ist heute eine **Akademisierung** breiter Schichten ein nachweisbarer Fakt: ab einem jährlichen Einkommen von knapp unter 20.000 Euro liegt die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, relativ stabil bei rund 70 Prozent.⁷⁶ Seit 1971 stieg der Akademikeranteil der deutschen Bevölkerung zwischen 25 und 64 von 2,8 auf 15,8 Prozent im Jahr 2018. Während 1952 noch 15 Prozent von Schülern ein Gymnasium und 78 Prozent eine Volks- und Hauptschule besucht haben, waren es 2005 33 Prozent an den Gymnasien und nur noch 25 Prozent in der Hauptschule.

Selbstverständlich setzen sich Marxisten für einen Zugang ärmerer Schichten zu allen Bildungsinstitutionen ein. Aber diese allgemeine Entwicklung trägt zur Vertiefung der sozialen Spaltung unter Jugendlichen bei: Schüler an Hauptschulen werden gesellschaftlich an den Rand gedrängt und haben härtere Berufswegen vor sich, als viele Abiturienten, die eine größere Wahlmöglichkeit bei Beschäftigungswegen haben.

Das schürt auch kulturelle Differenzen, die für einen gemeinsamen Klassenkampf schädlich sind. Während gerade unter höher gebildeten Schichten ein „humanistisch“ geprägter Aktivismus verbreitet ist, fallen andere in die Demoralisierung und Passivität.

Unser Wirken in Jugendbewegungen hat deshalb zwei Schwerpunkte: die Betonung gemeinsamer sozialer Interessen, die Kulturkämpfe in den Hintergrund drängen, und das Eingreifen mit einem klaren, marxistischen Klassenprogramm, das keine Zugeständnisse gegenüber dem kleinbürgerlichen Druck der Führungsriege der Neuen sozialen Bewegungen macht.

Wir wollen die Frage in den Vordergrund stellen, für welche Gesellschaft und welche Lebens- und Ausbildungsbedingungen Arbeiterkinder und angehende Arbeiter kämpfen: für eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, für die (Wieder-)einführung der einheitlichen und polytechnischen Schulen und Ausbildungsgehälter, die zum Leben reichen.

⁷⁶ Ebd.

Die Kinder und Jugend arbeitender Familien sind die Adressaten unseres Eingreifens. Gemeinsam mit ihnen kämpfen wir für bessere Lebens- und Ausbildungsbedingungen, für einen besseren Lebensstandard für sie und ihre Familien. Anders als einige ältere Arbeiter tragen die Kinder arbeitender Familien noch nicht die Last verlorener Kämpfe auf ihrem Rücken. Gleichzeitig können sie aus der Erfahrung der älteren Kollegen lernen, denn jüngere Generationen heute wachsen mit der Erfahrung schwacher Gewerkschaften, einer Allgegenwärtigkeit von Zeitarbeit und Werkverträgen und allgemein deregulierter Arbeit auf.

Die Arbeiterjugend gilt es von unseren Ansichten zu überzeugen, für eine geeinte, starke und kämpferische Arbeiterbewegung und den entschlossenen Kampf um den Sozialismus!

XXI. Ausblick

Der Kapitalismus befindet sich, was seine objektiven Erscheinungen betrifft, im Stadium seines Niedergangs. Diese Situation zeichnet sich durch drei Kernelemente aus:

- *Vertiefung der Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise*
- *Vertiefung der Widersprüche der imperialistischen Machtpyramide*
- *Vertiefung des Zyklus von Revolution und Konterrevolution.*

Das bedeutet nicht, dass die sozialistische Revolution sich rein aus ihrer objektiven Notwendigkeit heraus entwickeln wird. Wie weiter oben angemerkt ist die große Krise des Proletariats in der heutigen Zeit die Krise seiner Führung – und die Frage des subjektiven Faktors nicht gelöst.

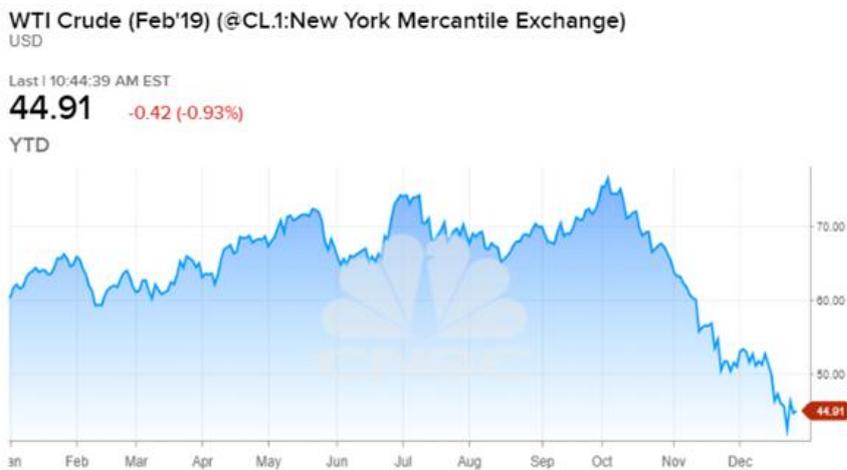
Der Marxismus ist die einzige Weltanschauung, die die objektiven Prozesse in der Welt von heute erklärbar macht, und einen Ausweg aus den chaotischen und barbarischen Zuständen der Spätphase des Kapitalismus weist.

Wir arbeiten weiter mit aller Kraft daran, den Marxismus in Deutschland zu stärken, unsere Kräfte aufzubauen und die gesellschaftliche Isolation des Marxismus zu durchbrechen.

Für die sozialistische Weltrevolution!

XXII. Anhang

Anhang 1

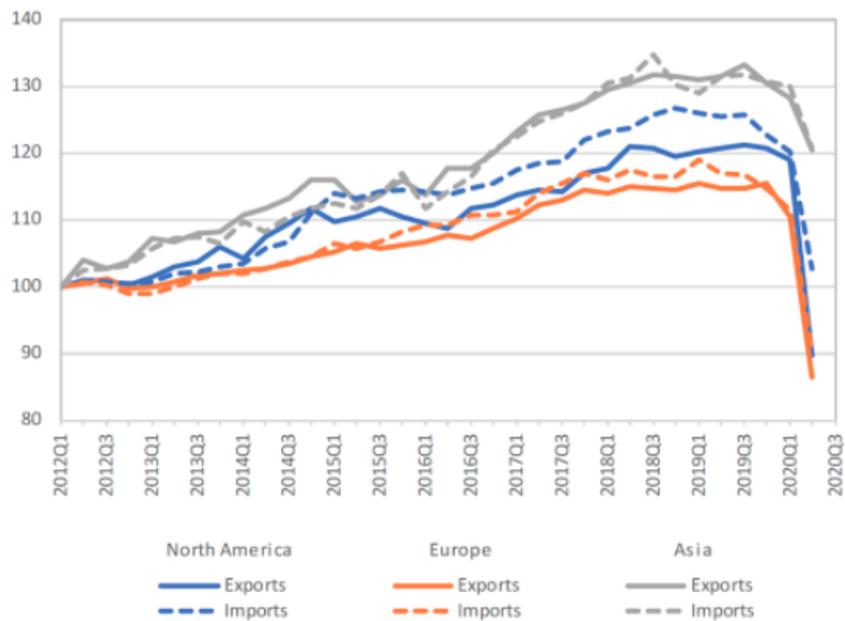


CNBC, *Oil prices just had their worst year since 2015 — here's what went wrong* [online] Abrufbar unter: <https://www.cnbc.com/2018/12/31/oil-prices-are-set-for-their-worst-year-since-2015.html#:~:text=At%20around%20%2454%20a%20barrel,fell%20more%20than%2030%20percent.>

Anhang 2

Chart 3: Merchandise exports and imports by region, 2012Q1-2020Q2

Volume index, 2012Q1=100



Source: WTO and UNCTAD.

WTO, *Trade shows signs of rebound from COVID-19, recovery still uncertain* [online] Abrufbar unter: https://www.wto.org/english/news_e/pres20_e/pr862_e.htm

Anhang 3

SEPTEMBER 30, 2018, <u>MILLIONS OF DOLLARS</u>			
RANK	BANK NAME	TOTAL ASSETS	TOTAL DERIVATIVES
1	JPMORGAN CHASE BANK NA	\$2,194,835	\$58,715,281
2	CITIBANK NATIONAL ASSN	1,415,081	55,022,678
3	GOLDMAN SACHS BANK USA	179,244	51,677,977
4	BANK OF AMERICA NA	1,797,881	20,412,126
5	WELLS FARGO BANK NA	1,665,128	9,155,876
6	HSBC NA	172,380	5,375,299
7	STATE STREET BANK&TRUST CO	230,961	2,362,784
8	BANK OF NEW YORK MELLON	273,110	914,096
9	PNC BANK NATIONAL ASSN	368,603	461,500
10	U S BANK NATIONAL ASSN	456,011	406,891
11	NORTHERN TRUST CO	131,900	304,661
12	SUNTRUST BANK	205,527	236,099
13	TD BANK NATIONAL ASSN	294,331	204,668
14	CAPITAL ONE NATIONAL ASSN	290,450	150,805

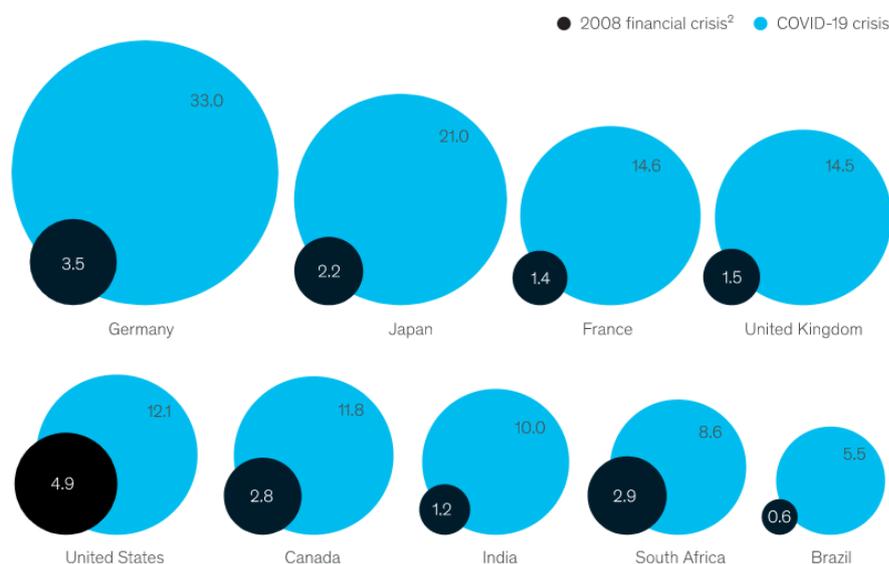
Die größten Derivate-Händler unter den amerikanischen Geschäftsbanken; klicken Sie auf die Abbildung zur Ansicht der vollständigen Tabelle (Quelle: OCC)

Goldreporter, *US-Derivatemarkt bei 206 Billionen US-Dollar* [online] Abrufbar unter: <https://www.goldreporter.de/us-derivatemarkt-bei-206-billionen-us-dollar/news/80592/>

Anhang 4

Across countries, economic-stimulus responses to the COVID-19 crisis outsize those to the 2008 financial crisis.

Economic-stimulus crisis response, % of GDP¹



¹2019 GDP taken into account for values related to COVID-19 crisis.

²Data published by International Monetary Fund in March 2009; includes discretionary measures announced for 2008–10.

Source: *Global economic policies and prospects*, International Monetary Fund (IMF), March 2009, imf.org; government sources; IHS Markit; IMF; press search; *The state of public finances: Outlook and medium-term policies after the 2008 crisis*, IMF, March 2009, imf.org

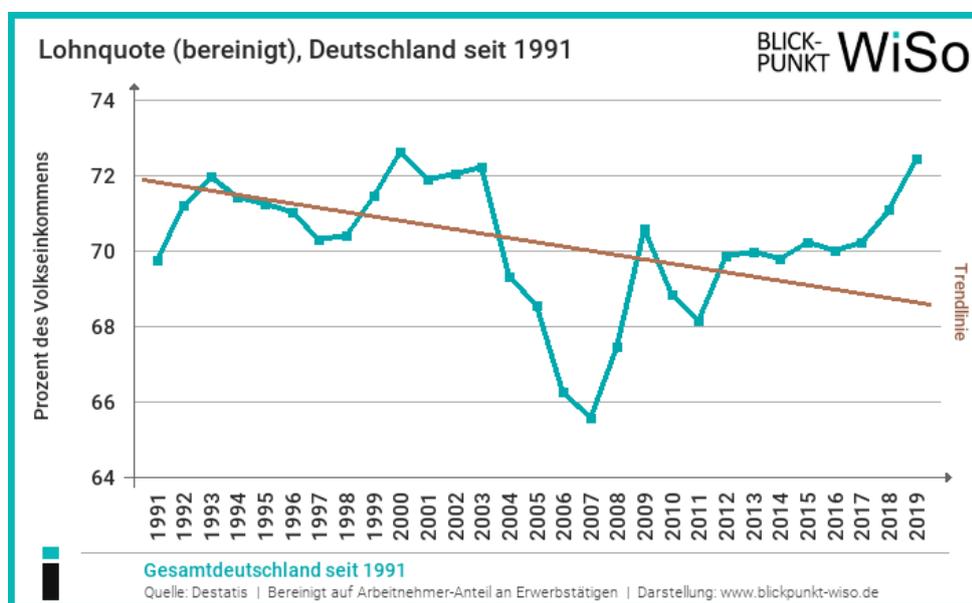
McKinsey, *Total stimulus for the COVID-19 crisis already triple that for the entire 2008–09 recession* [online] Abrufbar unter: <https://www.mckinsey.com/featured-insights/coronavirus-leading-through-the-crisis/charting-the-path-to-the-next-normal/total-stimulus-for-the-covid-19-crisis-already-triple-that-for-the-entire-2008-09-recession#>

Anhang 5

Land	Einwohner	Corona-Fälle	Corona-Tote	Prozent
UK	66,65 Mio.	917.575	45.365	Kranke ca. 1,38% Tote ca. 0,07%
USA	328,2 Mio.	8.851.528	226.681	Kranke ca. 2,7% Tote ca.0,07%
Schweden	10,23 Mio.	115.785	5.918	Kranke ca. 1,13% Tote ca. 0,06%
Brasilien	209,5 Mio.	5.440.903	157.981	Kranke ca. 2,6% Tote ca. 0,075%
China	1,393 Mrd.	85.868	4.634	Kranke ca. 0,0061% Tote ca. 0,0003%
Südkorea	51,64 Mio.	26.146	461	Kranke ca. 0,05% Tote ca. 0,0008%
Neuseeland	4,886 Mio.	1.943	25	Kranke ca. 0,04% Tote ca. 0,0005%
Länder Durchseuchung	614.580.000			Kranke ca. 2,5% Tote ca. 0,07%
Länder Ausrottung				Kranke ca. 0,008% Tote ca. 0,0004%

(eigene Berechnungen. Stand: 28.10.2020)

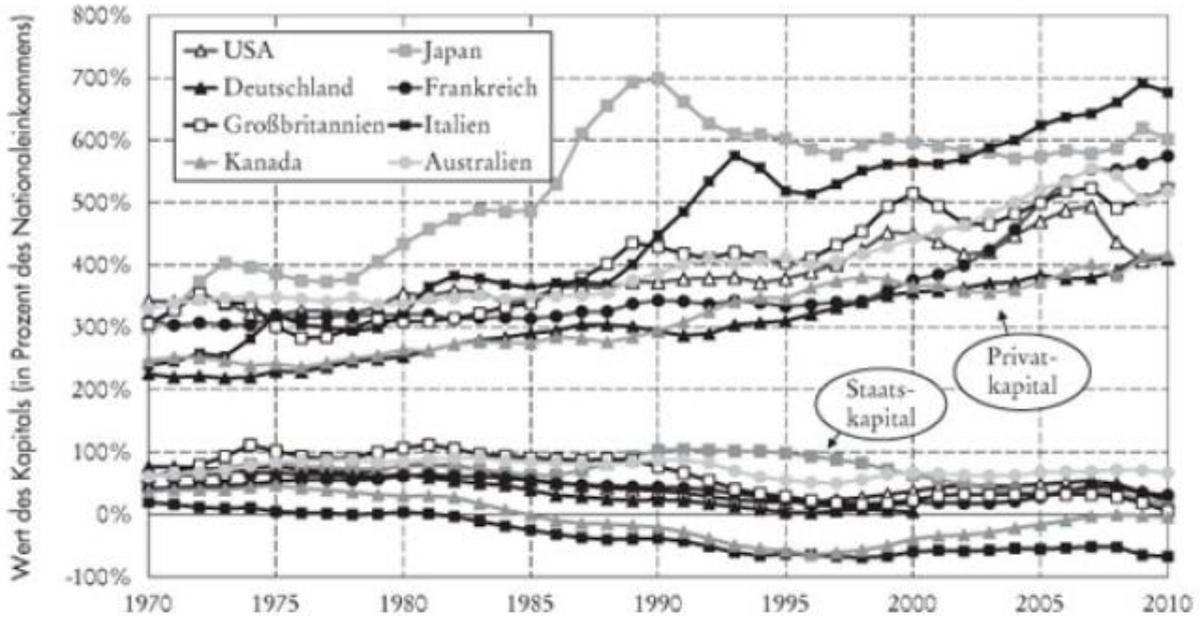
Anhang 6



Blickpunkt WiSo [online] Abrufbar unter: <http://file.blickpunkt-wiso.de/diagramm1105.png>

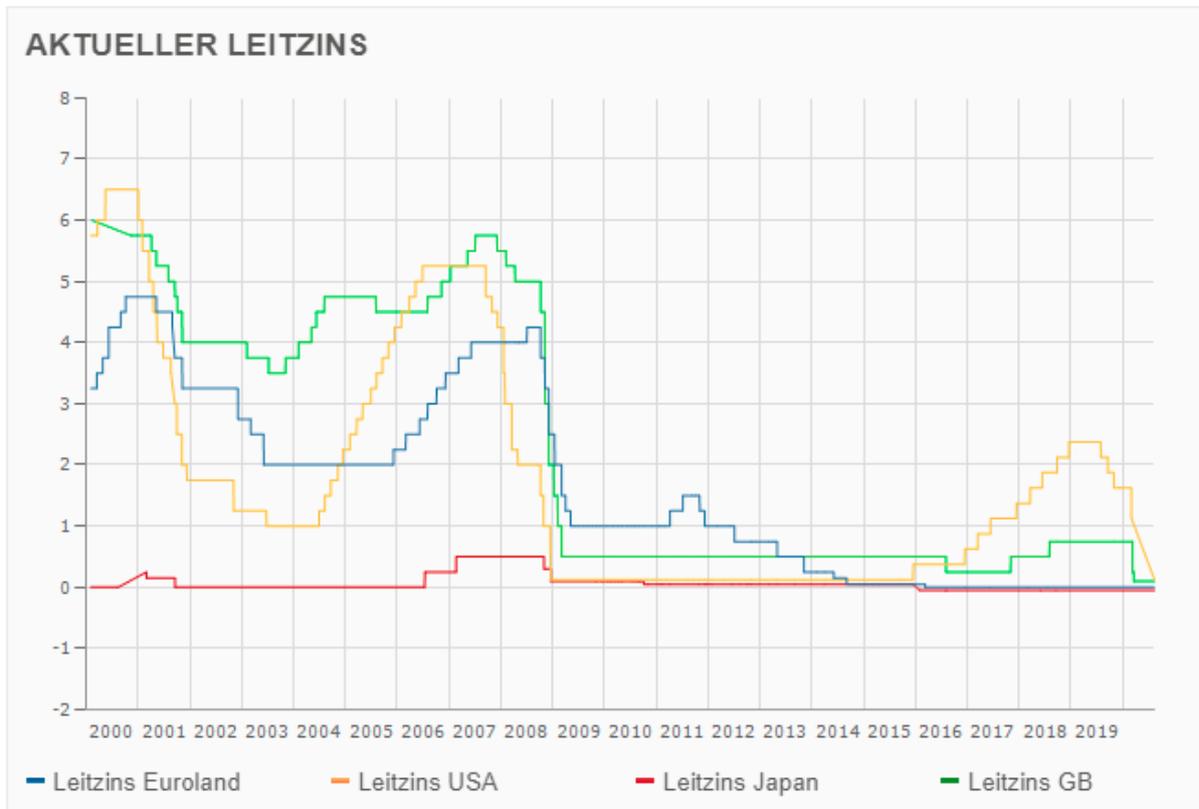
Anhang 7

Privatkapital und Staatskapital in den reichen Ländern, 1970–2010



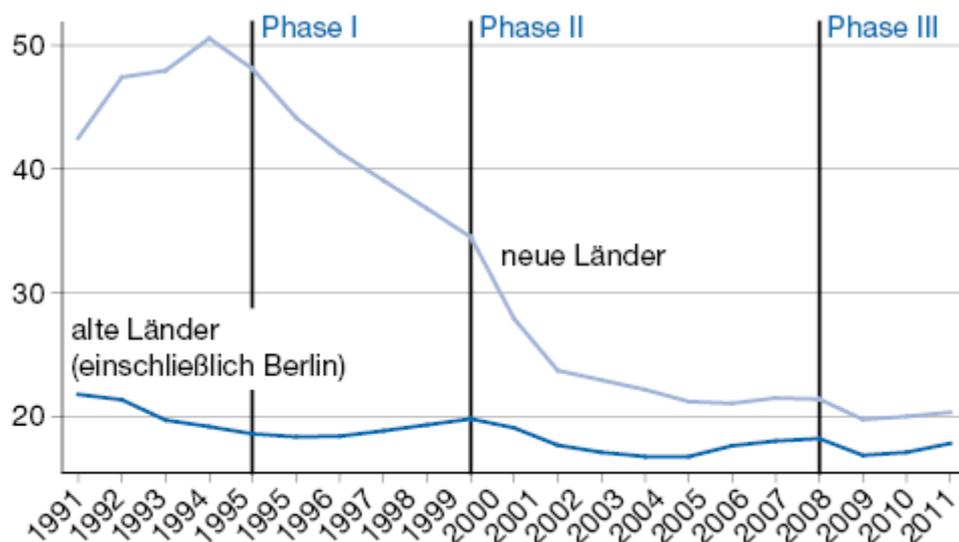
Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, München 2014, S.244.

Anhang 8



Aktueller Leitzins, Stand Oktober 2020, online abrufbar unter: <https://www.finanzen.net/zinsen/leitzins>

Anhang 9



Wirtschaftsdienst EU, *Wesentliche Fakten zur „Investitionsschwäche“ in Deutschland* [online] Abrufbar unter: <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2015/heft/1/beitrag/wesentliche-fakten-zur-investitionsschwaechе-in-deutschland.html>

Anhang 10: Exporte von Personenkraftwagen (1957 – 2019)

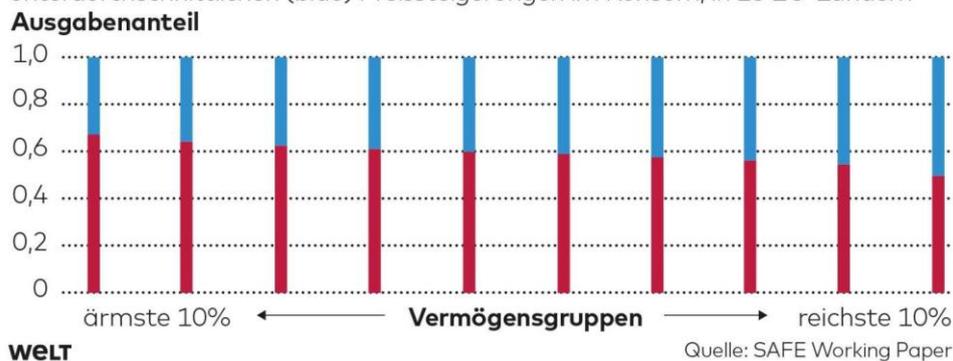
Jahr	Summe	Veränd. in %
1957	502.214	21,5
1958	630.515	25,5
1959	757.703	20,2
1960	865.341	14,2
1961	885.655	2,3
1962	986.417	11,4
1963	1.217.071	23,4
1964	1.377.866	13,2
1965	1.419.131	3,0
1966	1.533.156	8,0
1967	1.362.179	-11,2
1968	1.786.098	31,1
1969	1.903.595	6,6
1970	1.946.549	2,3
1971	2.146.232	10,3
1972	2.027.091	-5,6
1973	2.173.227	7,2
1974	1.706.911	-21,5
1975	1.475.954	-13,5
1976	1.836.882	24,5
1977	1.393.104	5,6

1978	1.904.245	-1,8
1979	1.997.331	4,9
1980	1.873.494	-6,2
1981	1.949.479	4,1
1982	2.194.229	12,6
1983	2.188.810	-0,2
1984	2.232.995	2,0
1985	2.568.053	15,0
1986	2.520.407	-1,9
1987	2.451.251	-2,7
1988	2.507.067	2,3
1989	2.721.829	8,6
1990	2.597.722	-4,6
1991	2.197.624	-15,4
1992	2.570.015	16,9
1993	2.079.144	-19,1
1994	2.269.895	9,2
1995	2.465.232	8,6
1996	2.650.396	7,5
1997	2.816.688	6,3
1998	3.269.367	16,1
1999	3.438.019	5,2
2000	3.455.101	0,5
2001	3.639.904	5,3
2002	3.623.305	-0,5
2003	3.654.659	0,9
2004	3.666.524	0,3
2005	3.795.361	3,5
2006	3.893.002	2,6
2007	4.303.754	10,6
2008	4.131.660	-4,0
2009	3.425.626	-17,1
2010	4.238.759	23,7
2011	4.240.402	0,1
2012	4.131.279	-2,6
2013	4.197.516	1,6
2014	4.303.127	2,5
2015	4.406.206	2,4
2016	4.411.152	0,1
2017	4.378.108	-0,7
2018	3.992.724	-8,8
2019	3.487.321	-12,7

Verband der Automobilindustrie, *Export* [online] Abrufbar unter: <https://www.vda.de/de/services/zahlen-und-daten/jahreszahlen/export.html>

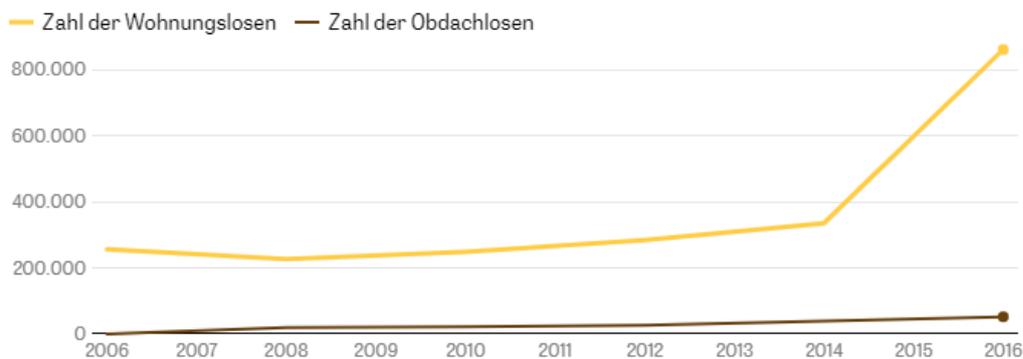
Ausgabenverteilung nach Vermögensgruppen

Anteil von Waren mit überdurchschnittlichen (rot) und unterdurchschnittlichen (blau) Preissteigerungen im Konsum, in 25 EU-Ländern



Welt.de, Das erstaunliche Phänomen der „diskriminierenden Inflation“ [online] Abrufbar unter: <https://www.welt.de/finanzen/verbraucher/article177098162/Das-erstaunliche-Phaenomen-der-diskriminierenden-Inflation.html>

So viele Menschen ohne Wohnung gibt es in Deutschland



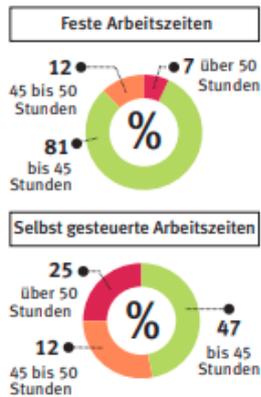
Im Jahr 2016 waren unter den Wohnungslosen etwa 400.000 wohnungslose Geflüchtete, die erstmals gesondert erfasst wurden.

Quelle: Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAGW)

Zeit Online, Bald könnte es 1,2 Millionen Menschen ohne Wohnung geben [online] Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-02/obdachlosigkeit-wohnungslose-sozialpolitik-zuwanderung-wohnungsnot-deutschland-faq>

Anhang 13

So viel Prozent der männlichen Beschäftigten arbeiten pro Woche:



Quelle: Böckler-Impuls 15/2015

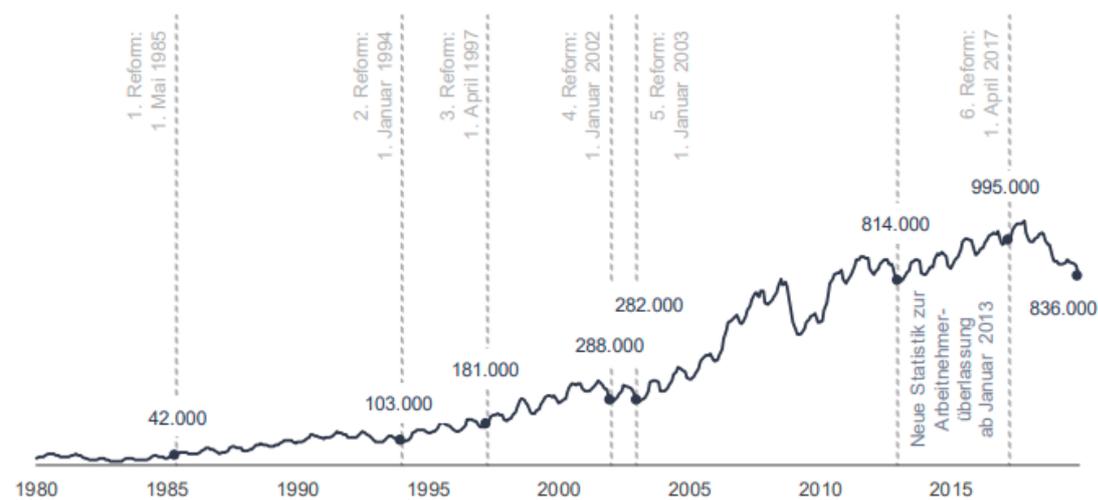
Abbildung aus: metallzeitung Januar 2016, S. 6, PDF [online] Abrufbar unter: https://www.igmetall.de/download/metall_01_2016_c07d2eb85e08fbb159bccae29b94694962cc043a.pdf

Anhang 14

Abbildung 2

Entwicklung der Anzahl von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern

Bestand; Reformen der Arbeitnehmerüberlassung, Januar 1980 - Dezember 2019



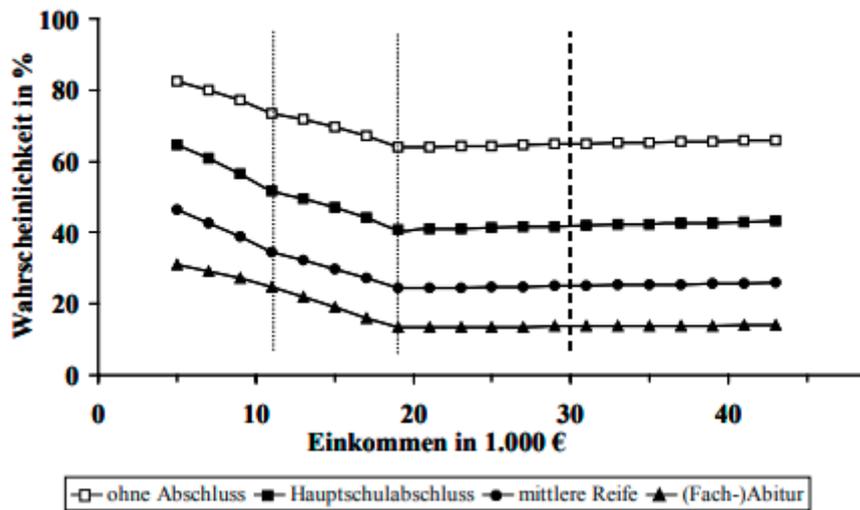
Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

³ Hutter, Christian; Klinger, Sabine; Weber, Enzo (2019): Zeitarbeitsbranche: rückläufige Beschäftigung. Wirtschaftsdienst, Jg. 99, H. 6, S. 401-403.

<https://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10273-019-2464-2>

Statistik Arbeitsagentur, *Entwicklungen in der Zeitarbeit*, S.7. PDF [online] Abrufbar unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Zeitarbeit/generische-Publikation/Arbeitsmarkt-Deutschland-Zeitarbeit-Aktuelle-Entwicklung.pdf?_blob=publicationFile

in die Hauptschule



Thorsten Schneider: „Der Einfluss des Einkommens der Eltern auf die Schulwahl“, DIW Berlin, PDF [online] Abrufbar unter: <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/18298/1/dp446.pdf> S. 36.